

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheilene Kolon-
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntags-
 und Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Ansprescher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Freitag, den 10. August 1900. Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Aus Liebknechts Wirken.

II.

Nach Abkündigung der 8 Monate Gefängnis wegen Vandalismus
 führte Liebknecht nach Leipzig zurück und gab 1868 das „Demo-
 kratische Wochenblatt“ heraus, das Ende 1869 nach Begründung der
 Eisenacher Partei in den „Volksstaat“ umgewandelt wurde —
 jenes Blatt, aus dem unsere ganze Broschürenliteratur der 70er Jahre,
 sowohl die politischen Propagandaschriften wie die theoretischen Streit-
 schriften der Partei herausgewachsen sind. Um den „Volksstaat“ sammelte
 und gruppierte sich alles, was damals in der Partei literarisch tätig
 war: Marx, Engels, Bebel, Veder, Brade, Dieckmann, Duval, Dull,
 Eccarius, Eichhoff, Geib, Hillmann, Hirsch, Kommer, Schramm,
 Fork usw.; in seinem tagespolitischen Teil aber trug das Blatt ganz
 das Gepräge der Liebknechtschen Individualität. Damals war der
 „Volksstaat“ die einzige selbständige politische Zeitung, aber
 welche die Partei verfügte die Lassalleaner hatten ja den
 Schweigerischen „Socialdemokrat“, später den „Neuen Social-
 demokrat“ unter Hoffmann und Hasenclever). Genosse Lieb-
 knecht war sozusagen der einzige Journalist, der an Be-
 gabung und Fähigkeit alle weit übertraf. Für uns Junge von da-
 mals war der „Volksstaat“ geradezu ein Stück Evangelium; die be-
 stehende Schreibweise Liebknechts, seine uns herausgehende Art, aus
 der Geschichte, besonders der englischen und französischen Revolution
 Beispiele zum Vergleich und zum Beweis heranzuziehen, zeigte uns
 Arbeitern, denen jede Möglichkeit selbständiger Geschichts-
 studien mangelte, die Weltgeschichte sozusagen in einem
 ganz neuen Lichte, und vielleich war jene Zeit auch
 diejenige, in welcher der geistige Einfluß Liebknechts
 auf die Partei der größte, der vorherrschende war: eine ganze
 Generation kleiner Agitatoren und späterer Parteiredactoren wuchs
 unter dieser Schule heran; gar manche hatten ihn es abgesehen, wie
 er sich kämpfte und wie er sprach — ohne das Talent des Lehrers
 zu besitzen, ohne die Kenntnisse zu erwerben, die Liebknecht in seiner
 Sprachkunst funkelnd und pridelnd, pöndelnd und ergreifend, be-
 geistert und herausgehend auf Leser und Zuhörer wirken lassen
 konnte — einem Diamantschleifer gleich, der den schwarzen Edelstein
 so lange bearbeitet, bis er glänzend und schimmernd, von allen
 Seiten strahlend, in der Sonne funkeln spiegelt.

Gegenüber gab es freilich auch damals in der Partei und Ver-
 schiedenheit in der Auffassung; die Polemiken im „Volksstaat“ selber
 lieferten den besten Beweis, und vor allem auch der Streit zwischen
 Partei-Ausschuss und den Leitern des „Volksstaat“, Bebel und Lieb-
 knecht, über die Stellungnahme der Partei zur Reichsgründung, in
 dessen Verlauf auch der bekannte Marx'sche Brief von den „Schuften
 und Karren“ (in der deutschen Militärmarietta) geschrieben ward,
 der arbeitsweise im „Braunschweiger Manifest“ zum Abdruck
 gelangte.

1873 folgte der Leipziger Hochverrats-Prozess —
 jener schlimme Tendenzprozess, den die damalige sächsische Re-
 gierung in Unterwerfung unter die Wünsche der Berliner
 Polizei, bezw. Bismarcks inszeniert hatte. Bekanntlich wohnten den
 ganzen Verhandlungen des Prozesses der Berliner Staats-
 anwalt Anders und zeitweilig auch der sächsische Justiz-
 minister Abelen persönlich bei. Und Richter und Geschworne waren
 ihrer Aufgabe gewachsen. Formell endete der Prozess mit der Verurteilung
 Bebel und Liebknechts zu 2 Jahren Zuchthaus, die sie auf Subertus-
 burg abtaten, tatsächlich erregte der Prozess die öffentliche Meinung
 Deutschlands bis in die entlegensten Winkel in ungeheurer Weise
 und that zur Verbreitung der socialdemokratischen Ideen, zur Er-
 weckung der Sympathien für die Sache und Personen der An-
 geklagten mehr, als die „wildeste Agitation“ je hätte erreichen
 können. So arg war mit dem Recht, was mit Form und Geist des
 Gesetzes seit dem Labandorff-Prozess nicht mehr umgesprungen worden;
 die sittliche und geistige Ueberlegenheit der Angeklagten über ihre
 Verfolger feierten aber in den vierzehntägigen Verhandlungen wahre
 Triumphe! Damals waren Bebel und Liebknecht in der That die
 populärsten Namen Deutschlands!

der theoretischen Mangelhaftigkeit ihres Programms überstand die
 Partei die Periode der Attentatstheorie und des Ausnahmegesetzes,
 ohne auch nur das Bedürfnis der Programmänderung im theoretischen
 Teil zu empfinden; der Geist ist's, der lebendig macht, und an
 der Stärkung und Bedeung dieses Kampfes trug Liebknecht sein
 redlich Teil bei.
 Heute ist jener Bruderzwist zwischen Lassalleanern und „Ehr-
 lichen“, der in der Einigung begraben wurde, vergessen. (Nebst
 dem es ein Satz Liebknechts, auf den sich die Parteibezeichnung
 „die Ehrlichen“ zurückführt. In einem Aufruf vom 23. Juni 1869
 heißt es: „Es wird sich ja zeigen, ob die Korruption, die Gemein-
 heit, die Bestechlichkeit auf jener Seite oder die Ehrlichkeit und
 Reinheit der Absichten auf unserer Seite den Sieg davonträgt.“)
 Trotz der formalen Einigung zitterte aber die Erregung und Ver-
 bitterung aus ihren jahrelangen persönlichen Gegensätzen noch lange
 nach; und wenn die deutschen Arbeiter ihrem verstorbenen
 Vorkämpfer in einem zu Danke verpflichtet sind, so dafür, daß er
 seinerseits soviel dazu beigetragen hat, daß die trotz allem und allem
 im Anfang doch da und dort noch brisante Einigkeit zu einer
 dauernden geworden ist. Der Bruderzwist war in beiden Lagern
 mit großer persönlicher Erbitterung und Rücksichtslosigkeit geführt
 worden, und wie sollten gerade die beiden zusammenarbeitenden am
 gemeinsamen Centralorgan, welche die spitzigsten Feile auf-
 einander entzündet hatten. Auf dem Gothaer Kongress 1876
 wurde das Gewitter noch einmal einen Augenblick auf: Hasenclever
 lehnte plötzlich ab, in die Redaktion des „Vorwärts“ einzutreten,
 der an Stelle des Leipziger „Volksstaat“ und des Berliner „Neuen Social-
 demokrat“ nun in Leipzig erscheinen sollte. Da ließ sich Hasen-
 clever bereit finden, und aus den beiden erbitterten Gegnern
 wurden die besten Kameraden, die bis zum Tode in treuer Waffen-
 freundschaft zusammen hielten.

Kamerad! Ja, das ist das richtige Wort für Liebknecht.
 Mit wem er zusammenarbeitete, dem hielt er treue Kameradschaft,
 die er in jeder Stunde der Rote behandelte. Und nichts bereitete ihm
 innigere Herzensfreude, als wenn er einen Freund aus einer Gefahr
 oder Verlegenheit „herauszuziehen“ konnte, doppelt, wenn der Freund
 in diese Ruten trotz der Abmachungen des „Alten“ gekommen war
 oder wenn er vorher mit ihm einen Span auszufestigen gehabt hatte.

Reich an Arbeit und Strafen, aber auch an Erfolgen waren für
 Liebknecht die hiesigen Jahre. Da kam 1878 die Attentatstheorie
 und dann das Ausnahmegesetz, welches die kätzig in die Halme
 geschossene socialistische Presse und Literatur mit einem Sensenhebe
 hinwegmähete. Für eine zeitlang herrschte die Ruhe des Kirchhofs;
 erst von Berlin ausgewiesen, dann, als der Belagerungsstand über
 Leipzig und Offenbach verhängt wurde, auch aus diesen beiden Orten
 betrieben, richtete sich Liebknecht in Vordorf ein Junggesellen-
 heim ein, worin er jeden Sonntag den Besuch seiner Familie empfing.
 1879 zog er in den sächsischen Landtag ein und leistete den „Treueid“,
 an welcher Formel plötzlich die sogenannten „Radikalen“ besondern
 Anstoß nahmen und sich nicht scheuten, sogar Liebknecht offen des
 „Parteierrats“ zu beschuldigen. Im Jahr 1879 wurde „Der Social-
 demokrat“ in Jülich gegründet, von Anfang an bis zur letzten
 Nummer im September 1890 war Liebknecht ständiger Mit-
 arbeiter aus Deutschland. Eine unzählige Masse politischer Notizen,
 eine Fülle von Leitartikeln entstammten seiner Feder; mochte er sie
 Miles, Solim, ms. oder wie immer zeichnen; sein Stil verriet den
 Freunden und der Polizei den Verfasser, aber den Beweis
 in Gestalt auch nur eines Fingerringes vermochte sie nicht
 zu erbringen und mit dem Verbot war dem Blatt nicht beizukommen.
 Die „Hamb. Gerichtsztg.“, an der Liebknecht ebenfalls Mitarbeiter war,
 konnte man wegen eines seiner Artikel: „Gewalt ist kein Heilmittel“,
 verbieten, obgleich ihr strafrechtlich absolut nichts anzuhängen war,
 aber mit dem Verbot war die Existenz von so und so viel Personen
 vernichtet und geschädigt — und das war für die Polizeiseele Putz-
 kamerscher Schule doch etwas, da ihre anderweitigen Bestrebungen,
 mittels des Ausnahmegesetzes die Partei zu korrumpieren, die
 Arbeiterbewegung zu vernichten, jämmerliches Pflaßo erlitten
 hatten. An den „Socialdemokrat“ konnte die preussische Polizei
 wie gesagt nicht heran, und jede Brutalität und jede
 Richtswürdigkeit fand im „Socialdemokrat“ den unerbittlichsten An-
 kläger und nur allzu oft verriet die Schärfe und Feinheit der Spitze
 den Schützen.

Es gab auch keine Streitfrage in der Partei, zu der nicht Lieb-
 knecht im „Socialdemokrat“ Beiträge lieferte, nur war seine Stellung-
 nahme bisweilen anders als manche Freunde in Deutschland ver-
 muteten, wie z. B. seine Artikel für die Dampfersubventions-
 vorlage im „Socialdemokrat“. Mit dem Heranwachsen einer
 eigenen Arbeiterpresse in Deutschland wurde die Mitarbeiterschaft
 Liebknechts immer unregelmäßiger, seine Beiträge immer seltener.
 Als das Socialistengesetz fiel und die Parteileitung nach Berlin
 überfiedelte und die Frage eines in Deutschland erscheinenden
 Centralorgans sich ergab, da entschloß sich auch Liebknecht auf das
 Bitten seiner Freunde zur Ueberfiedelung nach Berlin und der
 Parteitag in Halle ernannte ihn zum Chefredacteur des Central-
 organs und zum Mitglied der Parteileitung.

Der erste Journalist der Partei, ihr glänzendster Stilist, war
 Liebknecht auch ihr bester Agitator — nicht nur in früheren
 Jahren, da die Zahl der zur Agitation Versuchten und Befähigten
 eine beschränkte war, sondern auch heute noch, wo die Zahl der
 Abgeordneten, der Redactoren, der Agitatoren in die Hunderte
 zählt. Wer erinnert sich nicht der Zeit, da neben Bebel Lieb-
 knecht in Dutzenden von Wahlkreisen der Jährlaubdab der Partei
 war! Es dürfte kaum eine größere Stadt im ganzen Reich
 geben, in der nicht Liebknecht unter den jubelnden Turnen der

Genossen und unter dem achtungsvollen Schweigen der
 Gegner den Samen der Socialdemokratie ausgestreut hatte.
 In einem Alter, wo andre längst im Großvaterstuhl der
 Würde ausrufen, da zog er — ein Jüngling an Körperkraft, ein
 Jüngling an Begeisterung und jugendfrischen Hergens — von einem
 Ende Deutschlands ins andre, Dutzende von Versammlungen abhaltend,
 und frisch und neugestärkt kehrte er heim, wo andre Jüngere abgehert
 und ermattet waren! Ihm war die Agitation Bedürfnis, ihm war sie
 Erholung aus der Treitmühle der Tagesarbeit am Schreibtisch. Wenige
 Tage vor seinem Tode noch hielt er in Dresden eine große Ver-
 sammlung ab, in der er dem Proteste der deutschen Arbeiter gegen
 die „Weltpolitik“ Ausdruck gab, vor wenigen Wochen noch trat er,
 allen Unbilden der Witterung zum Trotz, unter freiem Himmel
 redend, im persönlichen kleinen Kreise der Genossen anfeuernd, für
 unsere Genossen Sache im Waldenburger Kreise ein — jetzt ist der
 beredete Mund für immer geschlossen, der jugendstarke Greisenkörper
 für immer gebrochen.

Und eine Lücke hinterläßt der Verstorbene, die wohl kaum je ge-
 schlossen werden dürfte: in seiner Person repräsentierte er gleichsam
 die internationale Verbrüderung der Arbeiter
 aller Länder. Seine Sprachkenntnisse ermöglichten ihm leichter
 als jedem anderen den internationalen Verkehr und seine persön-
 liche Lebenswürdigkeit brachte ihn auch den Ausländern, den
 Franzosen, den Italienern, den Belgiern, Holländern, Engländern,
 den Amerikanern nahe, von den Deutschen zu schweigen, die ihn
 mit uns als den Ihren betrachteten. Wo eine schwierige Frage auf-
 tauchte, wo Mißverständnisse die Verständigung erschwerten — eine
 Reise Liebknechts brachte alles wieder ins Gleichgewicht. Auf den inter-
 nationalen Kongressen, wo so oft die Gegenläge des Naturells, die Unter-
 schiede in der politischen, wirtschaftlichen und historischen Entwicklung hart
 aufeinanderprallen, brachten seine Erfahrung und seine Gabe der
 Ausgleichung und Versöhnung die Dinge rasch wieder ins Gleich-
 gewicht. Man muß beispielsweise die Begeisterung der Engländer
 und Franzosen mit erlebt haben, wenn Liebknecht in ihrer Sprache
 zu ihnen redete. Deshalb ist der Verlust, den wir erleiden, nicht
 bloß ein Verlust der deutschen Socialdemokratie, sondern des
 Proletariats der ganzen Kulturwelt, und er wird von den Arbeitern
 aller Länder mit gleichem Schmerze empfunden!

Liebknecht war nicht nur der Vorkämpfer unserer Partei,
 Liebknecht ist und Genossen allen auch ein Vorbild! Nicht nur
 für den Eifer, die Kraft, die Treue in der Verrichtung unserer Grund-
 sätze, nein auch für die Hingabe und Opferbereitschaft. Kahezu
 sieben Jahre seines Lebens hat Liebknecht im
 Dienst der Partei in Gefängnissen zugebracht,
 noch auf der Höhe des Greisenalters fiel er dem „neuen Kurs“ wegen
 Mißverständnisse zum Opfer — ein Wahrzeichen für das tiefe
 Niveau unseres politischen Kulturzustandes! Jahrelang hat er für ein
 kümmerliches Gehalt der Partei seine Kräfte gewidmet, ohne Pausen, ohne
 Bedenken. Und nur allzuoft waren nicht einmal diese jämmerlichen
 Silberlinge zur Verfügung, wenn der Finger der Rot an die Thür klopfte.
 Und wenn in dem letzten Jahrzehnt die Partei in der Lage war, ihrem un-
 erdlichen Streiter ein auskömmliches Gehalt zu sichern, so er-
 füllten die Arbeiter damit nur eine Ehrenschuld, die sich lange
 angehäuft hatte.

Der Parlamentarier Liebknecht verdient eine
 längere Würdigung; seine Thätigkeit auf diesem Gebiete ist eine
 so reiche und vielseitige, erstreckt sich über mehr denn 30 Jahre, daß
 sie nicht bloß in Vorbegehenden geschildert werden kann. Auch hier
 hielt er mit der ihm eignen Fähigkeit und Unbegrenztheit an dem
 sich einmal gesteckten Ziele fest, bis er es erreicht hatte. Die aus-
 wärtige Politik Bismarcks zu bekämpfen, benutzte er jede Gelegen-
 heit, die Satellitendienste, welche der „mächtigste und genialste
 Staatsmann des Jahrhunderts“ Rußland leistete, seine zweideutige
 Treuligkeit — all das geistelte er all die Jahre mit rücksichtslos
 Schärfe. Und einen jahrelangen unerbittlichen und unablässigen
 Krieg führte er mit Post-Stephan über das Briefgeheimnis
 im Reich, gegen die Briefliebvereine, die längst vor Ersich
 des Socialistengesetzes für die Zwecke der Polizei getrieben
 wurden. Nicht so glücklich wie Bebel in seinem Feldzug gegen die
 Soldatenmißhandlungen, daß er mit unbestreitbarem, unabhingbarem
 Thatfachenmaterial aufwarten konnte, erreichten seine fortgesetzten
 Anklagen und die von ihm vorgeschritten Thatfachen es doch, daß die
 Postverwaltung Remedur schaffte, genau so wie infolge der fort-
 gesetzten Kritiken Bebel die Militärverwaltung gezwungen ist, den
 Ausschreitungen einzelner Offiziere und Unteroffiziere in immer
 erhöhterem Maße vorzugeben.

Und so wie der Parlamentarier, bedarf auch der Schrift-
 steller Liebknecht eines eingehenderen Studiums. Ein eigentliches
 literarisches Erbe hinterläßt der Verstorbene nicht. Ungezählt
 sind die Reden und Flugblätter, die aus seiner Feder in die
 Welt schwirren; für die Bedürfnisse des Tages, unter dem
 Eindruck des Tages für die Wirkung des Tages geschrieben,
 sind sie zerflattert und zerstreut: kaum eine Bibliothek dürfte alle
 gesammelt haben. Und dabei waren sie oft von tiefster und weit-
 gehendster Wirkung auf die Partei und die allgemeine Politik. In
 unzähligen Exemplaren ging seine Agitationschrift: „Was die
 Socialdemokraten sind und was sie wollen“ in die Massen. Seine
 Rede im sächsischen Landtag über die elende Lage der Bergarbeiter
 erhielt rasch ihre suchtbare Bestätigung durch die Wildenbergschacht-
 katastrophe. Seine „Politische Stellung der Socialdemokratie“, so viel
 und so oft gegen ihn citiert, ging in Zehntausenden durch die Massen, eben-
 so seine nicht gehaltene Verteidigungsrede im Hochverrats-Prozess:
 „Hochverrat und Revolution.“ Und welche Begrüßung haben
 Jahrzehntelang seine beiden Bestreden: „Zum Schluß und Trug“ und
 „Wissen ist Macht“ in tausenden und abertausenden von Proletariats-

herzen entflammt. Unsere Bewegung ist gewachsen, in die Breite und Tiefe, hat neue Fragen aufgeworfen, über die alte Literatur wächst nach und nach das Gras der Geschichte — diesem Schwadron entgeht kein Schriftsteller, und es beweist das hohe Talent Liebknechts als Tageskritiker, daß seine Flugblätter jahrzehntelang Bedeutung und Einfluß behielten. Wo ist ein Pamphlet, das so weiten Absatz und solch gleichbleibende werbende Aufnahme fand wie seine „Emscher Depesche“. Sehen wir von feministischen Arbeiten hier ab, in denen der Stillsitzende Liebknecht erst recht zur Geltung kommen konnte, so hat er, außer dem „Veitinger Hochverratsprozess“ nur zwei größere Schriften hinterlassen, seine politische Studie „Robert Blum“ und die in zwei Auflagen erschienene „Grund- und Bodenfrage“; indes hat sich seit ihrem Erscheinen die wirtschaftliche Situation verändert und das darin mitgeteilte Thatsachenmaterial ist jetzt veraltet.

Welch' fängende feministische Begabung aber in Liebknecht wegen seiner ausschließlichen Tätigkeit auf dem Gebiete der Tagespolitik nicht zur Entfaltung und Geltung kommen konnte, das beweist sein „Wid in die Neue Welt“. Mit 60 Jahren hatte Liebknecht im Auftrage der Partei auf Ansuchen unserer Parteigenossen in Amerika eine Agitationstour durch die Vereinigten Staaten unternommen, und Dutzende von Versammlungen abgehalten; und kurz nach der Heimkehr von dieser anstrengenden Tour erschien das Buch; so frisch und lebendig die Eindrücke aus der „Neuen Welt“ wiedererspiegelt, als hätte ein jugendfrisches Herz sie aufgenommen, nicht ein Sechzigjähriger, dessen ganzes Leben in politischen Kämpfen aufgegangen war. Auch das, was die amerikanischen Genossen dem Vicheln so bitter zum Vorwurf machten, daß Dinge und Zustände mit optimistischen Augen gesehen und schönfärbend, illusionär dargestellt seien, das spricht in letztem Grunde doch nur für den positiven Jugendglauben, den der Sechzigjährige in seinem Herzen sich bewahrt hatte.

Hat nun aber auch unser „Alter“ trotz seiner hohen schriftstellerischen Begabung kein größeres literarisches Werk als bleibendes Andenken hinterlassen und wird sein Name auch in keiner Schulblase der Literaturgeschichte mit einem besonderen Glanzlicht versehen, das immerdar und vergessen werden, so haben gerade die tausende und aber tausende von Reden, Artikeln, Flugblättern, Broschüren, die im Kampfe des Tages als Zeugnisse hohen Wissens, edlen Herzens, treuer Hingabe für seine und seines Volkes Sache von ihm geschrieben wurden, ihm im Herzen der Arbeiter ein Denkmal errichtet, dauernder als ein von Erz und Stein und weitaus mehr denn aller literarischer Ruhm. Liebknecht kann des literarischen Ruhmes entbehren; sein Name ist in die Geschichte der Gegenwart mit goldenen Lettern eingegraben, und wenn die Namen der Tages- und Kriegsgötter längst vergessen sind, wenn „Wilhelm der Große“ allgemein in seiner geistigen Bedeutungslosigkeit und als ein rein mechanisches nebenwärtiges Nebenwerk in der Geschichte erlöst sein wird, dann wird der Name Wilhelm Liebknecht noch späteren Generationen als einer der Edlen genannt werden, die lebten und stritten, selbstlos, edel, unerschrocken für die Befreiung der Arbeiter aus dem unwürdigen Joch des Kapitalismus und Absolutismus, für ihre Erhebung auf die Höhen der Menschheit!

Weitere Kundgebungen der Trauer.

Auch heute noch sind unserer Redaktion und dem Parteivorstand sehr zahlreiche Telegramme zugegangen, die von der tiefen Trauer zeugen, die allenthalben, weit über die Grenzen des Deutschen Reichs hinaus, durch die Nachricht von Liebknechts Tode hervorgerufen worden ist. Ferner laufen bei uns viele Anmeldungen auswärtiger Delegationen für das Leichenbegängnis ein. Bei der ungewöhnlich großen Zahl der Kundgebungen beschränken wir uns auch heute auf die Wiedergabe charakteristischer vom Ausland eingelaufener Beileidstelegramme.

Das Generalkomitee der französischen socialistischen Partei sendet den letzten Gruß dem großen internationalen Socialistischen Liebknecht und nimmt Teil an dem Schmerz der deutschen Brüder. Im Auftrage: Dubreuil.

Aus Belgien telegraphiert Genosse Vanderbelde: Ich erfahre heute den Tod Liebknechts und nehme schmerzlich bewegt teil an Eurer Trauer.

Die belgische Arbeiterpartei nimmt Teil an dem Schmerz, der dem deutschen Proletariat so graulich zugefügt wurde. Das Hinscheiden unseres unermüdeten Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht empfindet schmerzlich Deutscher Arbeiterverein, Brüssel.

Die socialistischen Studenten Lüttichs senden ihren letzten Gruß dem großen Kämpfer, dessen plötzliches Hinscheiden den internationalen Socialismus in tiefe Trauer versetzt.

Aus Amerika gehen uns folgende Telegramme zu: Terzahaut. Die amerikanische Socialdemokratie weint mit den Socialisten aller Länder an der Waise des Vorkämpfers für die Socialdemokratie. Debs.

Springfield. Amerikanische Socialisten drücken ihr tiefes Weileid aus Anlaß des Todes von Liebknecht aus.

Die Socialisten Cincinnati senden ihrem teuren Genossen Liebknecht ihren letzten Gruß.

New York. Die Socialdemocratic party New Yorks beklagt den Verlust des großen Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht und gelobt unverbrüchliche Treue den Zielen seines Lebens.

Von russischen Genossen verzeichnen wir heute folgende weitere Kundgebungen:

Tief erschüttert durch Liebknechts Tod, nehmen wir teil an der Trauer der deutschen Partei. Für die Socialistische Partei Russisch-Polens das auswärtige Komitee.

Genf. Die russische revolutionäre Organisation der Socialdemokratie betrauert den schweren Verlust des unvergeßlichen Veteranen des internationalen Socialismus, Georg Plechanow.

Bern. Tief hat uns erschüttert der Tod des großen Socialisten, des großen Wilhelm Liebknecht! Tot ist der unermüdetliche Kämpfer, welcher bis zum Grabe für die Freiheit des Proletariats ohne Ruhe und Mühe kämpfte. Tot ist der Kämpfer, lebendig ist sein Werk! Vernichte Gruppe der russischen revolutionären Organisation der Socialdemokratie.

Aus London: Wir teilen Euren großen Schmerz, der die Socialisten aller Länder trifft. Unabhängige Arbeiterpartei Glasgow. Sympathie und Weileid von den Mitgliedern des Kelmscott-Klub in Hammermith-London.

Schweiz. Der Arbeiterverein in Lausanne schickt der deutschen Socialdemokratie gelegentlich des schmerzlichen Verlustes, den sie durch den Tod des tapferen Liebknecht erlitten, den Ausdruck ihrer Sympathie.

Christiana. Anlaßlich des Ablebens unseres verdienten Genossen Wilhelm Liebknecht senden unser tiefstes Beileid. Socialisten-Klub „Vorwärts“, Christiania.

Aus Oesterreich und Ungarn liegen uns auch heute besonders zahlreiche Trauerkundgebungen vor. Wir verzeichnen die folgenden: Aus Wien:

Tieferschüttert von der Nachricht, daß Liebknecht tot, senden wir der deutschen Bruderpartei herzlichen Gruß. Wir empfinden mit Euch, was Ihr, was die ganze internationale Socialdemokratie an dem so jäh Dahingegangenen, an unserem „Alten“ verliert. Die Gesamtexekutive der Socialdemokratie in Oesterreich.

Der Arbeiter-Bildungsverein Wien 6. Bezirk giebt hiernit seiner tiefsten Trauer über den Tod des unvergeßlichen Liebknecht Ausdruck. Wir trauern um den Verlust unseres wackeren Mitkämpfers.

Namens der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Oesterreichs drücken wir Euch unser tiefes Weileid aus beim schmerzlichen Verlust des Veteranen im Kampf des Proletariats. Die österreichische Gewerkschaftskommission.

Namens der organisierten Metallarbeiter Oesterreichs sprechen wir Euch anlaßlich des Ablebens unseres Wilhelm Liebknecht tiefempfundenes Beileid aus.

Im Namen des gesonnenen Leserkreises der „Volltribüne“ drückt dieselbe der deutschen Bruderpartei tieferschüttert ihre herzliche Teilnahme aus über den plötzlichen Tod unseres großen Genossen Wilhelm Liebknecht. Wenn einer alle Ehren verdient, so ist es Wilhelm Liebknecht, dessen Andenken fortleben wird in den Herzen des ihm dankbaren Proletariats.

Der deutschen Bruderpartei unser tiefstes Beileid zu dem schmerzlichen Verlust unseres lieben Genossen und wackeren Kämpfers Liebknecht. Für die schlesische Landes-Parteivertretung in Jägerndorf.

Bei dem schweren Verlust, den die gesamte organisierte Arbeiterschaft erlitten, drückt ihr tiefstes Beileid aus Gewerkschaft der Holzarbeiter Oberösterreichs.

Budapest. Mit tiefem Schmerz erlitten wir die Trauertunde von dem Ableben des unerschrockenen Vorkämpfers des internationalen Proletariats. Empfangen daher unser tiefgefühltes Beileid mit dem Wunsch, den das kämpfende Proletariat und die Socialdemokratie Deutschlands erleidet. Das Exekutivkomitee des Gewerkschaftsrates in Ungarn.

Trauer und Schmerz erfüllt unsre Herzen, im Bewußtsein dessen, welch' herben Verlust das unterjochte Proletariat mit dem Hinscheiden unseres Vorkämpfers Liebknecht erlitten. Sein glänzendes Wirken wird uns stets als Vorbild dienen, wie wir für Recht und Wahrheit kämpfen sollen. Verein der ungarländischen Buchbinder in Budapest.

Der Budapester Eisen- und Metallarbeiter-Verein teilt Euer tiefes Leid über das Hinscheiden des Genossen Wilhelm Liebknecht, des unsterblichen Kämpfers für die Rechte des Proletariats.

Am Deutschlands Herde, dem unermüdetlichen Kämpfer für Freiheit und Recht, um Wilhelm Liebknecht trauern wir mit Euch. Er war in Eurer Mitte, arbeitete aber auch für uns. Seien wir stark im Schmerz und kämpfen wir weiter für die heilige Sache, für die Liebknecht gelebt, gelitten und gestorben. Die organisierten Arbeiter von Grassebetfalva in Ungarn.

Beim Empfang der traurigen Nachricht vom Ableben des alten Kämpfers unserer Partei, Wilhelm Liebknecht, spricht ihr tiefstes Beileid aus die Pester Tischler-, Niermer- und Sattler-Organisation.

Der Verlust Liebknechts wird auch von uns betrauert und seine Lehren und sein Name unvergessen bleiben bei den organisierten Stenographen Budapests.

Mit erschüttertem Herzen vernahmen wir die Kunde vom Ableben Liebknechts. Wir trauern herzlich um den Verlust des Vorkämpfers und Helden. Wir weinen um ihn wie die treuen Anhänger um den verlorenen Vater. Sein Beispiel wird zur Weiterarbeit ermuntern, sein Andenken beim Proletariat ewig leben. Im Auftrag der Massenbewachten Arbeiter Klauseuburgs in Ungarn.

Der ungarische Leserkreis in Paris ist schmerzlich bewegt durch den Tod unseres großen und hochgeachteten Genossen Liebknecht, der bis zum letzten Atemzug für die Sache der Arbeiter und für die Emancipation des Proletariats der ganzen Welt gekämpft hat. Unsern letzten Gruß dem großen Entschlafenen.

Reichenberg. Anlaßlich des plötzlichen Hinscheidens des allverehrten unerschrockenen Streikers im Befreiungskampfe des Proletariats den Ausdruck unserer herzlichen Trauer. Nordböhmische Gewerkschaftskommission.

Brann. Wir trauern mit Euch an dem Sarge Wilhelm Liebknechts, des unermüdetlichen Vorkämpfers der Emancipation der arbeitenden Klassen aus der Anarchie des Kapitals. Die tschechische Socialdemokratie des ersten mährischen Wahlkreises.

Prag. Schmerzlich berührt von dem jähen Hinscheiden des unvergeßlichen Retters der Socialdemokratie sprechen wir namens der tschechischen Socialdemokraten Prag unser tiefempfundenes Beileid aus.

Teplitz-Schuan. Die Kreisvertretung des fünften böhmischen Wahlkreises spricht ihre tiefe Trauer aus über das unerwartete Ableben des besten deutschen Kämpfers für das internationale Proletariat.

Den Ausdruck herzlichster Sympathie beim schmerzlichen Verlust des alten Kämpfers Veteranen Wilhelm Liebknecht. Bezirksorganisation in Weipert in Böhmen.

Die Parteigenossen im Oskgalizischen Komitee übermitteln der Parteivertretung Deutschlands ihr Beileid anlaßlich von Liebknechts Tode.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. August.

Die Vernichtung der freien Hilfsklassen.

Die „Verf. Pol. Rad.“ sprechen es jetzt ganz offen aus, daß es bei der Revision des Krankenversicherungsgesetzes auf die Vernichtung der freien Versicherungstätigkeit der Arbeiter, auf die Beseitigung der freien Hilfsklassen als dem Geiste genügende Versicherung abgesehen ist. Sie erklären, daß diese Klassen keine Existenzberechtigung hätten.

„Obichon“, so heißt es in der betreffenden Notiz weiter, „bei der Umarbeitung der ersten Novelle zum Krankenversicherungsgesetz das löbliche Bestreben obwaltete, zwischen Zwangs- und freien Klassen Licht und Schatten gleichmäßiger zu verteilen, ist doch weit mehr Licht bei diesen und weit mehr Schatten bei jenen geblieben. Wie verschieden die Verhältnisse der Klassen sich gestalten müssen, geht aus dem einen Umstande hervor, daß, während die Zwangsklassen jeden Versicherungspflichtigen zum Mitgliede zu nehmen gezwungen sind, die freien Klassen eine Auswahl treffen können. Sie besitzen damit unstrittig ein für sie recht günstiges Privilegium. Würde damit kein Schaden angefügt werden, so könnte man es hinsetzen lassen, aber es ist doch zu bedenken, daß den Zwangsklassen damit die weniger Kosten verursachenden Versicherten entzogen werden. Wenn einmal eine Zwangsversicherung geschaffen ist, so ist es eine notwendige Konsequenz, daß jede Lücke in derselben ausgefüllt werden muß. Eine solche Lücke ist durch die Zulassung der freien Hilfsklassen als vollwertige Klassen seiner Zeit geschaffen und durch die erste Krankenversicherungsgesetz-Revision noch nicht ausgefüllt. Ihre Beseitigung ist aber nicht bloß gerechtfertigt, sondern auch im Interesse des Ganzen notwendig. Als Zuschußklassen könnten die freien Hilfsklassen ja immer noch weiter bestehen.“

Werden dadurch die vom Regierungsrat Hoffmann seiner Zeit geäußerten Anschauungen bezüglich der freien Hilfsklassen offiziell bestätigt, so werden wir wohl auch bald die Bestätigung seiner sonstigen Ansichten in dem offiziellen Organ erfahren. Es ist darum gut, daß die Klassen beizeiten mobil machen. Sie müssen aber nicht bloß Proteste beschließen, sie müssen auch Material herbeischaffen, mit dessen Hilfe sie den geplanten Schlag noch Wirklichkeit parieren können.

Auch die Ortsklassen, deren Selbstverwaltung schwer bedroht ist, thun das bereits. Eine Konferenz der freien Vereinigung sächsischer Ortsklassen sagte befallentlich, sofort nach Erscheinen der Regierungsvorlage eine außerordentliche Konferenz einzuberufen. Der Vorstand der Orts-Krankenkasse Chemnitz hat aber jetzt, in der richtigen Erkenntnis, daß dann eine Stellungnahme zu spät sein wird und es schwer ist, in einer einzigen Versammlung

alles dasjenige eingehend zu erörtern, was durch langjährige Erfahrung als abänderungsbedürftig sich aufdrängt, die Umarbeitung einer Vorlage jetzt schon in die Hand genommen. Die genannte Klasse hat zu dem Zweck umfangreiche Fragebogen (enthaltend ca. 80 Fragen) an alle Orts-Krankenkassen Sachsen versandt, um so Unterlagen für die Vorlage zu erhalten.

So sollten auch die freien Hilfsklassen verfahren, um sich zu wehren. Ist doch die Haupttendenz aller Pläne bei der Krankenversicherung die, die Arbeiter in spanische Stiefel zu schnüren, sie mehr und mehr zu bedrücken; unter die Untermöglichkeit der Unternehmung und der Behörden zu bringen.

Die kaiserliche Secyredigt wird von der „Kreuz-Zeitung“ in besonderen Abdrücken zu einer Massenagitation für Frömmigkeit und Chivalrie zu benutzen versucht. 100 Exemplare werden zum Selbstkostenpreise von 1 M. abgesetzt. Der Kaiser wird so, und noch dazu in seiner Eigenschaft als kirchlicher Würdenträger, von der „Kreuz-Zeitung“ gleich einem Agitator behandelt, der Flugblätter für Pastor Hille verfaßt. Wir wissen nicht, ob sich das für ein hervorragend die Ehrfurcht vor dem Monarchen pflegendes Blatt geziemt. Jedenfalls aber zeigt der Vorgang, daß noch niemals eine kaiserliche Rede der „Kreuz-Zeitung“ so gut gefiel als diese Secyredigt. Und dieses Gefallen beruht auf Gegenseitigkeit. Die einst vom Hofe verbaute, im „Reichs-Anzeiger“ verkehrte „Kreuz-Zeitung“ ist neuerdings wieder in Gnaden aufgenommen worden.

Provinzielle Reptilienzucht.

Während sich Schweiburg in seiner Beeinflussung der größeren Blätter müht, noch einige Reserve anferlegt, läßt er den kleinen Kläffern seiner „Neuen Reichs-Korrespondenz“, der die Provinz bezieht, ganz nach Willkür seine unansehnlichen Triebe befechtigen. In seiner Nummer vom 7. August lesen wir beispielsweise:

„Wenn die Socialdemokratie die Reichs- und Nichtswohlthätigkeit noch weiter treiben sollte, als sie dieselbe jetzt getrieben hat, dann wird sie doch noch eine energische Zurück- und Zurückweisung erhalten müssen, als ihr bereits zu teil geworden ist. Das Blatt hat nämlich die Reichs- und die Regierung zu bedrohen, und zwar mit der Erregtheit der Arbeiterklasse. Aus welchem Grunde? Der Kaiser hat jüngst einige Arbeiter dekorirt, die, obwohl sie zum Auslande aufgeföhrt waren, an der Ausrüstung der Schiffe für die China-Expedition gearbeitet hatten. Der „Vorwärts“ will nun im Gegentheil zu den Thatsachen die Welt glauben machen, daß nicht die Arbeiter, sondern die Arbeitgeber es gewesen sind, welche die rechtzeitige Ausrüstung der Schiffe in Frage gestellt hätten und droht, daß, wenn die Regierung nicht diese Unwahrheit als Wahrheit verstände, die Arbeiterklasse eine gewaltige Erregtheit erfassen würde. Also soweit sind wir schon, daß die Socialdemokratie zu drohen mag. Beht nur noch, daß eine Revolte in Aussicht gestellt wird, und die Zeit, in welcher der Böbel zur Herrschaft zu gelangen glauben könnte, hätte begonnen. Nun, glücklicherweise sind wir noch nicht soweit, und die Regierung thut am besten, die ganzen Drohungen des „Vorwärts“ unbeachtet zu lassen, dagegen die Socialdemokratie doch etwas schärfer als bisher anzufassen.“

Die Regierung hat in der That die „Drohung“ des „Vorwärts“, nämlich dem sehr gutgemeinten Rat, die Hamburger Vorgänge wahrheitsgemäß darzustellen, bisher nicht befolgt. Vielleicht wird man sie bei einer späteren Gelegenheit gesprächiger machen.

Nebst dem schätzt Herr Schweiburg die Regierung außerordentlich niedrig ein, wenn er andeutet, man müßte schon mit einer Revolte drohen, um mit einzigem Erfolge an die Pflicht der Regierung zu erinnern, dafür zu sorgen, daß der Kaiser richtig informiert werde. Wie haben das allgeringste Interesse an solcher Erziehung der Regierung zu den richtigen Thatsachen, und bedürfen deshalb auch nicht des fragwürdigen Erziehungsmittels einer Revolte.

Das Gefängnis verwickelt hätten die Hamburger Inter-nemer, die durch ihre Auspörrung der Arbeiter sich selbst gehindert haben, die Reparaturen der Transportschiffe auszuführen, wenn wir uns formell im Kriegszustand befänden. Die „Voll-Zeitung“ erinnert zutreffend an den § 822 des Strafgesetzbuchs, der lautet:

„Wer die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Krieges... entweder nicht zur bestimmten Zeit oder nicht in der vorbedungenen Weise erfüllt, wird mit Gefängnis nicht unter sechs Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.“

Dieselben Strafen finden auch gegen die Unterkleferanten, Vermittler und Bevollmächtigten der Lieferanten Anwendung.

Die Unternehmer haben die Lieferung nicht ausgeführt, und zwar durch eigene Schuld. Die vaterlandslosen Wesellen hätten demnach ins Gefängnis wandern müssen, wenn der thatsächliche Krieg auch formell erklärt worden wäre, und zwar nicht unter sechs Monaten.

Gemütsmenschen. Die „Post“ erwähnt eine Zuschrift, die sie aus ihrem besitzenden und gebildeten Abonnentenkreise erhalten hat, wonach Anarchisten der That nach Verkündung des Verbretens zwangsweise der Gesellschaft nützlich gemacht werden sollen, indem man sie den Ketzern als Objekte für medizinische Versuche und Dissectionen übergiebt.

Die schlimmsten Anarchisten der That sind die Schuldigen und Verdächtige von massenmörderischen Eroberungskriegen. Vielleicht schlägt der Gemütsmensch der „Post“ auch diesen Anarchisten gegenüber eine solche nützliche Verwendung vor!

Die Bahn nach China. Der „Hamb. Korresp.“ giebt unter Vorbehalt eine Meldung seines Petersburger Korrespondenten wieder, wonach der Zar die Erlaubnis gegeben habe, daß deutsche Truppen per Bahn durch Rußland und Sibirien nach Ostasien befördert werden dürfen.

Die Erlangung dieses Zugeständnisses soll ziemlich diplomatische Schwierigkeiten gemacht haben. Aber man begreift, daß der Entschluß jener Erlaubnis dem Zaren doch ziemlich leicht gefallen ist, weil die transsibirische Eisenbahn nämlich noch lange nicht fertig ist. Nach einem in diesen Tagen veröffentlichten Bericht des russischen Verkehrsministers waren am 1. Januar 1900 für den regelmäßigen Verkehr im ganzen 4060 Werst eröffnet (1 Werst = 1,1 Kilometer) gegen 4084 Werst am 1. Januar des Jahres 1899. Im laufenden Jahre wurde die direkte Verbindung bis Sretjeusel hergestellt. Im Bau befindlich ist noch die Linie Schmut-Dailaher, die Transbaikalbahn und deren Verbindung bis zur chinesischen Grenze, schließlich die Linie von der Ussuribahn bis zur chinesischen Grenze.

Da der Zar sein Versprechen sicher einlösen wird, so haben die deutschen Truppen nur nötig, einige Jahre zu warten, bis die Eisenbahn fertig ist.

Den kirchlichen Chinasagen will die hannoversche Gesandtschaft nicht erteilen. Der „Osnaabrücker Jg.“ wird darüber von einem gepanzerten Christenmenschen enttäuscht berichtet:

Für den Kenner der Verhältnisse war die Frage nicht ohne Interesse, wie sich wohl das königliche Landesconsistorium in Hannover bezüglich einer Fürbitte für die Opfer und Kämpfer in China verhalten werde. Mehrere Bischöfe, darunter der Osnabrücker, versäumten ihre Pflicht nicht. Auch die Anordnungen des Reichlichen Oberkirchenrats wurden durch die Blätter veröffentlicht. Das hannoversche Landesconsistorium aber ließ nichts von sich hören. Es hat ja allerdings, wie die Centenarfeier des Kaisers Wilhelm vor aller Welt bewiesen hat, durch einen Teil der Geistlichkeit, den es aufwachsen ließ, einen sehr schweren

An unsre Parteigenossen!

Am Sonntag, den 12. August, findet auf dem Centralfriedhof in Friedrichsfelde das Begräbnis unsres Wilhelm Liebknecht statt. Das Leichenbegängnis nimmt seinen Anfang vom Trauerhause: Charlottenburg, Kantstr. 160, mittags punkt 12 1/2 Uhr. Wir ersuchen unsre Genossen und Genossinnen, sich spätestens 12 Uhr auf ihrem unten angegebenen Sammelplatz einzufinden. Der Zug bewegt sich durch folgende Straßen:

Lauenhagen-, Kleist-, Bülow-, York-, Gneisenau-, Bärwald-, Prützen-, Gitschiner- und Skalitzerstraße, Oberbaumbrücke, Warschauerstraße und Frankfurter Allee nach dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde.

Was Wilhelm Liebknecht uns war, Ihr wißt es alle, Ihr werdet daher auch das Bedürfnis haben, diesem treuen Kämpfer, dem Soldaten der Revolution, diesem selbstlosen Menschen die letzte Ehre zu erweisen, dem Manne, der sein ganzes Leben der Arbeiterfrage, dem Kampf für die Befreiung des Proletariats gewidmet, der mehr denn 50 Jahre auf der Schanze gestanden, nicht achtend Not und Elend, Verfolgung und Pein, der mit der Partei groß geworden und sie trotz aller Verfolgungen und Widrigkeiten von Sieg zu Sieg geführt, der bis zum letzten Augenblick seines Lebens, trotz seiner 74 Jahre, im Dienste der Partei thätig gewesen.

Parteigenossen! Die Zahl derer, die dieses Verlangen empfinden, wird eine sehr große sein, nicht nur in Berlin, sondern auch auswärts. Wir halten es daher für geboten, in Eurem Namen und im Interesse eines würdevollen Verlaufes der ganzen Feier, folgende Bestimmungen zu treffen:

Den Zug eröffnen und schreiten dem Sarg voraus die Genossen des VI. Berliner Wahlkreises mit einem Musikcorps. Hinter dem Leichenwagen folgen zunächst die Familienangehörigen.

- Hierauf:
- 1. Parteileitung, Reichstags- und Landtags-Abgeordnete,
- 2. Redaktion und Expedition des „Vorwärts“,
- 3. Stadtverordnete,
- 4. Vertrauensleute, Gewerkschaftskommission und Kartell,
- 5. Auswärtige Delegierte,
- 6. Musik.
- 7. Genossen des V. und IV. und des Wahlkreises Teltow-Deesko-Charlottenburg.
- 8. Musik.
- 9. Genossen des III., II., I. und des Wahlkreises Niederbarnim.
- 10. Musik.
- 11. Gewerkschaften.

Nur für die Angehörigen werden sich Wagen im Zuge befinden.

Um einen geregelten Aufmarsch des Zuges zu ermöglichen, haben wir für die einzelnen Gruppen nachfolgende Sammelplätze festgesetzt:

- VI. Wahlkreis Lauenhagenstraße; Gruppe 1-5 vor dem Trauerhause Kantstr. 160; der V. Wahlkreis in der Fasanenstraße rechts von der Kantstr.; der IV. Wahlkreis in der Fasanenstraße links von der Kantstr.; Teltow-Deesko-Charlottenburg in der Umlandstraße links von der Kantstr.; III. Wahlkreis in der Umlandstraße rechts von der Kantstr.; I. und II. Wahlkreis in der Rankestraße; Niederbarnim in der Marburgerstraße; die Gewerkschaften auf dem Wittenbergplatz. Die einzelnen Sammelstellen sind durch große, an Stangen getragene Plakate kenntlich gemacht.

Sobald der Zug in Bewegung ist, schließen sich die einzelnen Gruppen in Reihen zu sechs Personen in der oben angegebenen Folge dem Zuge an, die Ordner geben hierzu das Zeichen.

Der Zug wird rechts und links von einer Anzahl mit roter Armbinde kenntlich gemachter „Ordner“ geleitet, deren Anordnung wir bitten, respektieren zu wollen.

Das Polizeipräsidium hat die Genehmigung zum Zug davon abhängig gemacht, daß Fahnen und Kränze mit roten Schleifen im Zuge nicht getragen werden dürfen. Wir bitten daher, alle Kranzspenden direkt nach dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde zu bringen. Diese Anordnung scheint uns auch um deswillen notwendig, weil es kaum möglich sein dürfte, die Kränze auf dem zweiten Weg zu tragen. Die Kranzträger sind die einzigen, die vor Eintreffen des Zuges auf den Friedhof zugelassen werden; dieselben gruppieren sich rechts und links vor dem Eingang in die Halle.

Sobald die Spitze des Zuges den Friedhof erreicht, bilden die Genossen des VI. Kreises vor dem Friedhof Spalier, lassen den Leichenwagen, die Angehörigen sowie die Gruppen I bis 5 passieren und schließen sich dann wieder dem Zuge an.

Mit Rücksicht auf den beschränkten Raum der Halle können neben den Familienangehörigen nur die Gruppen 1 bis 5 in dieselbe zugelassen werden. Sobald die Feier in der Halle beendet ist, schließen sich an die aus derselben kommenden Personen zunächst die Kranzträger an und nehmen dann am Grabe kreisförmig Aufstellung; die übrigen Zugteilnehmer gruppieren sich, soweit zugänglich, auf dem freien Platz vor dem Grabe. Nachdem die Feier am Grabe beendet ist, defilieren der Zug am Grabe vorüber und gewinnt durch einen zweiten Ausgang, der durch eine Tafel kenntlich gemacht ist, das Freie.

Um den Zug in seinem Marsch nicht zu stören, kann ein gruppenweises Eintreten unterwegs nicht gestattet werden; wer am Zuge teilnehmen will, muß sich nach Charlottenburg begeben. Die Genossinnen bitten wir, sich ihrem Wahlkreis anzuschließen.

Mit Rücksicht auf die Länge des Weges und da der öffentliche Verkehr aufrecht erhalten werden muß, bitten wir die Geduld bei kleinen Störungen nicht zu verlieren. Wir sind keine Minute zweifelhaft, daß seitens unsrer Genossen diejenige Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten wird, die dem Ernst der Feier und der Würde der Partei entsprechend ist.

Parteigenossen! Folgen wir in riesenhafter Zahl unsern großen Toten zur letzten Ruhestätte.

Die Vertrauensleute von Berlin und Umgegend und die Vertreter der Gewerkschaften.

Verpflegung und Sanitätsdienst auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter, der an dem französischen Feldzug in Tonkin teilgenommen hat.

Die Wunde, welche der französische Minister Lanessan — ehemaliger Generalgouverneur von Indo-China — in hygienischer Beziehung gegeben hat und welche auch die Kunde durch die deutschen Blätter machten, sind nicht neu. Schon in den achtziger Jahren, bei Beginn der tonkinesischen Verwicklungen, wurden sie den französischen Truppen mit auf den Weg gegeben, und schon seit Jahren bilden sie den Gegenstand des Unterrichts, der auf den Transportschiffen mit den nach Ostasien bestimmten Mannschaften abgehalten wird. Auch darf der französischen Regierung die Anerkennung nicht versagt werden, daß sie bezüglich der Verpflegung der Soldaten alles thut, was unter den gegebenen Verhältnissen zu thun möglich ist.

Der französische Soldat erhält, oder soll wenigstens erhalten, täglich seinen halben Liter Wein, dem entschieden in jenen Ländern der Vorkug vor dem Bier zu geben ist, von welchem auf den beiden deutschen Dampfern „Wittelsund“ und „Frankfurt“ je 70 000 Liter verladen waren. Ferner hat man in Frankreich stets dafür Sorge getragen, daß der Soldat möglichst immer die gewohnte Brotportion von 750 Gramm erhält, wobei zu bemerken ist, daß das französische Soldatenbrot vorzüglich, weicher und bedeutend leichter verdaulich ist als das deutsche Kommissbrot, welches in Tropengebieten wohl schwerlich den Mannschaften auf die Dauer wird verdaulich werden können. Oft genug lassen aber die militärischen Operationen nicht zu, daß Brot für die große Menge der in der Front stehenden Truppen gebacken werden kann, oder die Zufuhr von Probiat hat derartig mit Schwierigkeiten zu kämpfen, daß der europäische Soldat auf den Reis, die Hauptnahrungsmittel der ostasiatischen Völker angewiesen ist. Der nach chinesischer Art in Wasser gedämpfte Reis hat aber für den an Brot gewöhnten Europäer einen faden, nästernen Geschmack, er füllt wohl den Magen, giebt aber keine Kräfte und bildet so gut wie gar kein Eiweiß. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Momenten, in welchen die Truppen auf die ausschließliche Reisnahrung angewiesen sind, die entsprechende Zulose fehlt und andererseits an ihre militärische Leistungsfähigkeit die höchsten Anforderungen gestellt werden. Alles Umstände, welche die Widerstandskraft des Körpers untergraben und den Krankheiten Thür und Thor öffnen. Von einem Ueberfluß an Fleisch, Wild und Geflügel, von welchem in den französischen Gesundheitsmaßregeln die Rede ist, kann wohl im Tonking und in den fruchtbaren, reichen Provinzen Südchinas gesprochen werden, in den dichtbevölkerten Nordprovinzen wird aber an diesen Dingen nicht so viel vorhanden sein, daß man bei der Verpflegung größerer europäischer Truppeneinheiten darauf rechnen kann.

Trotz der großen Furchtbarkeit des Kriegsschauplatzes, trotz der umfassendsten Verpflegungsmaßregeln, trotz der wohlgemeinsten hygienischen Maßregeln haben die französischen Truppen während ihrer langen Kämpfe in Ostasien mit den größten Entbehrungen zu kämpfen gehabt, haben Krankheiten in ihren Reihen eine geradezu erschreckend reiche Ernte halten können. Freilich die Truppen, welche das Glück hatten, in den Orten zu sein, welche als Basis der militärischen Operationen dienen, wie Saigon, Haiphong, Hanoi usw. haben selten Mangel gelitten. Für sie konnte die Verpflegung durch die aus Europa kommenden vorzüglichen Lebensmittel erfolgen, sie erhielten ihren Wein, ihre Konserven, ihr Brot usw. Desto trauriger war das Los der großen Truppenmenge, welche auf dem eigentlichen Kampffeld stand. Selbst mit dem besten Willen der Intendanturbehörden konnte die Lebensmittelfuhr nicht rechtzeitig erfolgen. Die Dicksunen und sampans, welche denselben vermittelten, hatten bald mit geringem Wasserstand der Flüsse, bald mit Ueberschwemmungen zu kämpfen, ganz zu schweigen von Schwierigkeiten, die ihnen von der eingeborenen Bevölkerung und durch Angriffe der Chinesen auf die Convois bereitet wurden.

Schon die Geschichte der europäischen Kriege lehrt, daß die bestgeleiteten Intendantur-Maßregeln mit den unaufrichtig wechselnden und fortschreitenden Kriegsoperationen nicht Schritt halten können; in noch weit höherem Maße ist dies auf einem kolonialen Kriegsschauplatz der Fall. Auch dem deutsch-ostasiatischen Expeditionscorps werden diese Erfahrungen nicht erspart bleiben, ja wir haben sie zum Teil schon gemacht. Aus dem Kriegstagebuch des Kapitäns z. B. v. Ulfedon über den verunglückten Ersatzzug des Admirals Seymour nach Peking geht hervor, daß die Truppen schon mit großem Mangel zu kämpfen hatten, die Deutschen z. B. zwei Tage hintereinander nicht ablocken konnten. Der Rückmarsch wurde durch das Festkommen der Dicksunen verzögert und viel Gepäck mußte unterwegs zurückgelassen werden, und das in einer Gegend, welche von der Operationsbasis Tientsin verhältnismäßig nicht weit entfernt war. Je größer aber die konzentrierte Truppenmasse sein wird, desto schwieriger wird das Problem ihrer Verpflegung zu lösen sein. So lange die deutschen Truppen in der Nähe der Magazine sein werden, welche vorwiegend in der Nähe der Hafens und in Tientsin errichtet werden dürften, werden sie keinen Mangel leiden, werden sie sich an den mitgeführten Vorräten, Dörrobst und sonstigen Herrlichkeiten erfreuen können, deren Mitnahme die bürgerliche Presse rühmend hervorgehoben hat. Sobald aber der Marsch nach dem Innern angetreten wird, werden sich immer mehr und mehr Mangel und Entbehrungen sichtbar machen. Dann muß auf das in mehr als einer Hinsicht bedenkliche Aushilfsmittel der Requisitionen zurückgegriffen werden. Obwohl es in jenen dichtbevölkerten Gegenden, welche auf die Einfuhr aus den Südprouvinzen angewiesen sind und unter den jetzigen Unruhen schwer zu leiden haben, nicht zu haben sein. Dazu kommt, daß die Bevölkerung durch die Invasion der Fremden auf das tiefste empört ist, und bei Requisitionen die davon Betroffenen nicht mit Sammelhandschuhen angefaßt zu werden pflegen. Auf das Vorfinden großer Vorräte wird nicht zu rechnen sein. So befinden sich nach dem oben erwähnten Kriegstage-

buche in dem von den europäischen Truppen genommenen Chikaf-Arsenal nur 23 000 Pfund Reis. Auch der Umstand, daß Truppen verschiedener Nationalitäten gezwungen werden können, in demselben Gebiet auf Requisitionen auszugehen, kann verhängnisvoll werden. Kom es doch schon im siebziger Kriege bei Gelegenheit von Requisitionen zwischen Angehörigen verschiedener Truppenteile zu Reibereien, wenn sie sich in ein und demselben Dorfe bei ihrem Geschäftskontakten machen mußten.

Die Trinkwasser-Verhältnisse sind in Ostasien die denkbar ungünstigsten. Nicht etwa, daß es an Wasser fehle, im Gegenteil. Aber das vorhandene Brunnen- und Flußwasser ist im höchsten Grade gesundheitschädlich. Das letztere wird von den zahlreichen in ihren Dicksunen auf den Flüssen hausenden Chinesen in der elchafsten Weise verunreinigt. Es soll zugegeben werden, daß die deutsche Heeresleitung, ebenso wie es die französische es stets getan hat, alles thun wird, den Truppen durch Desinfizieren und Sterilisieren ein einigermaßen gutes Trinkwasser zu sichern. Dies wird sich aber auch wieder in der eigentlichen Operationslinie in den seltensten Fällen ermöglichen lassen. Meistens wird der in der Tropenhitze und durch starke Märsche vom Durste geplagte Soldat nach jeder Flüssigkeit greifen, die seinen brennenden Gaumen kühlen und besänftigen kann. Und wenn er einmal angefangen hat zu trinken, so muß er es auch fortwährend thun. Da helfen denn alle Befehle und Vorhaltungen nicht mehr, besonders, wenn das in jenen Gegenden so häufig auftretende Fieber das Durstgefühl zu einer unerträglichen Qual macht und die Willenskraft des Mannes untergräbt. Dabei verstärkt jeder Schluck dieses gesundheitschädlichen Wassers das Fieber, veranlaßt Durchfall und Dysenterie und bahnt der Cholera und dem Typhus das Feld.

Dieselben Schwierigkeiten, welche sich in Ostasien der Truppenverpflegung entgegenstellen, treten auch bei der Ausübung des Sanitätsdienstes hervor. Die Einrichtungen in dem Lazarett von Yokohama, auf den Lazarettschiffen und in den außerhalb des eigentlichen Kampffeldes liegenden Etappenpunkten zu errichtenden Feldlazaretten mögen in medizinischer und hygienischer Hinsicht allen Anforderungen entsprechen. Aber welche Leiden und Entbehrungen stehen dem aus der eigentlichen Gefechtslinie gebrachten Verwundeten und Kranken bevor, ehe er in die wohlthunende Pflege dieser Anstalten gelangt! Bei dem elenden Zustande der chinesischen Straßen ist auf einen umfassenden Transport in Ambulanz und anderen Wagen nicht zu rechnen. Die große Mehrzahl der Verwundeten und Kranken wird in dumpfen, schmierigen Dicksunen untergebracht werden müssen, deren Fahrt durch alle möglichen Hindernisse aufgehalten wird, in welchen an eine regelrechte Verpflegung nicht zu denken ist, wo einzig und allein das lehmige, bakterienreiche Flußwasser zu Gebote steht. An sehr viele Verwundeten und Kranken, welche auf diese Weise aus dem Gefechtsgebiet nach den Lazaretten befördert werden, wird die ihnen dort zu teil werdende Hilfe zu spät und vergebens herantreten. Die Verhältnisse sind eben mächtiger als der beste Wille und das vollkommenste Können des Arztes. Eine Erfahrung, welche die französischen Ärzte in den großartig eingerichteten hôpitaux militaires zu Hanoi, Haiphong etc. an Tausenden von zu spät in ihre Hände gelangten Verwundeten und Kranken machen konnten. Die Verwundeten-Transporte per Eisenbahn werden bei dem geringen Vorkommen derselben und bei dem Mangel an entsprechendem rollenden Material kaum in Frage kommen. Auch wird deren Benutzung ein steter Janitschel zwischen der Truppenleitung der einzelnen Mächte sein. Kom es doch schon bei der Wieder-Inbetriebsetzung der Strecke Taku-Tientsin zu Streitigkeiten zwischen den „verbündeten“ Truppenführern.

In allen größeren Kriegen haben die den Truppen auf den Kampffeld folgenden Ärzte und Sanitätsstruppen die Menge der ihnen zugeführten Verwundeten nur provisorisch behandeln können und auch das oft nur mit den größten Schwierigkeiten. Wie viele haben verbluten müssen, ehe sich ein Arzt ihrer annehmen konnte!

Ist aber eine Verzögerung in der Wundenbehandlung schon auf einem europäischen Kriegsschauplatz verhängnisvoll, wieviel mehr noch in dem Tropenklima, besonders wenn nur unreines, trübes Wasser zur Verfügung steht. In diesen Ländern nehmen an sich ungesunde Wunden durch unzureichende erste Hilfeleistung und darauf folgende langwierige Transportschwierigkeiten einen höchst gefährlichen Verlauf, werden nur zu leicht brandig. Und welchem Lese sind die nicht aufgefundenen Verwundeten inmitten einer fanatischen und erbitterten Bevölkerung ausgesetzt!

Auch der von irgend einer Krankheit befallene Soldat wird nie in der eigentlichen Operationslinie diejenige Pflege finden, welche rechtzeitig angewandt, das Uebel schon im Entstehen unterdrücken würde. Bevor ihm wirklich genügende Behandlung wird zu teil werden können, wird die Krankheit in seinem Körper schon derartige Verheerungen angerichtet haben, daß er zu Grunde geht oder für den Rest seines Lebens Siechtum davonträgt. Selbstverständlich werden sich besonders widerstandsfähige und glückliche Konstitutionen leichter mit diesen Uebelständen abfinden. Das sind aber seltene Fälle.

Man kann sagen, daß die deutsche Postverwaltung die Sachlage auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz am richtigsten erfaßt hat, wenn sie den Inhalt der mit ernährten Beförderungsgeldern zuzulassenden Soldaten-Telegramme recht rosig gefärbt hat. Denn erstens werden ihr daraus keine allzu großen Kosten erwachsen. Die Gelegenheiten, in welchen der Soldat ein derartig optimistisch gehaltenes Telegramm vom ostasiatischen Kriegsschauplatz wird in die Heimat senden können, dürften nicht gerade häufig sein. Und zweitens geht die Post von der ganz richtigen Beobachtung aus, daß nur Leicht-Verwundete und Leicht-Kranke daran denken können, ihren Angehörigen Nachricht zukommen zu lassen. Schwerverwundete und Schwerverrannte sind in den meisten Fällen in ihren Leiden zu apathisch und wollen auch sehr oft die Ihtigen nicht beunruhigen. Alles das kann nur der richtig beurteilende, der schon einmal in einer Ambulanz gestanden hat, welche von den unglücklichen Opfern eines kolonialen Krieges vollgepfropft war.

Zum Schluß noch eine Bemerkung. Die meisten französischen Soldaten tragen in den Kämpfen in Ostasien ihre plaques d'identité, Erkennungsmarken — im Soldatenmunde Totenbleche genannt — nicht um den Hals. Die Erfahrungen lehren, daß die Chinesen, welchen auch seitens der Franzosen kein Pardon gegeben wurde, den verwundet Aufgefundenen die Köpfe abschlugen. Daher wurde von den französischen Soldaten die Erkennungsmarke am Handgelenk getragen.

Tokales.

Der Alte und sein grüner Freund.

Liebknecht, der erklärte Feind des fischen Freuentums, besaß dennoch einen der Fideleuten unterstellten Intimus. Sein intimer Freund war der Grunewald. Beide kannten einander genau und tellten einander mit. Gern vergiess unser Alter dem Vosenfreund die

Melanchole, die sich über dessen dunkelgefurchtes Antlitz hingog, und die so ganz und gar nicht zu dem heiteren Gleichmut stimmen wollte, womit Liebnecht das Leben aufsahte. Er wirkte schon eine Erklärung für die Schwermut des Grunewalds. In jungen Tagen, ja, da war ein lebendiger Keil gewesen und Deutsche wie Wenden haben bei aller Stammesfeindschaft einig darin, daß es sich am Pfahle und am Teufelssee lustig leben ließe. Dann aber war der preussische Gendarm mit seiner rechtswinkligen Korrektheit über den Grunewald gekommen, und das konnte der alte Knabe nicht vertragen. Er bildete sich ein, daß er jetzt auch dem offiziellen Preußen zugehört werde, daß er Epaulets auf den Schultern und eine Püchelhaube auf dem Kopfe tragen müsse.

Oft suchte Liebnecht seinem Freunde Lebensmut beizubringen, wenn er über Wanderrimmen und Benommenheit klagte, wenn er stöhnte, daß die preussische Vorschriftenmäßigkeit noch sehr Tod sein werde. Liebnecht erinnerte daran, daß, wie alles in der Welt, so auch die Blütezeit des preussischen Gendarmen einmal ein Ende nehmen müsse und daß dort drinnen im großen Berlin schon etliche Hunderttausend am Werke wären, die ebenfalls vom heutigen Preusentum wenig erbaut seien und die ganz gewiß auch ihn, den Grunewald, bei der Neuordnung der Dinge nicht vergessen würden. Aber es war das Unglück des Melanchole, daß er von Politik nichts verstand und von ihr auch nichts wissen wollte.

„Ach, geh mir doch mit Deinen Berlinern, erwiderte er dann unserm Alten, geh mir doch mit ihnen, die das zu wenig an Ordnungsgut haben, was der Gendarm zu viel hat. Laß mich mit den Menschen zufrieden, die mich mit Stullenpapier, Glasgerben und Konfervenbläschen bei allen anständigen Leuten in Verfall bringen. Ich will keinem sein bißchen Vergnügen mißgönnen, aber warum muß bei den Berlinern alles gleich in Unbändigkeit ausarten?!

Solche Argumente brachten selbst unsern Alten in Verlegenheit, eben weil sein halbsatirischer Freund für eine politische oder socialpolitische Erklärung der Dinge nicht zu haben war. Der Alte nahm dann seinen Bleistift und schrieb ein paar Worte in sein Notizbuch, worauf am nächsten Tag der „Vorwärts“ einen Lokalartikel brachte, der die Schönheit des Grunewalds pries und in die Aufforderung ausklang, doch endlich einmal mit dem alten Unfug zu brechen. . .

Es war Liebnecht durchaus nicht darum zu thun, eigenhändig die Intimität des Grunewalds allein zu genießen. Als ich an einem Novembersonntag vor acht Jahren den Alten zum erstenmale in seiner Wohnung zu Charlottenburg aufsuchte, brachen wir unsrer sechs oder acht alsbald nach Püchelberge auf. Liebnecht ward unterwegs nicht müde, mir, dem Freunde, der mit allerhand Vorurteilen nach Berlin gekommen war, die Umgehung der Weltstadt und besonders seinen Grunewald zu pfeifen. Die wilde Schönheit des Harzes sei in ihm zu finden und die stille Melanchole der bairischen Waldseen, und wiederum erinnere die Gegend an der Havel mit ihren schroffen Abhängen an manche herrlichen Stellen der Ostseeküste. In sekundären Parteien neigte ich, ein Mensch der zweiten Generation, gewiß zuweilen einer andern Meinung zu, als der, an der Liebnecht mit überzeugungsvoller Kraft festhielt; was aber den Grunewald angeht, so schwöre ich heute glaubensvoller denn je auf die Worte des Alten. So war er Winter und Sommer fast an jedem der wenigen Sonntage, die ihm frei blieben, mit Freunden und Bekannten unter dem Grün der Kiefern zu finden. Manche weltbewegende Frage kam hier zum Ausdruck, manche parteigehörtlich wichtige Erinnerung gab der Alte hier aus dem reichen Schatz seines Lebens zum besten. Aber nie vergaß er dabei, seine Umgebung auf kleine intime Reize des Waldes aufmerksam zu machen. Eine Kette, die ihre karmosinroten Blüten verhängt aus dem Geste hervorsteht, eine Farnanpflanzung am Fuße eines Baumes war ihm nicht minder schön als das Radel Rehe, das neugierig erschreckt plötzlich hinter den Kiefern einer Fägelwelle auftaucht.

War der grüne Freund des Alten auch kein vorgegrittener Politiker, so hat er seine Freundschaft zu ihm doch auch oft genug der Socialdemokratie zum besten angerechnet. Oft bot der Grunewald trotz Püchelhauben und Gendarmen, den Parteigenossen eine schützende Stätte, wenn sie zur Zeit des Socialistengesetzes ungestört ihre Angelegenheiten beraten wollten.

Parteiengenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Der diesjährige Provinzial-Parteitag findet am Sonntag, den 26. August, in Berlin im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, statt. Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht der Agitations-Kommission.
2. Wie organisieren sich die Landarbeiter der Provinz Brandenburg?
3. Agitation und Organisation.
4. Die Presse.
5. Anträge.

Die Parteigenossen aller in Betracht kommenden Wahlkreise werden gebeten, die Wahlkreis-Konferenzen resp. Parteiverfassungen zu besuchen, um Stellung zur Tagesordnung zu nehmen und die Wahlen der Delegierten zu vollziehen. Jeder Wahlkreis ist berechtigt, drei Delegierte zu entsenden. Den Delegierten ist ein Mandat auszustellen. Mandats-Formulare werden zugesandt.

Event. Anträge sind bis spätestens 18. August dem Unterzeichneten einzusenden.

Mit Parteigrüß
Agitations-Kommission für die Provinz
Brandenburg.
J. A.: Karl Dimnick, Berlin S., Luisen-Ufer 11.

Handwirte und Mieter in innigster Interessengemeinschaft sucht eine Hausbesitzer-Versammlung darzustellen, die gegenwärtig in Erfurt tagt. Auf dem dortigen ersten Kongreß des Centralverbandes städtischer Haus- und Grundbesitzer Deutschlands wurde viel über die Grund- und Gebäudesteuer gelaugt, der die Haus- und Grundbesitzer unterliegen, und schließlich wurden die Mieter für die Interessen der Hauswirte mobil zu machen gesucht. In einer angenommenen Resolution heißt es:

„Es ist Aufgabe der Ortsvereine, auch den Mietern die Ueberzeugung beizubringen, daß die jetzige Belastung des Grundbesitzes beziehungsweise der Häuser notwendig als indirekte Wohnungsteuer wirken muß und so insbesondere die kleinen und mittleren Mieter viel stärker belastet, als eine Erhöhung der Einkommensteuer sie je treffen könnte; daß daher das Interesse des Grundbesitzes und der weitans größten Zahl der Mieter bei dem Kampfe gegen die jetzige Bevorzugung des Kapitalismus völlig Hand in Hand geht.“

Es ist schon von den Hauswirten, daß sie die Mieter in einem Atemzuge für ihre Interessen einzufangen suchen und ihnen gleichzeitig mitteilen, daß sie sie bequämen. Die Hauswirte geben also zu, daß sie den Mietern in Form willkürlicher Mietssteigerungen mehr abnehmen, als die den Hauswirten auferlegten Grund- und Gebäudesteuern ausmachen, und daß die Mieter besser wegkommen würden, wenn der Staat die Steuern der Hausbesitzer direkt von den Mietern in Form einer Erhöhung der Einkommensteuer eingiehe würde. Jetzt wird nicht nur die Grundsteuer auf die

Mieter abgewälzt, sondern — wahrscheinlich als Entschädigung für die Bemühung des Abwälzens — noch ein Mehrbetrag von den Opfern der Hausagrarier eingezogen.

Beschäftigung der Korrigenden des Arbeitshauses zu Rummelsburg. Von den im Verwaltungsjahr 1897/98 durchschnittlich täglich 1214 im Arbeitshause untergebrachten Korrigenden waren nach dem neuesten „Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin“ nicht beschäftigt als Lazarettkranke, ärztlicher Beobachtung unterstellte und Arrestanten durchschnittlich täglich 62 Personen oder 5.11 Proz. Für fremde Rechnung beschäftigt waren 789 Personen oder 64.99 Proz. an 241 401 Arbeitstagen (davon auf den städtischen Kielesfeldern an zusammen 193 897 Arbeitstagen 632 Männer). Für die Bedürfnisse der Anstalt waren an 112 954 Arbeitstagen durchschnittlich täglich 363 Personen oder 29.90 Proz. beschäftigt.

Der Gesamt-Arbeitsverdienst der für fremde Rechnung Beschäftigten betrug 99 440 M. oder 80 Pf. pro Kopf und Tag. Davon sind gezahlt an Unkosten-Entschädigung für die Aufseher 5425 M., an „Ueberverdienst“ an die Häftlinge 15 072 M.; bleibt vereinnahmter Arbeitsverdienst 78 943 M. oder 48 Pf. pro Kopf und Tag, gegen 46 Pf. im Vorjahre.

Für die im Winter von den Häftlingen auf den Kielesfeldern geleisteten 77 885 Arbeitstage ist von der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke, außer der Unkosten-Entschädigung für die Aufseher in Höhe von 3682 M., auf Grund einer früheren Vereinbarung nur ein sogenannter „Ueberstunden-Verdienst“ von 10 Pf. pro Kopf und Tag gezahlt worden, im Gesamtbetrage von 7784 M. Die gesamte Gegenleistung der Deputation für die Verwaltung der Kanalisationswerke stellte sich also auf 11 466 M. oder 14.73 Pf. pro Kopf und Tag der während des Winters in ihrem Dienste beschäftigten Häftlinge. Im Sommer wurden von derselben Deputation für 115 562 Arbeitstage 68 206 M. gezahlt, also pro Kopf und Tag eines Korrigenden 54.70 Pf.

Der Herausgeber der „Deutschen Agrar-Korrespondenz“, Herr Edmund Klapper, hat gestern auf der Festung W., einmündig eine ihm wegen Majestätsbeleidigung subdiitrierte mehrmonatige Festungshaftstrafe angetreten. Die Majestätsbeleidigung wurde gefunden in einem Artikel über die Kanalvorlage.

Dr. Moritz Gumbiner, der frühere langjährige Vertreter der „Allm. Ztg.“ in Berlin, ist im 72. Lebensjahre an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben.

Im Fernsprechverkehr zwischen Berlin und Paris findet auf französischer Seite die Sprachkenntnis der deutschen Beamten und Gehilfen besondere Anerkennung. Wie im internationalen telegraphischen Verkehr, so ist auch im deutsch-französischen Fernsprechverkehr nach dem Uebereinkommen der beiden Staaten die französische Sprache die Dienstsprache. Anders kann dies nach Lage der Sprachkenntnisse in Frankreich auch wohl nicht sein. Für den Dienst im Fernzimmer des Stadt-Fernsprechamts 1, welches diesen Verkehr vermittelt, sind nun Gehilfen bestellt, die die französische Sprache vollständig beherrschen. Sie haben z. B. nicht nur das Lehrerinnelexikon gemacht, sondern auch als Lehrerinnen oder Erzieherinnen in Frankreich oder der französischen Schweiz gelebt. Die Berliner Fernsprech-Teilnehmerverzeichnis, über deren Fehlen aus Paris dieser Tage geklagt wurde, sind übrigens schon vor sechs Wochen in der von der französischen Verwaltung gewünschten Zahl von der Ober-Postdirektion nach Paris geschickt worden.

Eine langandauernde Störung des Schiffverkehrs im Luisenkanal fand gestern Abend in der Nähe der Köpenicker Brücke statt. Dort war ein großer Sandblau auf Grund geraten. Erst nach langer Arbeit und durch thätigste Mithilfe der Beamten der nahegelegenen Schleuse konnte das Schiff flott gemacht und die Wasserstraße wieder frei gemacht werden. Die Menschenansammlungen an den Ufern waren zeitweilig derartig groß, daß Schaulente einmarschieren mußten, um den Straßenverkehr aufrechtzuerhalten. Der Vorfall zeigt, wie sehr der Kanal durch die im vorigen Winter hinein-geschütteten Schneemassen verchlammert worden ist. Die große Dampfermaschine, die nun schon über zwei Monate im Kanal im Thaumig gekesselt wird, ist immer noch nicht mit ihrer Arbeit zu Ende.

Die Anwendung des mechanischen Betriebs bei Postwagen hat sich bei den bisherigen Versuchen bewährt. Zwar sind die mit Motor-Automobilen angestellten Versuche nach kurzer Zeit eingestellt und nicht erneuert worden, dagegen haben die mit elektrischem Betrieb versehenen Paketwagen sich bisher bewährt. Die Probezeit für die Akkumulatortransportwagen war auf sechs Monate festgesetzt worden. Sie ist nunmehr auf nochmals sechs Monate verlängert, und zwar, weil verschiedene kleine Betriebsstörungen, besonders im vergangenen Winter, die Zuverlässigkeit des mechanischen Betriebs nicht ganz außer Zweifel gestellt haben. Es sind bei den beiden Paketwagen noch einige geringfügige, kleine Verbesserungen vorgenommen worden, durch welche Verbesserungen auch bei Glätte vermieden werden. Gegenwärtig werden zwei neue Paketwagen mit Akkumulatoren ausgerüstet, die im Oktober voraussichtlich in Betrieb gesetzt, für Versuchszwecke im größeren Umfang als Sammlerwagen Verwendung finden sollen.

Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Das Polizeipräsidium bringt, insbesondere für die Ärzte, in Erinnerung, daß die vom Magistrat dem Präsidium überwiesenen 24 Kästen mit Verbandzeug und Mitteln für die erste Hilfe bei Unglücksfällen, Verletzungen und plötzlichen Erkrankungen, den nachstehenden Polizeirevieren überwiesen sind: Dem 4., 8., 14., 16., 18. (unter Mitbenutzung des 10.), 21., 22. (unter Mitbenutzung des 67.), 44., 45., 50. (unter Mitbenutzung des 62. Reviers), 52., 57., 60., 61., 71., 72., 78., 82., 84., 85., 97., 99. Polizeirevier und der Reservepolizei im Polizeipräsidium. Die Hilfslisten enthalten eine Schere zum Aushalten, 1 Pflaster, 2 Gummibänder, 3 breite Flanellbinden, 3 Gagebinden, 2 Weinschienen von Holz, Schusterpahn, Glyzerin, Pergamentpapier, 2 Kompressen von Leinwand, 1 Paket Salzwasser, 2 Gsmarische Lächer, 1 Stück Röhre, 1 graduierte Glasmessur (20 Gramm), Spirit. aetherei, 100 Gr. Acidi carbonici liquefacti, 100 Gr. Liq. ammonii caustici, 100 Gr. Tinct. opii simpl., 50 Gr. letzteres jedoch nur im Sommer). Die vom Magistrat dem Polizeipräsidium überwiesenen 19 Tragbahnen zum Transport Verunglückter befinden sich in folgenden Revieren: im 2., 4., 18., 22., 31., 33., 38., 39., 40., 42., 45., 48., 50., 52., 53., 57., 61., 72. Polizeirevier und im Polizeigewahrsam im Polizeipräsidium.

Bei einem Besuch der Pariser Weltausstellung verhaftet wurde ein Berliner Taschendieb, der in der französischen Hauptstadt eine Gastrolle gab. Der Verhaftete ist der 33-jährige Kaufmann, Kellner und Straßenbahnbeamte Lemke, der in Berlin schon wiederholt, zuletzt im Jahre 1896 verurteilt ist. 1889 war er, da er bei der hiesigen Polizeibehörde schon zu belammt war, nach Amerika ausgewandert, wo er verfuhrte, sich im Verbrecherwesen weiter auszubilden. Er that dies auch mit solchem Erfolg, daß die New Yorker Polizeibehörde nur zweimal Gelegenheit fand, ihn festzusetzen. 1896 lehrte der Gauner nach Berlin zurück, um auf der hiesigen Gewerbeausstellung sein Glück zu versuchen. Die Kriminalpolizei, die von der Ankunft des Verbrechers durch die New Yorker Polizeibehörde verständigt worden war, fand ihn längere Zeit vergeblich nach dem Taschendieb. Endlich beobachtete ihn ein Kriminalbeamter in einem Warenhaus in der Leipzigerstraße. Lemke, welcher sah, daß er erkannt war, verließ schleunigst das Geschäftslokal, sprang auf einen nach dem Leipziger-Platz fahrenden Pferdewagen und wurde hier von dem ihn verfolgenden Beamten verhaftet. Verschiedene Diebstähle, die dem Gauner nachgewiesen werden konnten, brachten ihm eine dreijährige Zuchthausstrafe ein. Sofort nach Verurteilung derselben hatte sich der internationale Verbrecher nach Paris begeben, wo er am 8. d. M. in flagranti ertappt wurde und nunmehr ebenfalls für längere Zeit unerschütterlich gemacht werden wird.

Arg zugerichtet wurde von einem wankenden Pferd der dreißig Jahre alte Koppelknecht Karl Rath, der in einem Stall am Luisenbaum 8 beschlachtet wird. Er hatte am Mittwochnachmittag um 5 Uhr mit einem neuen Pferd zu thun, um es anzuläutern. Raun hatte er sich in den Stand des Tiers begeben, als sich dieses hochrichtete und den Koppelknecht mit den Vorderbeinen bearbeitete. Rath erlitt mehrere klaffende Wunden auf dem Kopf und über dem linken Auge, bevor er um Hilfe rufen konnte. Diese kam rechtzeitig genug, um den gefährdeten Kollegen, der von dem bösen Tier nun gegen die Wand des Stalles gedrückt wurde, aus seiner Lage zu befreien und nach einem Krankenhaus zu bringen.

Heliche Zwistigkeiten infolge andauernder Krankheit der Mauererfrau Marie Hirtland aus der Kremmerstr. 2 haben dazu geführt, daß die Genannte gewaltiam aus dem Leben schied. In Abwesenheit des Mannes suchte sie einen entlegenen Ort in der Wohnung auf und erhängte sich an einer Jucherschur. Als ein Nachbar, der bei den Leuten wohnte, am Mittwochnachmittag gegen 2 Uhr denselben Ort aufsuchen wollte, fand er die Frau. Die Polizei ließ einen Arzt rufen, dessen Wiederbelebungsversuche aber ohne Erfolg blieben. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Einem Bauernfänger, der, wie anzunehmen ist, in letzter Zeit größere Kunststücken unternommen hat, sind bei seiner Festnahme zu Altona folgende, anscheinend aus diesem unehelichen Erwerb herabgehende Gegenstände abgenommen worden. 11 Hundertmarkstücke, 1 goldne Herren-Rem.-Uhr, 298 544 (Schlem Glashütte), mit doppelreihiger goldner Kette, 1 Schließnadel (Hufeisenform) mit Diamanten und Rubin, 1 goldner Herrenring mit großen Brillanten, 1 goldner Damenring mit Opal und 2 kleinen Diamanten. Die rechtmäßigen Eigentümer wollen sich Polizeipräsidium, Kriminalabteilung Alexanderplatz, Erdgeschoss, Eingang V, An der Stadtbahn Zimmer 66, vorm. von 9 bis 12 Uhr melden.

Ein gewaltiger Dachstuhlbrand wütete Donnerstagabend 6 Uhr in der Altonaerstr. 66, Ecke Kammerstraße. Sämtliche Bodenräume des gewaltigen 26 Fenster front zählenden fünfstöckigen Gebäudes sind total ausgebrannt. Das Feuer wurde gegen 1/8 Uhr zuerst bemerkt und verbreitete sich mit großer Schnelligkeit nach allen Seiten, dabei eine enorme Verqualmung herbeiführend, so daß beim Anrücken der Feuerwehr die Strahlen in vielen Räumen gefühlbar waren. Die Ausbreitung des Feuers wurde dadurch wesentlich gefördert, daß zwei eiserne Verbindungsthürren, die die einzelnen Bodenabteilungen abzuschließen hatten, offen standen und so die Flammen ungehindert durchziehen. Die mehrfach alarmierte Wehr ging mit 6 Rohren, darunter vier von Dampfspritzen, vor und brachte das Feuer nach 1 1/2 stündigem Wassergeben zum Stehen. Der verursachte Schaden ist sehr bedeutend. Die Aufräumarbeiten zogen sich hin bis Mitternacht. — Vorher war Aderstr. 10 ein Dachstuhlbrand mittels zweier Rohre abzulösen.

Aus den Nachbarorten.
Weihenfe. Die Genossen werden auf die heute Abend im „Prälaten“ stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht. Genosse Hofenow spricht über „Wohnungsfrage, Wohnungsnot, Reichswohnungs-gesetz“. Gleichzeitig werden die Wahlen zur Kreis-Konferenz vorgenommen. Der Vertrauensmann.

Steglich-Friedenau. Die für Sonntag, den 12. August, beschlossene Landpartie des „Arbeiter-Bildungsvereins“ findet wegen des Vegräbnisses unsrer Liebnecht nicht statt. Die Vereinsversammlung ist am Dienstag, den 14. August, bei Schellhase, Steglitz, einberufen. Auf der Tagesordnung steht: Vortrag des Genossen Franke über Rationalökonomie. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Genossen werden auf die am Dienstag, den 14. August, bei D 5 f, Grunewaldstraße 110, stattfindende Parteiversammlung aufmerksam gemacht. (Siehe Inserat in der Sonntags-Knummer). Der Vertrauensmann.

Charlottenburg. Lade die Vorstände der Gewerkschaften und Vereine, die am Tage der Beerdigung des Genossen Liebnecht einen Kranz niederlegen wollen, zu einer Besprechung am Freitag, den 10. August, abends 9 Uhr, bei Genossen Bernide, Bismarckstr. 34, ein. — U. Sellin, Vertrauensmann.

Gewichts-Beitrag.

Fahrlässige Mordthat. Daß auch Uebermüdung nicht von der Verantwortung bei begangener Mordthat befreit, hat der Schlächtergeselle Otto Klein erfahren müssen, welcher gestern unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I stand. Am Morgen des 27. April fuhr der Angeklagte, vom Viehhof kommend, mit dem Einspanner seines Reichers durch die Franzfurter Allee. Er rißte etwas ein und überfuhr dadurch einen Straßenreiner, der aber mit leichten Verletzungen davon kam. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß er damals innerhalb 24 Stunden nur zwei Stunden Schlaf genossen und die übrigen 22 Stunden schwer gearbeitet habe; da sei es doch nicht zu verwundern, wenn der Schlaf ihn für wenige Minuten übermannte. Der Gerichtshof fand dies auch begründlich, aber darin liege gerade die vom Angeklagten begangene Fahrlässigkeit, daß er in einem solchen Zustande die Führung eines Wagens übernahm. Er hätte seinem Meister sagen müssen, daß er dazu unfähig sei. Da der Angeklagte bereits einmal eine Frau überfahren hatte und deshalb wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, so traf ihn jetzt eine Gefängnisstrafe von einer Woche.

Der Rat, den das Gericht dem Verurteilten gab, mag gut gemeint sein; aber hat das Gericht auch bedacht, daß die Weigerung zu schreiben sehr wahrscheinlich die Entlassung des Mannes zur Folge gehabt hätte? Als vor kurzem die geplagten Schlächtergesellen auf dem Viehhof nur ihren Unmut über die lange Arbeitszeit ausdrückten und sich gegen die Sonntagsarbeit wandten, wurden sie entlassen. Und wenn die Schlächtergesellen nun versuchen würden, diese Ausbeutung ihrer Arbeitskraft durch einen Druck auf die Meister zu beseitigen, zum Streik greifen, wären wir sicher, daß nicht einige in den denkbaren Bestimmungen des § 153 der Gewerbe-Ordnung hängen blieben und nun als „Hezer“ ihre Verurteilung von demselben Gericht erhielten? Das ist der Widerspruch, der in der guten Lehre des Gerichts für den geplagten und ausgebeuteten Arbeiter liegt.

Der Herr Subdirektor. Vom Landgericht in Berlin ist am 5. Juni der Verurteilungsbescheid Mag. Urban wegen einer Reihe von Straftaten zu 5 Jahren 6 Monaten Zuchthaus, 1000 M. Geldstrafe und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Früher war er Generalagent der „Wittele“ und stellte eine Reihe von Personen als Kaffierer an, nur um Kauttionen in die Hände zu bekommen, die er dann für sich verbrauchte. Nachdem er die ihm deswegen auferlegte Zuchthausstrafe im Oktober des Jahres 1896 verbüßt hatte, begann er sogleich wieder ein ähnliches Treiben. Er nannte sich Subdirektor und suchte durch Anzeigen im „Lokal-Anzeiger“ Kassenboten usw. Es ist festgestellt, daß er zwei Kassenboten und einen Buchhalter um die von ihnen gezahlten Kauttionen beschwindelt hat. Ferner hat er 10 000 M., die er für die Krankenkasse „Hilse“ einkassiert hat, unterschlagen und sich dadurch zugleich der Untreue schuldig gemacht. Endlich hat er nach Unterschlagungen an den ihm von zwei Wädchen ambrantanten Geldern begangen. — Die Revision des Angeklagten, der eine Reihe projektualer Verbrechen erbrochen hatte, wurde gestern vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Die „milde“ Iox Heine. Aus Hamburg wird über eine Gerichtsverhandlung berichtet, in der eine Frau, die von ihrem Mann getrennt lebt, angeklagt war, den intimen Umgang ihrer Tochter mit ihrem Bräutigam gebildet und sich mit ihr der schweren Kuppelei schuldig gemacht zu haben, worauf bisher eine Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus stand. Auf Grund der Iox Heine erkannte gestern die Strafkammer auf eine Gefängnisstrafe von drei Tagen.

Ein Monks-Vandendiebstahl-Prozess gelangte gestern vor der ersten Ferien-Strafkammer am Landgericht II zur Verhandlung. Angeklagt waren 1. der 16jährige Arbeiter Gustav Schulz, 2. der 18jährige Arbeiter Max Lindemann, 3. der 13jährige Schulknabe Alfred Lindemann, 4. der 18jährige Schulknabe Gustav Schulz, 5. der 21jährige Maurer Max Schulz, 6. der 12jährige Schulknabe Albert Kirich, 7. der 13jährige Max Kuhlweg, 8. der 20jährige Arbeiter Emil Dams, 9. der 12jährige Schulknabe Paul Frühau, 10. dessen Mutter Henriette Frühau und 11. der 18jährige Schulknabe Hermann Gneist, sämtlich aus Friedrichsberg und Lichtenberg. Die Angeklagten, soweit dieselben noch in die Schule gehen — drei von ihnen sind erst am 26. Juli wegen Straßentranbes von derselben Kammer zu längeren Strafen verurteilt worden — haben sich zur fortgesetzten Begehung von Diebstählen verbunden und haben je nach Gelegenheit als „Loubengänger“, als „Platterfahrer“ (Wobendiebe), als „Kollidiebe“ und „Abhänger“ gearbeitet und haben sich mit allem begnügt, was sie kriegen konnten, geränderte Perlinge, Apfelsinen und andre Süßmittel, Handbienen, Thürschlüssel, Schwitz, seidene Halstücher, Kupferdraht, Zinblech, kurz alles, was irgend welchen Wert hatte. Es schwankte der Wert der gestohlenen Sachen zwischen wenigen Nickeln bis 10 M., nur in zwei oder drei Fällen bis 20 M. Mit welcher Energie die Jungen vorgingen, zeigte sich besonders in einem Falle. Sie stahlen von einem Wagen eine Rolle Jute. Ein anderer Knabe hatte dies gesehen und verraten. Sie drückten denselben an die Wand und hätten ihn mit Messern gestochen, wenn dem Bedrohten nicht Hilfe geworden wäre. Die älteren Angeklagten haben teils an einzelnen Diebstählen teilgenommen, teils haben sie sich der Hehlerei schuldig gemacht. Die jugendliche Bande hat nahezu ein Jahr in ihrer Weise gewirtschaftet. Mit Ausnahme des Paul Frühau, dessen Mutter und des Knaben Gneist haben alle Angeklagten bereits zahlreiche Strafen wegen Diebstahls erlitten. Der Gerichtshof verurteilte Gustav Schulz, Max und Alfred Lindemann und Gustav Schulz zu je 2 1/2 Jahren Gefängnis, von denen 6 bzw. 5 Monate als Verbüßt erachtet wurden. Max Schulz zu 1 Monat, Kirich zu 6 Monaten, Gneist zu einem Verweis. Wegen Kuhlweg wurde vertagt und Dams, Paul Frühau und dessen Mutter freigesprochen.

Fünfter ordentlicher Verbandstag des Verbands der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands zu Halberstadt im „Odenum“, Braunschweigerstraße.

Vormittags-Sitzung vom 8. August.
Graz verkündigt die traurige Nachricht vom Tode unfres Wilhelm Liebknecht und feiert die Verdienste, die sich derselbe um die arbeitende Klasse erworben. Die Anwesenden ehren sein Andenken durch Erheben von den Plätzen. Das Bureau wird beauftragt, ein Beileidstelegramm an die Hinterbliebenen zu senden oder eine Kranzspende am Sarge niederlegen zu lassen.

Nach kurzer Debatte über den Kassenbericht erhält Bruns das Schlußwort, in welchem er die Notwendigkeit von Reformen in der Kassenführung betont.

Es wird zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge geschritten. Der Antrag der Revisionskommission, daß die Abrechnung nochmals in Hannover von zwei gerichtlich bereidigten Revisoren revidiert wird, gelangt zur Annahme, ebenso die Anträge, die Abrechnung formulare so einzurichten, daß aus denselben der Kassenbestand in den Jahrestellen ersichtlich ist. Der Vorstand wird ferner beauftragt, ein größeres Bureau zu mieten und neues Bureau-Inventar zu beschaffen. Falls eine Jahrestelle keine Quartalsabrechnung einfordert, soll der Vorstand den Bauvorstand mit der Prüfung der Verhältnisse betrauen. In den ersten Quartalsabrechnungen von neugegründeten Jahrestellen soll ebenfalls eine geeignete Person entsandt werden. Aus den Abrechnungsformularen muß die Art und Weise der Abrechnung ersichtlich sein. Der Ausschuss ist berechtigt, jeden Monat Einsicht in die Kassenverhältnisse zu nehmen.

Es wird zum Punkt 4 der Tagesordnung, Statutenberatung, übergegangen. In mehreren Anträgen wird eine Änderung des Titels des Verbands gefordert. Nach längerer Debatte werden alle diesbezüglichen Anträge abgelehnt, es bleibt bei dem bisherigen Verbandstitel.

Der Antrag Lübeck und Escherhaußen, das Eintrittsgeld auf 50 Pf. zu erhöhen, wird abgelehnt. Der Vorstandsantrag, das Eintrittsgeld auf 30 Pf. zu erhöhen, wird angenommen. Ueber den Antrag, den Beitrag von 15 auf 20 Pf. für männliche und 10 Pf. für weibliche Mitglieder zu erhöhen und die Streik- und Extremismen abzuschaffen, wird namentliche Abstimmung angenommen. Derselbe ergibt die Ablehnung des Antrags mit 44 gegen 24 Stimmen.

Es folgt die Beratung eines Antrags Wandsbels, in welchem ausgedrückt ist, daß die Quittungsbücher Verbandseigentum bleiben. Der Antrag bezweckt, verschiedene Mißbräuche, die mit dem Buche getrieben werden, aus der Welt zu schaffen. Der Antrag gelangt zur Annahme.

§ 9 Abs. 3 regelt die Sterbe-Unterstützung. Ein Vorstandsantrag will den Antrag dahin erweitern: „Bei Todesfall der Ehehälfte wird dem überlebenden Mitgliede unter gleichen Voraussetzungen dieselbe Unterstützung gewährt.“ Der Antrag des Vorstandes gelangt zur Annahme, ebenso ein Antrag der Jahrestelle Wandsbel, der auch den Angehörigen von unterheirateten Mitgliedern das Sterbegeld gewährt will.

Nach Abstimmung über alle Anträge wird der Antrag Horburg angenommen: Im Todesfall eines jeden Mitgliedes kann den Hinterbliebenen bei einer Mitgliedschaft von 2 Jahren 20 M., bei 4 Jahren 35 M. und bei 5jähriger Mitgliedschaft 50 M. gewährt werden. Damit sind die Anträge Sterbe-Unterstützung betr. erledigt.

Aus der Frauenbewegung.

Verein Schneider Frauen und Mädchen. Am 15. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im Klubhaus, Hauptstraße 5/6, eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Fräulein Ida Altmann einen Vortrag hält über: „Christliche Schule im Zeitalter der Naturwissenschaft.“ Wegen Vereinsangelegenheiten findet der geplante Ausflug erst am 26. August statt.

Sociales.

Zur Lebensschlußfrage. Die Notwendigkeit, eine möglichst einheitliche Regelung des Lebensschlusses vom 1. Oktober d. J. ab herbeizuführen, beschäftigt die interessierten Kreise jetzt in allen Städten. Nachdem bereits in vielen Städten, darunter Leipzig, Aft usw. eine Einigung erzielt ist für einen Lebensschluß um 8 Uhr, ist man nunmehr auch in Berlin der Frage nähergetreten. Es haben bereits Vorbesprechungen stattgefunden zwischen den Vertretern verschiedener Prinzipalvereine und den Vertretern der großen Handlungsgeschäftsvereine über die geeigneten Schritte, für Berlin eine alle Teile befriedigende Regelung herbeizuführen. Da in Berlin eine einflussreiche, ununterbrochene Anheben der Angestellten zu gewähren ist, so sind namentlich die Lebensmittelschäfte an einem Abbruchschluß interessiert, da für sie die Morgenstunde von 7-8 Uhr wesentlich ist. Das Verfahren geht nun dahin, durch die notwendige Zahl von Unterchristen eine einheitliche Lebensschlußfrage durch gesetzliche Verordnung zu erlangen.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am Mittwoch zwei Versammlungen ab, in denen über Tarifforderungen und Arbeitslosen-Unterstützung verhandelt wurde.

In der Versammlung für den Norden, Nordosten und Osten, die bei Schneider, Velfortstraße, tagte, referierte Kater, der in längeren Ausführungen nachzuweisen suchte, daß korporative Tarifforderungen, insbesondere dann, wenn sich dieselben über einen engheschränkten, bestimmten Ort hinaus erstrecken, in verschiedener Beziehung sehr schädlich auf die gesamte Arbeiterbewegung wirken, die große Masse der Arbeiterschaft aktionsunfähig machen und aus den verschiedensten taktischen und prinzipiellen Gründen derartige Tarifforderungen zu verwerfen seien. Hingegen seien Vereinbarungen mit den Unternehmern, die für einen Ort mit seiner Umgegend eventuell geschlossen werden, unter Umständen und unter gewissen Voraussetzungen für die Arbeiterschaft vorteilhaft. In derselben Weise wendet sich der Redner gegen die Arbeitslosen-Unterstützung seitens der Gewerkschaften und führt an, daß diese Organisationen, besonders infolge der großen Aufwendung der Mittel zum Zweck dieser Unterstützung und andererseits weil die solchen Organisationen angehörigen Mitglieder fast immer nur auf die Unterstützungseinrichtungen Bedacht nehmen, keine Klassenbewußten Arbeiter werden, den Klassenkampf oft auch scheuen, niemals imstande sind, dem Unternehmertum wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzurufen. Die Unterstützung der Arbeitslosen sei Aufgabe des Staates, der für die Folgen seiner Politik und des ganzen Wirtschaftssystems verantwortlich ist und keineswegs Aufgabe der Gewerkschaften, die damit dem Staat nicht nur eine Verpflichtung abnehmen, sondern den Bestand der gegenwärtigen, privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung geradezu befestigen würden. Der Redner erinnerte sodann daran, daß anfangs Oktober d. J. die 18er Kommission auf Grund der bestehenden Vereinbarungen zusammentreten muß, um nach Ablauf des jetzigen Vertrages event. wieder für eine bestimmte Zeit die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu vereinbaren. Mit dem Hinweis auf die verschiedenen Vorlesungen und auf die Umstände, die sich gerade in der letzten Zeit bedeutend bemerkbar gemacht haben, empfiehlt er, nur dann wieder einen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen, wenn unter anderen Voraussetzungen auch die zugekauften wird, daß die Vereinbarungen ebenfalls auf die Spezialbranchen wie Puger, Kabinpuger, Fliesenleger u. ausgedehnt werden. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Schach, Pagel, Richter, Dietrich und andre im Sinne des Referats beteiligten, wurde auch das Verhalten der Puger, die bisher noch nicht ernstlich bemüht gewesen wären, die Lohnarbeit an Stelle der Accordarbeit einzuführen, einer herben Kritik unterzogen und angeführt, daß die Pugerorganisation, wenn so weiter gewirtschaftet wird, genau so wie der Accordmaurerverein als Streikbrecher-Organisation behandelt werden muß. Es wurde hierbei auf einen jüngst vorgekommenen Fall hingewiesen, in dem wieder eine Kolonne Puger trotz aller Vorstellungen eine Arbeit in Accord übernommen habe, welche die Maurer in Lohn ausführen wollten und deshalb die Arbeit von den Maurern eingestellt worden ist. Wenn eine Verständigung zwischen den in Betracht kommenden Organisationen über diese Frage nicht erzielt wird, so soll es in Zukunft den Maurern unbenommen sein, auch Pugarbeiten und zwar ohne Rücksicht auf den Puger-Tarif zu den gewöhnlichen Maurerlöhnen auszuführen. Des weiteren wurde bemängelt, daß die hiesige Jahrestelle II des Verbands deutscher Maurer entgegen den Abmachungen mit der lokalen Richtung, ihren Mitgliedern, welche durch das Vorgehen anderer Berufsgruppen in Mitleidenschaft gezogen worden sind, Unterstützung gewährt und auf diese Weise die vom letzten Verbandstag abgelehnte Arbeitslosen-Unterstützung für Berlin doch eingeführt hat, in der Absicht, die lokale Organisation zu schädigen. Nachdem auf verschiedene Mißstände auf einzelnen Bauten hingewiesen, wurde von Dietrich mitgeteilt, daß auf den Van Warshauerstraße 11 die dortselbst in großer Anzahl arbeitenden centralorganisierten Maurer sich trotz aller Bemühungen noch nicht dazu bequemt haben, einen Abgeordneten zu wählen, um geordnete Verhältnisse zu schaffen.

In der Versammlung für Moabit, Wedding und Gesundbrunnen, die in den „Arminushallen“ tagte, erörterte Gehl die Schädlichkeit der Tarifforderungen, wobei er ausführte, daß die bürgerlichen Nationalökonomien, wie Kulemann, Sombart u. a., die die Tarifforderungen lobend anerkennen und den Klassenkampf leugnen, das Endziel der Socialdemokratie als Hingepfist bezeichnen. Der Referent resumiert sich dahin, daß nach den damit gemachten Erfahrungen die Tarifforderungen möglichst zu vermeiden sind, da sie geeignet sind, die Arbeiterschaft dem Kampfe zu entziehen und schließlich die gewerkschaftliche sowie die politische Bewegung verumpft. Aus gleichem Grunde sei auch die Arbeitslosen-Unterstützung zu verwerfen. Für die Arbeiter, die infolge der Invalidität und durch die privatkapitalistische Produktions- und Ausbeutungsweise arbeitslos geworden sind, müsse, insbesondere in Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs, die Gesellschaft im vollen Umfange eintreten. In der Diskussion äußerten sich mehrere Redner in der gleichen Weise. Hier wurde ebenfalls das Verhalten der Puger kritisiert. Ein Antrag von Panzer, den Vorstand zu beauftragen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung die Herabsetzung der Beiträge zu stellen, wurde abgelehnt.

In beiden Versammlungen wurde vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken W. Liebknechts in der üblichen Weise gelehrt. Ferner wurde in beiden Versammlungen auf den Streik der Fliesenleger hingewiesen, zur kräftigen Unterstützung desselben aufgefodert und außerdem wurde bekannt gegeben, daß am 16. d. M. eine Bundesputzereiverammlung stattfindet, in der sämtliche Bauten vertreten sein müssen. Ueber das Thema Tarifforderungen und Arbeitslosen-Unterstützung soll in den Abendstunden eingehend beraten und in einer späteren Versammlung hierüber endgültig Beschluß gefaßt werden.

Eine Branchenversammlung der Klempner, einberufen vom Deutschen Metallarbeiterverband, tagte am 8. August im Gewerkschaftshaus. Dieselbe nahm zunächst den Bericht über die Lohnbewegung der Klempner und deren Gehilfen entgegen. In einer einstimmig angenommenen Resolution gab die Versammlung das Versprechen ab, diese Bewegung nach Kräften zu fördern, und ebenso wurde ausgesprochen, daß die Klempner in derselben eine Verbesserung ihrer eignen Lage erblicken. Eine sehr lebhaft und eingehende Diskussion entfielte der folgende Punkt der Tagesordnung: Die Lage der Klempner. Seit der letzten erfolgreichen Lohnbewegung ist in den Kreisen derselben eine ziemlich starke Unruhe und Unzufriedenheit eingetreten, die in der Vernachlässigung der Organisation und des Verbandsbesuches auch äußerlich zum Ausdruck gekommen ist. Es ist deshalb eingetreten, was für diesen Fall schon bei Abschluß der vorjährigen Lohnbewegung vorausgesetzt wurde: die Zerungen der Klempner sind zum großen Teil wieder verloren gegangen und müssen nun von neuem erlämpft werden. Der Minimallohn von 50 Pf. pro Stunde ist vielfach zum Marginallohn geworden und kann allgemein heute nur noch als Durchschnittslohn bezeichnet werden. Auch die mit der Wahrung der Berufsangelegenheiten betrauten Personen haben nicht in vollem Maße ihre Schuldigkeit getan. Es solle nun aber doch der ernsthafteste Versuch gemacht werden, für das nächste Frühjahr einen Minimal-Stundenlohn von 55 Pf. zu erzielen. Alleinig wurde betont, daß daran nur zu denken sei, wenn die Vernachlässigung der Organisation endlich einmal aufhört. Es wurden sodann mehrere Resolutionsvorschläge angenommen. Als Branchenvertreter wird Dieselner, in die Agitationskommission werden Weigel, Pfeiffer, Wehrhant und Werner gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten wird mitgeteilt, daß am 6. September eine Uebersichtsvorstellung stattfindet. Ferner empfiehlt Röhler die Bestimmungen über die Bezugsberechtigung zur Arbeitslosenunterstützung recht eingehend zu beachten, da hierüber vielfach noch Unklarheit herrscht. Nach einigen internen Erörterungen erfolgte sodann Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter hielt am 6. August seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Nach Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des

verstorbenen Kollegen Paul Mirring durch Erheben von den Plätzen. Alsdann hielt der Reichstags-Abgeordnete Rosenow einen Vortrag über „Die indirekten Lasten und die arbeitende Klasse“. Reichert Beifall lobte dem Referenten für seine guten Ausführungen. Weiter richtete Kollege Piepenhagen einen lebhaften Appell an die Mitglieder, rege in den Bezirksämtern für besseren und pünktlicheren Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Der Verband der Graveure, Eiseneure und verwandten Berufsgenossen Deutschlands hielt am Dienstag, den 7. August 1900, im Dreesdener Garten seine regelmäßige Versammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Vorsitzende mit, daß unsere Partei einen herben Verlust erlitten hat, denn seit heute morgen weilt einer der tapfersten Kämpfer für Recht und Freiheit, unser Wilhelm Liebknecht, nicht mehr unter den Lebenden. Die Versammlung ehrte das Andenken unfres unermüdeten Genossen durch Erheben von den Plätzen. Dann erteilt der Vorsitzende dem Referenten Gutschmidt das Wort zu seinem Vortrage über: „Neutralität der Gewerkschaften.“ In seinen interessanten Ausführungen verfocht der Redner die Ansicht, die auch von der Versammlung geteilt wurde, daß an eine Neutralität schon aus dem Grunde nicht zu denken ist, weil die Politik nur zu oft in die Gewerkschaftsbewegung hinübergreift und eigentlich eng mit derselben verknüpft ist. Redner schließt mit dem Wunsche, fleißig weiter zu arbeiten in der Weise wie bisher. Die Erfolge, die wir mit der Zeit aufzuweisen haben, werden auch denen, die bis jetzt uns noch fern stehen, die Augen öffnen und sie in unser Lager führen, um mitzuhelfen an der Besserung unrer wirtschaftlichen Lage.

Wie zu erwarten war, schloß sich an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag eine sehr rege Diskussion.

Die Staake und die im Staakergewerbe beschäftigten Arbeiter hielten in den „Arminushallen“, Kommandantenstr. 20, ihre Mitgliederversammlung am 5. August ab. Referent Gutschmidt hielt einen Vortrag über „Was bietet uns die Organisation“. In seiner Rede legte er der Versammlung klar, wie notwendig es sei, sich der Organisation anzuschließen, um einheitlichen Lohn zu erzielen. Leider wurde zu der bevorstehenden Versammlung nicht genügend Propaganda gemacht. Heinemann kritisierte die schwache Liste der verschiedenen Firmen, so zum Beispiel: Vosler u. Knauer und Kriehs u. Co. Sodann wurde als Vertrauensmann Krist Hoff, Dunderstraße 12 wohnhaft, gewählt. Nachdem Kollege Rüd über „Rechtschutz“ seinen Vortrag hielt und die Versammlung geschlossen war, ließen sich mehrere Kollegen ansprechen.

Berichtigung. In dem Versammlungsbericht der Stuccateure in der Nr. 183 muß ich berichtigen, daß nicht die Bauarbeiter-Kommission eine Konferenz in dieser Woche abhält, sondern daß in dieser Woche eine Bautenkontrolle stattfindet, wo die Kollegen und andre Bauarbeiter bei event. Anfragen bereitwillig Antwort geben sollen.
W. Schulz, Stuccateur, Rüdersdorferstr. 82.

Vermischtes.

Der Brand im Tagebau der Grube „Ise“ hat abermals zwei Menschenleben gefordert. Dienstagnachmittag wurden ungefähr 15 Mann, die beim Zinnauern eines bisher von dem Feuer verschont gebliebenen Stollens beschäftigt waren, plötzlich durch Gase getötet. Zwei Maurer starben alsbald, während die übrigen, darunter auch der Obersteiger Vogel, der schon am Sonnabend gleichzeitig mit dem verunglückten Grubeninspektor Hahn und dem Arbeiter Roald in Lebensgefahr schwebte, jedenfalls mit dem Leben davonkommen dürften. Der Brand war am Mittwochabend noch nicht bewältigt.

Schreckensszenen im Circus. Eine aufregende Scene spielte sich im Circus Sedoli in Hannover ab. Bei der Wasserpantomime zum Schluß der Vorstellung hatte auch die Reitschülerin Miß Olga mitzuwirken. Als sie in vollem Trab zur Manege reiten wollte, drückte das Pferd die Reiterin gegen eine Wogentwand, so daß sie aus dem Sattel gehoben wurde und stürzte. Mit einem Reine noch im Steigbügel hängend, wurde sie von dem weiter galoppierenden Pferde fortgeschleift. In dieser furchtbaren Lage machte die Reiterin den Sturz in das drei Meter tiefe Wasserbassin mit und hatte zweifelhaft ihren Tod gefunden, wenn nicht der wachhabende Feuerwehmann die Gefahr erkannte und Hilfe geleistet hätte. Trotz des wüsten Durcheinander, das von den vielen ins Wasser springenden Pferden verursacht wurde, hatte Maderwald beobachtet, daß das Pferd der Miß Olga weiterlos aus dem Wasser kam. Er sprang schleunigst in das Wasser und brachte die Vermunglückte nach einmaligem Tauschen heraus. Miß Olga hat bei dem Sturze das Kniebein gebrochen und schwere innere Verletzungen erlitten.

Eine Nachricht von André? „Svenska Dagbladet“ meldet: Der amerikanische Generalkonsul erhielt eine Mitteilung von einem in Cleveland wohnenden Amerikaner, monach derselbe am 18. Juni unter 47 Grad 35 Min. Breite und 43 Grad 27 Min. Länge ein in deutscher Sprache abgefaßtes Schriftstück vom 2. Juni 1900, unterzeichnet André, gefunden habe. Das Schriftstück besagt, daß er (André) noch lebe, aber wegen milderer Lage schnellster Hilfe bedürfe. „Dagbladet“ meldet weiter, daß Maßnahmen getroffen seien, um das Schriftstück zu beschaffen. Die andren Stockholmer Blätter drucken die Mitteilung ohne Bemerkung ab.
Es ist sehr zweifelhaft, ob die Nachricht zutreffend ist.

Marktpreise von Berlin am 7. August 1900
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

| | | | | | |
|----------------|-------|-------|--------------------------|------------|------------|
| Weizen, gut | 15,40 | 14,90 | Rartoffeln, neue, D-Grt. | 9 | 4 |
| „ mittel | 14,80 | 14,30 | „ „ „ „ „ „ | 1,60 | 1,20 |
| „ gering | 14,20 | 13,70 | „ „ „ „ „ „ | 1,20 | 1 |
| Koggen, gut | 15,40 | 15,40 | „ „ „ „ „ „ | 1,60 | 1,10 |
| „ mittel | 15,30 | 14,30 | „ „ „ „ „ „ | 1,70 | 1,10 |
| „ gering | 14,20 | 13,20 | „ „ „ „ „ „ | 1,60 | 1,20 |
| *) Weisse, gut | 15,40 | 14,90 | Butter | 2,60 | 2 |
| „ mittel | 14,80 | 14,30 | Eier | 60 Stck | 3,60 2,40 |
| „ gering | 14,20 | 13,70 | Kartoffeln | 1 kg | — |
| *) Hafer, gut | 15,40 | 15,40 | „ „ „ „ „ „ | 3 | — |
| „ mittel | 15,30 | 14,30 | „ „ „ „ „ „ | 2,60 | 1,40 |
| „ gering | 14,20 | 13,20 | „ „ „ „ „ „ | 2,60 | 1,20 |
| Kartoffeln | 6,50 | 6 | „ „ „ „ „ „ | 1,80 | 0,80 |
| „ „ „ „ „ „ | 7,60 | 5 | „ „ „ „ „ „ | 2,40 | 1,20 |
| „ „ „ „ „ „ | 40 | 25 | „ „ „ „ „ „ | 1,40 | 0,80 |
| Speisebohnen | 45 | 25 | „ „ „ „ „ „ | per Schock | 24,00 2,50 |
| Linien | 70 | 30 | | | |

*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 9. August. Auf dem Getreidemarte zeigte sich für Weizen und Roggen schwache Stimmung im Anschluß an die niedrigeren Notierungen der amerikanischen Märkte. Am Mittwochmarkt wurde die Tendenz fester infolge umfangreicher Kaufordres, die für Roggen bei den Kommissionären eintrafen, auf das wolkige Wetter und auf geringere russische Angebote. Der Weizenpreis hob sich um 1 M., der Roggenpreis um 1/2, bis 1 M. Daher war bei hiesigen Verfehr fest, gute Qualitäten waren gefragt, Weizen war im Anschluß an die Steigerung der Roggenpreise in Preis fest.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schiffr (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Wohnortangabe beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.
Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
1000. Sie haben recht. Kämpfe bedeutet Kämpfer.
1900 x 93. Diese Frage ist von uns längst erwoogen worden, und wird veranlaßt — im Rahmen einer geplanten allgemeinen Umgestaltung — in Ihrem Sinne entschieden werden.
H. H. 1. Rein. 2. H. Wätner, Adlershof, Hadenbergstr. 17.
G. P. Pantow. Wenn Sie sich an das Weibchen-Weim, Urbanstraße 38.
S. 18. 1. Der Soldat kann zum Auslandsdienst herangezogen werden.
2. Es gab im Jahre 1896 bei der Volkszählung 25 661 250 männliche und 26 618 661 weibliche Einwohner in Deutschland.

Bericht des Parteivorstands

an den

Parteitag der Socialdemokratischen Partei Deutschlands 1900 zu Mainz.

Der nachstehende Bericht wurde unter Mitwirkung Viebnechts am Montag, 6. August, fertiggestellt.

Mit dem Ausdruck unseres tiefsten Schmerzes über den unerwarteten Verlust, den die Partei durch den Tod unseres Mitmeisters erlitten, müssen wir den Bericht im Druck geben, ohne die Wirksamkeit des Verstorbenen an dieser Stelle eingehend würdigen zu können.

Allgemeines. Im Einverständnis mit der Fraktion des Reichstags hatte die Generalcommission der deutschen Gewerkschaften es übernommen, die Agitation gegen die Zuchtstausvorlage zu leiten und zu betreiben. Bei dieser Vereinbarung war vorgesehen, daß der 2. Teil der Agitation bei der Wiederaufnahme der parlamentarischen Verhandlungen beginnen und von der Partei ausgeführt werden sollte. Der Parteivorstand hatte die umfassendsten Vorarbeiten getroffen. Es kam ihm vor allen Dingen darauf an, durch Sammlung von Tatsachenmaterial den Beweis zu führen, daß die in der somatischen Denkschrift behaupteten Vorgänge und Thatsachen in den meisten Fällen Produkte der phantastischen Verichterstattung darstellen und da, wo die Behauptungen sich an tatsächliche Vorgänge anlehnten, stark übertrieben waren.

Mit der Aufgabe dieser Sammlung wurde Genosse Segig betraut, der dieselbe mit dankenswerthem Fleiß löste. Die in der Denkschrift angeführten Vorgänge wurden durchgängig an Ort und Stelle durch Vernehmung der Beteiligten einer Nachprüfung unterzogen und die erzielten Feststellungen im Auftrag des Parteivorstands zu einer Gegendenchrift bearbeitet. Dieselbe, ursprünglich zur Massenverbreitung bestimmt, nahm bei der nicht zu umgehenden Gründlichkeit der Bearbeitung einen solchen Umfang an, daß für die Massenverbreitung nur Auszüge aus der Bearbeitung vorgelesen und die Denkschrift selbst der Benutzung im Reichstag vorbehalten wurde.

Weißes erübrigte sich. Die sogenannte Zuchtstausvorlage erfährt in der Sitzung des Reichstags vom 19. November v. J. eine Behandlung, die der Reichsregierung mehr wie überraschend kam. Fast debattelos, die Parteiführer gaben nur Erklärungen ab, wurde die Vorlage sang- und klanglos begraben. In jedem parlamentarisch regierten Land wäre die Demission der Regierung die notwendige Folge gewesen. Daß ein von der Regierung auf kaiserliche Initiative dem Reichstag vorgelegter Gesetzentwurf, der noch dazu sich des Einverständnisses weiter bürgerlicher Kreise erfreute, ohne Kommissionsberatung in allen seinen Teilen von dem Reichstag abgelehnt wurde, steht einzig in der parlamentarischen Geschichte Deutschlands da. Daß es so gekommen ist, ist wesentlich das Verdienst der rastlosen Agitation der deutschen Arbeiter unter der Führung der socialdemokratischen Partei.

Hatten somit die schönsten Hoffnungen des Scharfmachers eine bittere und unerwartete Enttäuschung erfahren, mußten sie es auch fernherhin gesehen lassen, daß die Arbeiter das gewöhnlichste Koalitionsrecht auch benutzen, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, so hatten die Scharfmacher doch die Genugthuung, daß die Lohnkämpfe der Arbeiter wenigstens in der Anwendung der Kampfsmittel durch Erkenntnis des höchsten Gerichtshofs eine wesentliche Einschränkung erfahren. Bei Lohnkämpfen, Ausständen u. s. w. ist die Kontrolle über die Beteiligten, die sich anschließenden, die Jureidenden und Angehörigen eine unerlässliche Maßregel. Da auf Grund der bestehenden Geetze dem Streikpostenstreichen der Gehalts nicht gemacht werden konnte, wurde der Versuch hierzu auf Grund erlassener Straf- und Polizeiverordnungen gemacht. Das preussische Kammergericht hat am 27. November v. J. in einem konkreten Fall anerkannt, daß der Schuttmann auf Grund der Berliner Straßen-Polizeiverordnung vom 7. April 1867 das Recht habe, den Streikposten aus der Gegend des Betriebs, in dem die Arbeit niedergelegt war, zu verweisen, da man „annehmen konnte“, daß es zwischen dem Streikposten und den Weiterarbeitenden bezw. Streikbrechern zu Reibereien und Gewaltthatigkeiten kommen konnte, wodurch die Ruhe und Sicherheit des öffentlichen Verkehrs gestört werden würde.

Von einer schweren Vermögensrechtlichen Schädigung sind eine große Anzahl sächsischer Bergarbeiter betroffen, die sich im vorigen Winter an der Arbeitseinstellung beteiligt haben, und die nach Wiederaufnahme der Arbeit von der Arbeit dauernd ausgeschlossen wurden. Unter den Ausgeschlossenen befinden sich Leute, die 20 Jahre und darüber hinaus Knappschaftsbeiträge in Höhe bis zu 1000 M bezahlt haben. Nicht allein nun, daß die armen Leute durch ihre Entlassung ihre wohlverdienten Rechte an die Knappschaftskasse verloren haben, wird ihnen auch die Rückzahlung der geleisteten Beiträge verweigert. Das Bergscheidengericht hat die Leute mit ihrer Klage abgewiesen und das Landgericht, an dem die Sache anhängig gemacht wurde, hat entschieden, daß allein das Bergscheidengericht zuständig sei. Vorläufig haben die entlassenen Bergleute, deren Zahl auf 400 angegeben wird, das Nachsehen. In der nächsten Session des Reichstags wird die socialdemokratische Fraktion Aufklärung darüber herbeiführen, ob auf Grund von Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs die schwer geschädigten entlassenen sächsischen Bergleute nicht in den Besitz ihrer ihnen sauer gewordenen Ersparnisse kommen können.

Anknüpfend an das charakteristische Wort Bismarcks „Ohne Socialdemokratie keine Socialreform“ ist es notwendig, die Aufmerksamkeit der Parteigenossen im besonderen und die der Arbeiter im allgemeinen auf die bevorstehende Abänderung des Krankenversicherungsgegesetzes zu lenken. Die bisher bei dem sogenannten Ausbau der Arbeitergesetzgebung gemachten Erfahrungen, neben einigen den Arbeitern zu gute kommenden Verbesserungen eine Anzahl Verschlechterungen in das Gesetz zu bugtieren, mahnen zur Vorsicht. In der nächsten Session soll dem Reichstag eine Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz vorgelegt werden, in der zwar die Krankenversicherung auf alle der Invalidenversicherung unterstehenden Personen ausgedehnt werden soll, insbesondere auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter; in der des weiteren die Verlängerung der Unterstützungsdauer, sowie auch die stärkere Heranziehung der Unternehmer zur Beitragsleistung vorgeesehen ist, die aber auch den vorherrschenden Einfluß der Arbeiter in der Verwaltung der Kassen zu unterbinden ganz bestimmt benutzt werden soll. Ueber die Absichten der Regierung informiert folgendes Circular des Regierungspräsidenten in Potsdam an die ihm nachgeordneten Verwaltungsbehörden. Das Circular lautet:

Es besteht die Absicht, dem Reichstag in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes zu unterbreiten, um durch Verlängerung der gesetzlichen Unterstützungsdauer der Krankenkassen auf 26 Wochen den Zusammenhang zwischen der Kranken- und Invalidenversicherung herzustellen. Bei dieser Gelegenheit sollen auch diejenigen Bestimmungen des Gesetzes geändert werden, welche sich in der Praxis als abänderungsbedürftig erwiesen haben. Ich ersuche daher, diejenigen Bestimmungen zu bezeichnen, welche einer Änderung zu unterliegen sein werden, und dabei sich namentlich auch über folgende Punkte zu äußern:

1. Empfiehlt sich eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen; ist insbesondere die Ausdehnung des Versicherungszwangs auf alle der Invalidenversicherung unterliegenden Personen erwünscht? — Welche Einschränkungen würden vorzunehmen sein? — Welche Bestimmungen würden namentlich

zu treffen sein für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und das Gefolge?

2. Besteht ein Bedürfnis zur Beibehaltung der Gemeinde-Krankenversicherung als Träger der Versicherung?

3. Erscheint es zweckmäßig und durchführbar, die Ortskrankenkassen so zu organisieren, daß alle im Bezirk einer oder mehrerer Gemeinden beschäftigten versicherungspflichtigen Personen unter Befreiung der für einen einzelnen oder für mehrere einzelne Gewerbezweige errichteten Ortskrankenkassen einer Ortskrankenkasse angehören (Gemeinde- und Ortskrankenkassen)?

4. Sollen den Arbeitgebern unter Erhöhung des aus eigenen Mitteln zu bestreitenden Anteils an den Beiträgen auf die Hälfte in der Verwaltung der Kassen die gleichen Rechte wie den Arbeitern eingeräumt werden?

5. Empfiehlt sich ein Anschluß der Ortskrankenkassen an die Gemeindeverwaltung in der Weise, daß ein Gemeindebeamter — diese vorbehaltlich der Erstattung der Gehälter durch die Kassen — von der Gemeinde angestellt werde?

6. Ist in das Gesetz eine deklarierende Bestimmung aufzunehmen, wonach als „ärztliche Behandlung“ im Sinn des Krankenversicherungsgegesetzes nur die Behandlung durch approbierte Aerzte (§ 29 der Reichs-Gewerbe-Ordnung) gilt? Welche Ausnahmen sind im Verhättnisfall vorzusehen?

7. Ist die durch §§ 6a und 26a des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes den Kassen gegebene Möglichkeit der Einführung des Zwangs zur Benutzung bestimmter Kassenärzte beizubehalten oder empfiehlt sich die Einführung der freien Arztwahl?

Allgemein oder mit welchen Beschränkungen? Welche Einrichtungen sind im Fall der Einführung der freien Arztwahl zur Verhütung einer über das Bedürfnis hinausgehenden Ausübung der ärztlichen Verordnungen zu treffen?

Sind besondere Verordnungen über die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Aerzten und Kassen zu treffen?

8. Empfiehlt es sich, nach dem Vorgang bei § 30 des Invalidenversicherungsgesetzes in den §§ 6a Ziffer 2 und 26a Ziffer 2 des Kranken- und Invalidenversicherungsgesetzes die Worte „oder geschlechtliche Kuschweibungen“ zu streichen?

9. Haben sich die Ergebnisse der Aufsichtsberechnungen als unzulänglich erwiesen? In welcher Beziehung ist eine Verstärkung der Aufsichtsberechnungen notwendig?

10. Sollen die Hilfskassen als gleichberechtigte Träger der Krankenversicherung beibehalten oder nur noch als Zuschußkassen zugelassen werden?

Es ist ferner anzugeben:

10a. ob und welche von den der dortigen Aufsicht unterstehenden Orts-, Betriebs-, (Fabriks-), Bau- und Zimmungs-Krankenkassen schon jetzt Beiträge in Höhe von 1/2 Proz. des für die Bemessung der Unterstützungsummen maßgebenden Betrages erheben, während sie nur die gesetzlichen Mindestleistungen gewähren und

10b. welche Gemeinde-Krankenversicherungen bei Beiträgen in Höhe von 2 Proz. im letzten Jahre Zuschüsse von der Gemeinde oder von den weiteren Kommunalverbänden erhalten haben.

10c. Sodann sind in einer Nachweisung diejenigen Orts-Krankenkassen aufzuführen, bei denen Vorstandsmitglieder sich als Angehörige der socialdemokratischen Partei bemerklich gemacht haben; es ist hier unter kurzer Darlegung des Thatbestandes anzugeben, ob und in welcher Weise ein Mißbrauch der Verwaltung zur socialdemokratischen Parteizwecken in die Erscheinung getreten ist.

Inbesondere sind etwaige Streitigkeiten mit den Aerzten, Apothekern, Krankenhäusern u. s. w. sowie Veruntreuungen von Kassengeldern, die mit solchem Mißbrauch zusammenhängen, anzuführen.

Es ist anzunehmen, daß analog der Regierung in Potsdam im gesamten Reich die Verwaltungsbehörden die gleichen Erhebungen veranlaßt haben. Man sieht genau, wohin der Kurs steuert. Es ist deshalb notwendig, daß sich die Genossen und die Beteiligten gleichfalls mit den in dem Circular aufgeführten Fragen eingehend beschäftigen, Material sammeln und solches der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags rechtzeitig zur Verfügung stellen. Insbesondere dürfte es angezeigt erscheinen, den Fragen unter 4, 5 und 10c eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Wiederaufnahme-Verfahren wurde am 17. November v. J. der Genosse Müller von der Anklage der Majestätsbeleidigung in Magdeburg freigesprochen. Vorher war am 29. September Genosse Albert Schmidt auf Grund seiner Selbstbeleidigung wegen des dem Genossen Müller zur Last gelegten Vergebens zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Bereits am 30. Oktober erfolgte der Strafantritt des Genossen Schmidts.

Von den im Berichtsjahre von preussischen Behörden zahlreich verfügten Ausweisungen sind 14614 gemacht worden. Anländer wurde auch am 12. Dezember v. J. der Kreisvertrauensmann des Niederbarnimer Kreises, Genosse Anton Kopp, betroffen. Acht Jahre hatte der Genosse Kopp treu seines Amtes als Vertrauensmann gewaltet. Seine „Gefährlichkeit“, sein „Lästigfallen“ muß in seiner Ruhe und sachlichen Ausführung des ihm anvertrauten Ehrenamts gesucht werden, denn in der Öffentlichkeit war die Thätigkeit des Genossen Kopp kaum bemerkbar. Aber auf dem Gebiet der Organisation war er um so wirksamer. Dafür mußte er büßen. Genosse Kopp war eine feinsinnige, sensible Natur und ging so in seiner Parteithätigkeit auf, daß ihn der Schlag der Ausweisung aus dem seelischen Gleichgewicht brachte. Nur kurze Zeit vermochte der brave Genosse den Schmerz der Trennung von der ihm lieb gewordenen zweiten Heimat zu ertragen. Am 14. Juli erlöste der Tod den treuen Kampfgenossen von seinen Leiden.

Die speziell zum Zwecke der Mittelstandsretterei gesetzlich neuorganisierten Zimmungen vertragen zum Schreden ihrer Urheber als Vollwerk gegen die socialdemokratischen Bestrebungen. Vornehmlich sind es die Schuttmacher, denen es gelungen ist, die Leitung der Zimmungen in 3 größeren Städten den Händen socialdemokratischer Genossen anzuvertrauen. Den Genossen Haug in Freiburg, Baden und Baer in Harburg folgend, ist als Dritter im Bunde Genosse Brühne in Frankfurt a. M. zum Obermeister der Zimung gewählt.

Das Eindringen der Parteigenossen in die verschiedenen kommunalen Verwaltungskörper ist den Regierungen längst ein Stachel im Fleisch. Sehr unangenehm wurde es von den Aufsichtsbehörden empfunden, daß Socialdemokraten von ihren bürgerlichen Kollegen für würdig gehalten wurden, in die Schuldeputationen bez. Kommissionen gewählt zu werden. In Berlin, Cesse, Limmer bei Hannover und in verschiedenen andern Orten wurde gegen die Wahl der Genossen Einspruch von der Aufsichtsbehörde erhoben. In Berlin hatten die bürgerlichen Stadtverordneten zu wenig Mäßigkeit, den Konflikt mit der Aufsichtsbehörde auszusetzen bezw. den Magistrat in die Verlegenheit zu bringen, den Genossen Singer in die Schuldeputation einzuführen zu müssen. In Limmer erfolgte prompt die Wiederwahl der beiden beanstandeten Genossen und ebenso prompt die Wiederbestandung. Diese Vorgänge, ergänzt durch das Vorkommnis, daß von dem Konfitorium in Kiel der Grundsatzz ausgesprochen wurde, die Zugehörigkeit zur socialdemokratischen Partei sei an sich kein Grund, jemand die Fähigkeit zur Verrichtung eines öffentlichen Amtes abzusprechen, veranlaßten eine allgemeine Verfügung des preussischen Unterrichtsministers, in der den Schul-Aufsichtsbehörden nachdrücklich eingeschrieben wurde, daß die „Gesamtaufassung der Socialdemokraten sie zu einer Mitwirkung bei der Verwaltung der Schulen preussischen Rechts absolut ungeeignet

make, und daß aus diesem Grunde keinem Socialdemokraten die Befähigung als Mitglied des Schulvorstands erteilt werden könne.“

Aus demselben Geiste ist die Maßregelung des Genossen Dr. Arons erfolgt. Die Entfremdung Dr. Arons als Privatdocent von der Berliner Universität wurde am 23. Februar durch das preussische Staatsministerium vollzogen. Während die Fakultät an dem Genossen Arons kein Fehl entdecken konnte, vielmehr seine socialdemokratische Gesinnung als kein Hindernis für seine Lehrthätigkeit ansah, erklärte das preussische Staatsministerium: „Ein akademischer Lehrer, der mit derartigen Gegnern der bestehenden Staats- und Rechtsordnung gemeinsame Sache macht, zeigt sich des Vertrauens, das sein Beruf erfordert, unwürdig.“

Am 30. März d. J. befanden sich die Stuttgarter Genossen in der angenehmen Lage, die seit dem Jahre 1891 über die Riebershülle — dem Lokal der Riebershülle — verhängte Sperre aufzuheben. Das Lokal steht den Genossen zu Versammlungen wieder zur Verfügung. Gleichen Erfolg in kurzer Zeit hatten die Genossen in Halle, Kiel, Dresden und andern Orten zu verzeichnen. Die Besitzer der beiden größten Lokale Kiels kamen innerhalb vierzehn Tage zu der Einsicht, daß der von einer straff organisierten Arbeiterkassette geführte Boykott die Konkurrenz des Militärverbots nicht zu scheuen braucht.

Eine arge Enttäuschung ist den Elberfelder Genossen bereitet. Zur Erbauung einer Stadthalle, die nach unwiderprochenen, in der Stadtverordneten-Versammlung abgegebenen Erklärungen allen Parteien zur Verfügung stehen sollte, war die Grundstückserwerbungen aus freiwilligen Beiträgen Privater und Vereine bestritten worden. Der socialdemokratische Verein beteiligte sich mit einer Beisteuer von 2000 M., die von dem Ausschuss dankend angenommen wurde. Nachdem nun die Stadthalle fertiggestellt ist und von den Genossen zur Abhaltung einer Versammlung begehrt wurde, wurde die Benutzung verweigert. Die Genossen sind über die ihnen widerfahrne Dupierung mit Recht empört und betreiben eine intensive Agitation, das Verhalten der Stadtverordneten-Versammlung öffentlich zu brandmarken.

Wiel Aufsehens wurde seiner Zeit von der den socialdemokratischen Wahlmännern Dresdens gezahlten Erstattung ihrer am Wahltag gehaltenen Ausgaben gemacht. Die reaktionäre Presse fabulirte von Stimmenkauf, Bestechung und Wahlfälschung. Im weiteren Verfolg wurden die Wahlen der drei Breslauer Abgeordneten vom Abgeordnetenhause laßiert und gegen die Beteiligten das Strafverfahren wegen Stimmenkaufs eingeleitet. Am 20. Mai wurde der socialdemokratische Wahlmandat außer Verfolgung gesetzt. Seitdem ist die reaktionäre Sippe recht heimlich geworden, denn der halbe Triumph der Mandatslassierung ist ein schlechter Trost für die bevorstehende Niederlage.

Glänzende Proben der internationalen Solidarität hat die Klassenbewegung deutsche Arbeiter bei der großen Aussperrung der dänischen Arbeiter und dem Ausstand der österreichischen Bergarbeiter abgelegt. Für die dänischen Arbeiter, deren Aussperrung noch 15 wöchentliche Dauer am 4. September v. J. beendigt wurde und mit einem Sieg der Arbeiter abschloß, wurden 218 413 M. aufgebracht. Die österreichischen Bergleute erhielten rund 60 000 M. überwießen. Nicht man danach in Betracht, welche Summen die Holzarbeiter, die Maurer, Zimmerer, die Bergleute und Textilarbeiter in dem Berichtsjahre bei den zahlreichen und umfangreichen Lohnkämpfen geleistet haben, so erhält man ein annäherndes Bild von dem Opfermut und der Fähigkeit, womit die deutsche Arbeiterklasse ihre Kämpfe zu führen versteht.

Neben der Befähigung internationaler Solidarität und neben der Führung des Klassenkampfes wendet die Arbeiterklasse mit fleißigem Interesse auch ihre Aufmerksamkeit der Wahrung der Interessen des Einzelnen zu. Diese Aufgabe ist den Arbeiterssekretariaten zugefallen, deren Zahl inklusive des am 1. Oktober in Hamburg zu eröffnenden auf 21 gestiegen ist. Bereits geht von dem Münchener Sekretariat die Anregung aus, in Berlin ein Centralorgan der Sekretariate zu schaffen, dem hauptsächlich die Wahrnehmung der Termine vor dem Reichs-Versicherungsamt obliegen soll. Es liegt in der Natur der Einrichtungen sozialer Fürsorge, daß sich immer größere und weiter gehende Ansprüche geltend machen. Die dem Geiste der Entwicklung können sich auch die aus der Initiative der Arbeiter geschaffenen Einrichtungen nicht entziehen. Deshalb wird auch die Centralstelle der Arbeiterssekretariate wie auch die auf dem Parteitag in Hannover geforderte zentrale Auskunftsstelle für socialdemokratische Gemeindevertreter, Krankenkassen- und Zimmungsvorstände u. s. in Funktion treten, sobald es gelungen sein wird, die Personenfrage in befriedigender Weise zu lösen.

Mit dem 11. Dezember v. J. ist das in den meisten deutschen Bundesstaaten geltende Verbot des Inverbindungsvertrags politischer Vereine aufgehoben. Am 6. Dezember stand ein diesbezüglicher Initiativantrag der Parteien vor dritten Lesung auf der Tagesordnung des Reichstags. Der Reichsfinanzler nahm die Gelegenheit wahr, namens der verbündeten Regierungen die Erklärung abzugeben, die Regierungen würden einem Gesetz zustimmen, das die Befreiung des Verbindungsvertrags ausspricht.

Zahlreiche Anfragen aus den Parteikreisen bei dem Parteivorstand, was nun zu thun sei, ob eine Aenderung der Organisation der Partei zweckmäßig oder beabsichtigt sei, führten zu einem regen Meinungsaustausch zwischen dem Parteivorstand und den Genossen. Im Parteivorstand war man sich einig darüber, daß die bestehende Organisation der Partei sich bei den Genossen so einleitet, befestigt und bewährt habe, daß es gar nicht eile, etwaige formale Aenderungen der Organisation vor dem ordentlichen Parteitag vorzunehmen. Die Fraktion, die sich ebenfalls eingehend mit der Angelegenheit beschäftigte, war gleicher Meinung mit dem Parteivorstand. Die Fraktion setzte eine Kommission, bestehend aus den Genossen Kuer, Rebel, Dreßbach, Geher, Singer und Stadthagen ein mit der Aufgabe, das Organisationsstatut einer Revision zu unterziehen und der Fraktion eine Vorlage zur Beschlußfassung zu unterbreiten. Die von der Kommission ausgearbeitete, von der Fraktion durchberatene und angenommene Vorlage wird dem Parteitag zur endgültigen Entscheidung unterbreitet.

Durch die als notwendig sich herausstellenden Aenderungen des Organisationsstatuts ist die Organisation der Genossen in den einzelnen Orten oder Kreisen, sowie den Provinzen und Bundesstaaten, unberührt geblieben. Die Aufhebung des Verbindungsvertrags hat für die Genossen nur das eine Gute im Gefolge, daß die Genossen eine größere Freiheit der Entfaltung gewonnen haben, welcher Organisationsform sie für die örtlichen, Kreis- oder provinziellen Verhältnisse den Vorzug geben wollen. Die Genossen sind nicht mehr gezwungen, nur durch den Vertrauensmann mit dem Parteivorstand zu verkehren, aber sie können es thun. Ebenso können die Aufgaben, die dem Vertrauensmann obliegen, durch den Vorstand bezw. den Vorsitzenden des Wahl-, Volks- oder Arbeitervereins ausgeführt werden; desgleichen hängt es nur von Zweckmäßigkeitsgründen ab, ob die Genossen in jedem Ort einen Verein gründen, ob sie dem Kreisverein den Vorzug geben, oder ob sie das Vertrauensmänner-System beibehalten und neben diesem auch Vereine bilden wollen. Jede Form ist jetzt möglich und zulässig. Bedingung ist nur, daß die Genossen, welche Organisationsform sie auch wählen, die Parteigeschäfte einträchtig und einheitlich ausführen und fördern. Auch die früher empfohlene Vorsicht, einen Vertrauensmann der Partei weder mit den Geschäften des Vorstands eines politischen Vereins, noch denen einer Gewerkschaft zu betrauen, ist jetzt hinfällig.

Die Genossen haben denn auch teils aus eigenem Antrieb, teils unter Anleitung des Parteivorstands die Organisation ausgebaut, um begangene Fehler zu vermeiden und gekräftigt neue Kämpfe auszufechten zu können. So haben sich z. B. die Genossen in Anhalt-Desau und Bernburg am 17. Juni d. J. eine gemeinsame Landesorganisation geschaffen, um die Agitation einheitlicher und nachdrücklicher betreiben zu können. In den Orten, in denen die Staatsanwaltschaft den erfolgreichen Versuch machte, die öffentliche Quittung des Vertrauensmanns als eine Aufforderung zu einer nicht erlaubten Kollekte zu verfolgen, wie z. B. in Ragdeburg und Erfurt, haben die Genossen den Weg der Vereinsgründung mit festen Beiträgen betreten. Damit sind sie der staatsanwaltlichen Fürsorge entzogen. Wie in den angelegenen Fällen werden die Genossen stets die für die örtlichen Verhältnisse vorteilhafteste Organisationsform zur Anwendung zu bringen wissen.

Am vorjährigen Bericht konnte noch auf den andauernden guten Geschäftsgang in den meisten Industrien hingewiesen werden. Der damit verbundene Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung brachte vielerorts den Arbeitern der verschiedensten Branchen eine günstigere Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Vornehmlich waren es die Bauarbeiter der verschiedenen Berufe und die Holzarbeiter, die von der Lohnbewegung profitierten. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß fast ausnahmslos die Arbeiter den Unternehmern Unterhandlungen über die gestellten Forderungen angeboten und erst, wenn die Unterhandlungen schroff abgewiesen wurden, zu Arbeitsniederlegung schritten. Diesem forresten Verhalten hatten es die Arbeiter zu danken, daß die Anrufung des Einigungsamtes der Gewerbegerichte für sie fast immer erfolgreich war. Es muß dies ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich regen an den Wahlen zum Gewerbegericht zu beteiligen und die Agitation für die Forderung der obligatorischen Einführung der Gewerbegerichte nicht erlahmen zu lassen.

Ueberhaupt haben die Arbeiter alle Ursache, durch stetige Ausbreitung und Pflege der Organisation sich die erzwungenen besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Angelegenheiten der drohenden Krise mehrten sich. Rückgang des Geschäftsganges wird gemeldet aus der Werkzeugmaschinenbranche, der Musikinstrumentenindustrie und der Textilindustrie. Der Rückgang ist zum Ausbruch gekommen teils in Arbeiterentlassungen, teils in erheblicher Herabsetzung der Arbeitszeit, wie z. B. bei der Firma für Teppichfabrikation Koch u. te Coel in Oelenig im Vogtland. Es gilt gewarnt zu sein, um der nachliegenden Verunsicherung des Unternehmertums, die Löhne zu reduzieren, widerstehen zu können. Darum hinein in die Organisationen.

Eine neue „Krausprobe“ hat der Hamburger Arbeitgeber-Verband infiziert. Die Gelegenheit ist so frivol vom Jaun gebröckelt, daß sie ohne Gleichen in der Geschichte der Lohnkämpfe dasteht. Auf die Schmarotzerei des Arbeitgeber-Verbandes hin sind auf den Schiffswerften Hamburgs zur Stunde 3000 Werftarbeiter ausgesperrt. Davon 1500 am 14. Juli und weitere 1500 am 21. Juli. Weitere Aussperrungen sind angedroht, wenn nicht die Mieter der Reihewerke, die seit ein paar Wochen wegen einer Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde sich im Ausstand befinden, bedingungslos zur Arbeit zurückkehren. Die Arbeiter sollen zu Waaren getrieben und ihnen die Möglichkeit genommen werden, zur Unterstützung ihrer Arbeitsbrüder etwas beizutragen. Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter soll zum Wehrlutem gebracht werden, damit auch die Bersten ungeniert in die lockende Beute der auf Jahre hinaus gesicherten löhnenden Aufträge fegen können, die ihnen die Schiffsbauten der deutschen Marine garantieren. Das Frohlocken bei dem Verzuge will man nicht durch die Mahnung der Teilnahme in Gestalt von Erhöhung des Stundenlohnes der Arbeiter um ein paar Pfennige getrübt sehen. Von den enthusiastischen Flottenschwärmern wurden den Arbeitern die erstklassigen Vorteile ausgemalt, die sie aus der vermehrten Arbeitsgelegenheit der Verklärung der deutschen Flotte haben würden. Jetzt bekommen die Arbeiter einen Vorgegeschmack von den Früchten, die ihnen von dem Geschäftspatriotismus der Industriellen zugebracht sind.

Agitation. Das Lebenselement der Partei ist die Agitation. Ihre Förderung die erste und vornehmste Aufgabe des Parteivorstandes. Jede von den Genossen an den Parteivorstand im Interesse der Agitation gestellte Anforderung hat fast in allen Fällen in vollem Umfange Berücksichtigung gefunden. Mit dem Anwachsen und der Ausbreitung der Partei kann die Agitation nicht anschießlich von der Centralstelle aus geleitet werden. Durch die verschiedenen Landes-, Provinzial- und Ortsverhältnisse bedingt, fiel die Ausführung der Agitation den Landes- und Provinzialorganisationen wie den einzelnen Vertrauensleuten zu, die bald dem Parteivorstand Anregung gegeben, bald solche von demselben empfangen haben, im besten Einvernehmen mit dem Parteivorstand gewirkt und ihrer Aufgabe gerecht geworden sind. In verschiedenen Landesstellen ist die mündliche Agitation außerordentlich erschwert. In Mecklenburg sind politische Versammlungen nur während der Wahlperiode möglich. In Ost- und Westpreußen, in Polen und Schlesien, wo die Partei stetig an Boden gewonnen hat, versuchen die Gegner noch all die alten Mittel zur Anwendung zu bringen, um der Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen Abbruch zu thun: Einschüchterung, Androhung der Arbeitsentlassung und Saalabtreiberei sind gang und gäbe. Besonders die Saalabtreiberei durch Androhung von Mißtrauhsprotokoll, verschärfte Polizeiaufsicht, Herabsetzung der Feierabendstunde, Verweigerung der Konzessionsbewilligung und eventuelle Konzessionsentziehung steht im vollen Flor. Hier und da findet sich mitunter noch ein Wirt, der materiell günstig gestellt, politisch so viel Steinnachgiebigkeit besitzt, allen Besuchen der Beeinflussung zu tragen. Die meisten werden aber müde und verlieren lieber ihre Arbeitseinkünfte, als dem Wohlwollen des Herrn Landrats ausgemerzt zu sein.

Die Erschwerung der Agitation durch die Saalabtreiberei hat den Genossen vielerorts den Gedanken der Erwerbung oder Erhaltung eines Saals und der dazu benötigten Wirtschaftsräume nahegelegt. Anträge um Weisung zu derartigen Projekten geben bei dem Parteivorstand so zahlreich ein, daß dürfte oder mißte der Parteivorstand den Anträgen stattgeben, das Parteivermögen längst in Saalbauten und Gewerkschaftshäusern aufgebraucht wäre. Trübt es sich, daß an einem Ort, wo Lokalmangel herrscht, ein Genosse vorhanden ist, der mit geringem eigenen Kapital sich erbietet, ein größeres Lokal zu erwerben, dann sind die Genossen Feuer und Flamme und bestärken den Parteivorstand um Beilegung des fraglichen Grundstücks. Daß die Rentabilität bei den Genossen jedesmal außer allem Zweifel steht, sei nur nebenbei bemerkt.

Zuletzt hat denn auch noch der Lokalmangel spekulative und materiell nicht günstig stehende Wirte zu dem Versuch veranlaßt, durch Vermittlung und Befürwortung der Genossen Darlehensanträge oder Hypothekengesuche beim Parteivorstand einzureichen, die sich zum Teil gar nicht auf beschriebene Summen beschränken. Selbstredend konnten derartige Anträge und Gesuche keine Berücksichtigung finden.

Hauptsächlich in den Gegenden, in denen die mündliche Agitation durch Lokalmangel oder Saalabtreiberei erschwert wird, lassen es sich die Genossen angelegen sein, die Agitation durch die Verbreitung von Flugblättern und Agitationsbroschüren zu fördern. Daneben läuft eine nachhaltige Propaganda für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse. Speziell um der periodischen Presse bei den Landarbeitern Eingang zu verschaffen, haben die Genossen in Braunschweig, Kassel, Dresden, Halberstadt, Köln und Stuttgart Wochenausgaben der Tagesblätter veranstaltet, die teils mientgeltlich, teils gegen einen sehr geringen Abonnementspreis geliefert werden. Dem gleichen Zweck unter den gleichen Bedingungen dienen die von den Genossen des Kreises Niederrhein, Hanau, Hannover und Königsberg allmonatlich einmal herausgegebenen Blätter. Die Verbreitung der periodischen Blätter unter den Landarbeitern hat bei denselben so großen Anklang gefunden, daß bis auf zwei Verbreitungsgebiete, die der Unterstützung aus der Parteikasse bedürften, der Verlag der Blätter bezug. Die Genossen des Verbreitungsgebietes selbst in der Lage waren, die Kosten zu decken. Die regelmäßige Verbreitung der periodisch erscheinenden Blätter hat eine enge Fühlung und innigen

Verkehr der industriellen Arbeiter mit den Landarbeitern im Gefolge, den zu zerstören der ebenso dumm wie dreist betriebenen miederlich-reaktionären Agitation nicht gelungen ist und nicht gelingen wird. Für die Landarbeiter ist der Tag des Monatsbesuchs ihres städtischen Arbeitsbrüders ein Tag der Freude und des Genusses.

Während der Reichstags-Session wurden an die Fraktion und den Parteivorstand zahlreiche Entschlüsse, Abgeordnete als Referenten zu bestellen. Soweit es möglich war, ist den Wünschen der Genossen Rechnung getragen, doch mußte immer noch eine erhebliche Anzahl der Ansuchen auf gelegener Zeit verdrängt werden.

Um nun den weitgehenden Wünschen der Genossen entgegenzukommen, hat der Parteivorstand auch in diesem Jahre nach Schluß der Session eine Anzahl größerer Agitationstouren, auf das ganze Reich verteilt zur Ausführung gebracht. Die einzelnen Provinzial- und Landes-Agitationskomitees, denen die Einzelarbeit — Anmeldung und Bekanntmachung der Versammlungen — zufällt, bekauern nur, daß die Zeit, in der sich die Referenten der Agitation widmen können, zu kurz bemessen sei. Dabei ist unter 14 Tage keine Tour vorgesehen gewesen. Das stets rege Interesse für die Agitation ist das beste und untrügliche Kennzeichen der großen Kampfesstimmung, die die Genossen allezeit besetzt.

Wahlen. In dem Berichtsjahre haben in zwölf Wahlkreisen Neuwahlen stattgefunden, bei denen sich die Partei beteiligt. Es sind dies die Kreise Ostpreußen-Württemberg, Schleißthal-Erfurt, Barmersheim-Pfalz, Deggendorf-Bayern, Calbe-Achersleben-Prövung Sachsen, Bayreuth-Bayern, Aurich-Hannover, Offenburger-Walden, Nürnberg-Bayern, Mülhausen-Elsas, Waldenburg-Schlesien und Rortheim-Hannover.

Von den aufgeführten Kreisen wurde der fünfte württembergische Kreis Ehlingen-Kirchheim von der Partei in der Stichwahl erobert. Das Mandat gehörte zum Besitzstand der Volkspartei, die bei der Hauptwahl am 27. Oktober v. J. erst an dritter Stelle rangierte. Die Partei behauptete die beiden Mandate von Nürnberg und Waldenburg. Das erstere war durch den am 4. April erfolgten Tod des Genossen Dertel erledigt, das letztere war durch die Mandatsniederlegung des Genossen Sachse frei geworden. Die freiwillige Niederlegung erfolgte deshalb, weil die Ausrufung der Wahl wegen Verletzung des Wahlgesetzes durch den konservativen Wahlvorstand erfolgt wäre. Genosse Edelmann wurde in Nürnberg mit fast derselben Stimmzahl, die Genosse Dertel bei den Wahlen 1898 auf sich vereinigte, gewählt. Dieser Umstand verdient um deswillen als ein Zeichen guter Parteidisziplin hervorgehoben zu werden, als die Gegner gehofft hatten, die durch den Tod des Genossen Dertel notwendig gewordenen Auseinandersetzungen würden die so schnellst erhaltene Spaltung und gegenseitige Verlämpfung der Genossen herbeiführen.

Der Ausfall der Wahl im Kreise Waldenburg ist ein erfreuliches Zeichen der Erstarkung der Partei in Schlesien. Am 28. Juni wurde der Kreis zum erstenmal im ersten Wahlgang erobert mit einem Mehr von 86 Stimmen über die Stimmzahl, die Genosse Sachse 1898 bei der Stichwahl erhielt. Das will viel sagen, wenn man in Betracht zieht, daß seit dem letzten Ausstand, veranlaßt durch die immer schroffer zum Ausbruch gelangenden Herengestirne der Grubendirektoren, an 3000 Bergleute den Stab der Heimat von den Vantoffeln geschüttelt und sich anderweit ein gastlicheres Heim gesucht haben. Der Sieg des Genossen Sachse im ersten Wahlgang gewinnt umso mehr an Bedeutung, als das Centrum seinen Kandidaten aufstellte, sondern seine Wähler aufforderte, für den Grubendirektor Ritter zu stimmen. Aber weder das soziale Uebergewicht des Herrn Generaldirektors, noch die Beeinflussung durch die „schwarze Garde“ vermochte die braven Bergarbeiter in ihrer Klassenkenntnis wandeln zu machen.

Minder glücklich war die Partei in der Verteidigung der Mandate von Calbe-Achersleben und Mülhausen. In uns auch der Verlust der beiden Mandate nicht gleichgültig. So liegt doch kein Grund vor, diesbezüglich den Kopf hängen zu lassen. Der Wahlkreis Calbe-Achersleben gehörte und gehört keiner der beiden Parteien unbestritten. Weder der Ordnungsliniger, der sich zusammengefunden hat von den Freiwählern bis zu den Antisemiten, noch unsere Partei verfügt in dem Kreis über eine auskömmliche Mehrheit. Der Kreis ist am 28. Februar verloren gegangen unter dem Druck des wirtschaftlichen Uebergewichts des Agrarierturns, verbunden mit einer beispiellosen Einschüchterung der Wähler, denen vorgerebet wurde, jeder, der Albert Schmidt wähle, identifiziere sich mit dem Majestätsbeleidiger, was von den Indifferenten dahin aufgeföhrt wurde, jeder, der Schmidt wähle, mache sich der Majestätsbeleidigung schuldig. Bei dieser strapaziösen Agitationsweise der Gegner darf man es als einen guten Erfolg der erzieherischen Thätigkeit der Partei ansehen, wenn die am 28. Februar erreichte Stimmzahl nur um 371 Stimmen hinter der von 1898 zurückgeblieben ist. Die Organisation des Kreises ist eine gute. Die Leitung derselben ruht in Händen von tüchtigen, bewährten Genossen. Beides berechtigt zu der Hoffnung auf ein gutes Resultat in der Zukunft.

Der Ausgang der Wahlschlacht in Mülhausen ist von verschiedenen Seiten aus parteigenössigen Kreisen als eine schwere Niederlage der Partei bezeichnet worden. Der Nichteingeweihte konnte es nicht fassen, daß der Kreis, der 10 Jahre im Besitz der Partei sich befunden hatte, einen Stimmenrückgang von rund 6000 Stimmen aufwies. Die Eingeweihten wußten, daß es so kommen würde, wie es gekommen ist. Das hat die verantwortlichen Stellen — die Vertreter der organisierten Genossen des Wahlkreises Mülhausen, den Landesvorstand von Elsas-Vorkirchman und die Parteileitung —, Parteivorstand und die Kontrolleure, aber nicht abgehalten, einem der Partei unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Es stand fest, daß der Mülhäuser Wahlkreis unter der Führung Quets, dessen Thätigkeit nur in einer ab und zu gepflegten Parangulierung der indolenten Masse zur Förderung des dessen Protekturums bestand, wie eine Hochburg der Sozialdemokratie werden würde, für die er fälschlicherweise vielfach gehalten wurde. Die Sache stand so: Die Partei hatte zu wählen, entweder in Rücksicht auf das Mandat von der Person Quets abhängig zu sein, oder unter der Voraussetzung des etwaigen Verlustes des Mandats die Parteiverhältnisse des Kreises Mülhausen auf eine gesunde Basis zu stellen. Die verantwortlichen Stellen haben nicht einen Augenblick gezögert, die Entscheidung wie gefehben zu treffen. Die am 6. Juli für den „Schwab“ Emmel abgegebenen 7680 Stimmen dürfen nach Lage der Sache mit Zug und Recht als sozialdemokratische Stimmen bezeichnet werden. Bei planmäßiger agitatorischer und organisatorischer Arbeit der Genossen des Mülhäuser Kreises muß derselbe früher oder später zu dem festen Besitzstand der Sozialdemokratie anbreiten.

In den andern aufgeführten Kreisen, in denen die Partei engagiert war, wurde der Besitzstand der Stimmen von 1898 behauptet. Eine Ausnahme davon macht der Wahlkreis Offenburger-Kehl, in dem unsere Stimmen von 1899 im Jahre 1898 auf 906 Stimmen bei der Wahl am 6. Mai zurückgegangen sind. So etwas sollte in einem Kreise mit alter Parteibewegung nicht vorkommen.

Für erledigte Reichstagsmandate, bei denen die Partei beteiligt ist, stehen noch 2 Nachwahlen bevor. In Westhavelland und Wangleben. Der erstere Kreis wurde von der Partei am 6. November 1898 in der Stichwahl erobert, fiel aber bei den Wahlen 1898 den Konservativen zu, die sich einer derartig objektiven Wahlagitiation befleißigten, daß der Reichstag die Wahl des Herrn v. Köbell lastierte. Die Nachwahl ist zum 18. Oktober ausgeschrieben.

Mit stets steigendem Interesse und Erfolg wenden sich die Genossen der Beteiligung an den Landtagswahlen der Kleinstaaten zu. Bei einer Reihe von Nach- und Ergänzungswahlen erzielten die Genossen schöne Erfolge. Im Oktober brachten die Grazer Genossen den dritten Abgeordneten mit erheblicher Mehrheit durch. Ebenso hielt im Oktober Genosse Jug-Bant als erster sozialdemokratischer Abgeordneter seinen Eingang in den Oldenburger Landtag. Genosse Winter-Frankenhausen behauptete am 27. Oktober den Besitzstand der Partei im Landtag von Schwarzburg-Sondershausen. Anfangs November erhöhten die Wadenser Genossen durch die Er-

oberung von je einem Mandat in Pforzheim und Durlach die Stammsfraktion auf 7 Abgeordnete. Zu gleicher Zeit gelang es den heftigsten Genossen durch Behauptung des Besitzstands und Eroberung des Kreises Groß-Gerau-Land 5 Abgeordnete in den Landtag zu senden. Die Genossen in Neuch ältere Linie eroberten im Januar 1 Mandat und die Genossen des Weimarer Landes im März und Mai je ein Mandat, so daß der aus 24 Abgeordneten bestehende Weimarer Landtag 6 sozialdemokratische Abgeordnete aufzuweisen hat. Bei der am 22. Mai in Nürnberg vollzogenen Landtagswahl wurde Genosse Dr. Haller mit 101 Stimmen gegen 73 abgegebene weiße Zettel gewählt.

Ein kräftiger Vorstoß gelang den Bremer Genossen bei den Ende November gethätigten Würgerwahlwahlen. Im ersten Aufsturm gewannen die Genossen 9 Mandate und 2 in der Stichwahl. Ein Genosse, der nur eine Mehrheit von 4 Stimmen erzielt hatte und dessen Wahl beanstandet war, legte sein Mandat nieder. Der Genosse hatte die Genehmigung, bei der Nachwahl eine Mehrheit von 78 Stimmen zu erzielen.

Neu- bzw. Ergänzungswahlen für die Landtage stehen bevor in Sachsen, Weimar, Sachsen-Coburg-Gotha, Württemberg und Baden. In Coburg-Gotha setzen die Gegner alles in Bewegung, den stets wachsenden Einfluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu brechen. Dabei bieten die Freiwählern die Hand zur Anwendung der schäblichsten Mittel. Auf Grund einer recht zweifelhaften Wahlordnungsbestimmung, nach der die Wahlen auch öffentlich vorgenommen werden können, soll das bisher gethätigte geheime Stimmrecht gemindert werden.

Durch die Beteiligung der Genossen an den Kommunalwahlen und durch das Eindringen in die Gemeindevertretungen ist vielfach ein freischer Zug in die Gemeindevertretungen gekommen. Das Eindringen der Genossen in die Gemeindevertretungen war in dem Berichtsjahre in allen Gegenden des Reichs ein so umfangreiches, daß eine Einzelaufzählung der erzwungenen Erfolge nicht angängig ist. Allenfalls, in Württemberg, Baden, Hessen, Bayern, den mitteldeutschen Herzogtümern, Sachsen und Preußen hat die Zahl der Orte zugenommen, in denen Sozialdemokraten als Gemeindevertreter gewählt wurden. Auch in den Orten, in deren Gemeinde-Verwaltung bereits ein Stamm von Genossen thätig war, ist die Zahl der Vertreter erheblich gestiegen. So ist die sozialdemokratische Fraktion im Berliner Rathaus durch die leghährigen Wahlen auf 22 Mitglieder gestiegen. Im Brandenburger Stadtverordneten-Kollegium eroberten die Genossen 11 Sitze. Bemerkenswert waren die Erfolge der Genossen bei den Gemeindevahlen in Bayern und Baden. Vornehmlich waren es die Genossen der bairischen Pfalz, die glänzende Erfolge, wie z. B. in Ludwigshafen und Kaiserlautern, erzielten. Würdig dem erzwungenen Sieg bei der letzten Reichstags- und Landtagswahl eroberten die Genossen in Pforzheim die 8. Wählerklasse. In Pforzheim, einem Ort bei Karlsruhe, siegte die Partei auch in der 2. Klasse, so daß unter 48 Gemeindevertretern sich bereit 21 Genossen befinden. Nach heftigem Ringen ist es diesmal den Genossen in Kassel und Arnstadt zum erstenmal gelungen, je 2 Vertreter in die Stadtverwaltung zu wählen.

Mit der erhöhten Thätigkeit der Genossen in den kommunalen Verwaltungen machte sich alsbald auch das Bedürfnis nach einem kommunalen Programm geltend, damit Fehler einzelner vermieden würden und die Beschlässe der Genossen der Kritik unter Zugrundelegung des Parteiprogramms stand hielten. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg waren vor 2 Jahren in dieser Richtung bereits habudredend vorgegangen. Die Genossen in Sachsen und Württemberg sind in diesem Jahre gefolgt und haben auf ihren Landes- bzw. Gemeindevertreter-Konferenzen ausführliche Gemeindevahl-Programme aufgestellt, die auch den Genossen anderwärts zur Nachahmung empfohlen werden können. Redaktionelle Änderungen ergeben sich durch die Bedürfnisse der örtlichen Verhältnisse von selbst.

Allgemeines Aufsehen erregte es in den Parteikreisen, als am 24. Februar sich vier Genossen von den fünf sozialdemokratischen Gemeindevertretern in Elmshorn bereit fanden, Gemeindegeld für den Empfang des Oberpräsidenten v. Köller zu bewilligen. Der Name dieses Manns hätte die Genossen von der Begehung der Dummheit abhalten müssen.

Den 2. Satz der Ziffer 9 unseres Programms, unentgeltliche Totenbestattung, hat die Stadtverordneten-Versammlung in Höchst a. M. zum Beschluß erhoben. Die Offenbacher Gemeindevertretung, in der unsere Genossen den Ton angeben, hat für den nächstjährigen Etat Posten sowohl für die unentgeltliche Totenbestattung, wie auch für die unentgeltliche Geburtshilfe vorgegeben. Die Ablehnung der von dem Verband der Daugeverlewermeister Berlins bei der Nebernahme städtischer Arbeiten verlangten Bewilligung der sogenannten „Streik-Klausel“ durch den Magistrat ist ebenfalls auf das Konto der ebenso schärfen wie zutreffenden sozialdemokratischen Kritik zu setzen, die der unerschämten Forderung des Verbands im Stadtverordneten-Kollegium widerfuhr. Der Erfolg der sozialdemokratischen Kritik ist um so durchschlagender, als der Magistrat, den sozialdemokratischen Anregungen folgend, den Daugeverlewermeistern im Falle ihrer Reuizung androhte, die städtischen Arbeiten in eigener Regie auszuführen zu lassen.

Vor 10 Jahren, am 29. Juli, trat das Gewerbegerichts-Gesetz in Kraft. Von dem ihm noch anhaftenden Mängeln ist in dem ganzen Zeitraum nicht ein einziger derselben beseitigt. Das hat die klassenbewußte Arbeiterschaft aber nicht abgehalten, das Gesetz in der bestehenden Form so gut wie möglich auszunützen. Nur dem fortwährenden Drängen der Arbeiter ist die Ausbreitung der Gewerbegerichte zu danken, der sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch vielfach die Gemeindebehörden widersetzen und noch widersetzen. Gegenwärtig bestehen in Preußen über 300 Gewerbegerichte. Bei allen in dem Berichtsjahre vorgekommenen Wahlen haben die organisierten Arbeiter ihren Besitzstand behauptet. In Höchst a. M. eroberten die Genossen auch die Klasse der Arbeitgeber; in Halle brachten es die Genossen in der Klasse der Arbeitgeber auf 206 Stimmen gegenüber 441 Stimmen der Arbeitgeberseite.

Die Arbeiter als Demonstration für die Klassenforderungen des Proletariats, die internationale Solidarität und den Völkerrfrieden, nahm auch in diesem Jahre einen großartigen Verlauf. Die Auffassung, daß die würdevollste Form der Demonstration die allgemeine Arbeiterruhe ist, ist diesmal stärker wie vorher zum Ausdruck gelangt. In den am Vormittag des 1. Mai veranstalteten Versammlungen und Ausflügen war die Beteiligung eine starke, namentlich in den großen Partei-Orten. Diese Thatsache wurde selbst von der lägerlichen Presse, wenn auch mit den üblichen Verlegenheitsphrasen, anerkannt. In einzelnen Orten, wie z. B. in Gerdburg, Pöbel, Gera, Halle und andern Orten, wurden die Maurer, Zimmerer, Maschinenbauer und Holzarbeiter ausgesperrt. Doch kam es diesbezüglich, außer in Pöbel, nicht zu größeren Differenzen. Die Aussperrten wurden untergebracht, weshalb sich die Unternehmer beileiden, ihre Werkstätten zu öffnen, um nicht den Stamm ihrer geschulten Leute zu verlieren. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß in diesem Jahre die Zahl der Unternehmer eine erhebliche war, die anerkannten, daß die Arbeiter, die das Opfer eines Arbeitstags für ihre Ideale bringen, nicht die schlechtesten sind, und deshalb den Wünschen ihrer Arbeiter auf Freigabe des 1. Mai bereitwillig entgegenkamen.

Leider war es den meisten Genossen der Reichstags-Fraktion verlag, sich in ihren Wahlkreisen an der Maidemonstration zu beteiligen. Auf der Tagesordnung standen Wahlprüfungen, die uns nötigten, im Reichstag zur Stelle zu sein. Unter andrem standen nämlich die Wahlen in Westhavelland, Kiel und Berlin V zur Entscheidung. Da wir in allen drei Wahlkreisen gleich engagiert sind, durften wir die Entscheidung unter keinen Umständen dem Spiel des Zufalls überlassen. Das gleiche galt von der Wahl in dem hannoverschen Wahlkreis Einbeck-Okerode und der des Freiebert v. Stamm, wenn die Partei dabei auch nicht in dem Maße intereffiert ist, wie bei den drei zuerst genannten.

Die Parteipresse. Eine Anzahl Blätter unserer Parteipresse feierten im Berichtsjahr das Fest ihres 10-jährigen Bestehens. Wir nennen unter anderem die „Völsfelder Volkswacht“, die „Eiberfelder Freie Presse“, die „Frankfurter Volksstimme“, die „Halberstädter Arbeiterzeitung“, das „Haller Volksblatt“, die „Magdeburger und die „Mannheimer Volksstimme“, sowie die „Niederrheinische Tribüne“. Die Blätter feierten ihren Geburtstag durch Veranstaltung von Jubiläumsgeschenken, denen, wie in Magdeburg, noch eine Gedenkfeier beigefügt war, eine Musterleistung in redaktioneller und technischer Hinsicht.

Unser Halberstädter Parteiorgan erschien bis zum 1. April 1898 als Wochenblatt. Von da ab dreimal wöchentlich. Trotzdem weist das Strafregister des Blattes in den 10 Jahren seines Bestehens 23 Monate und 14 Tage Gefängnis und 5530 M. Geldstrafe auf. Dazu kommen an Gerichts-, Verteidigungs- und Entschädigungskosten 6142 M. Aber alle Strafen und gebrochene Opfer haben nur dazu beigetragen, die Spinnkraft und Ausdauer der Genossen zu stärken.

In Magdeburg erfuhr sich die Partei stets der besonderen Aufmerksamkeit der Polizei und des Staatsanwalts. Dementsprechend ist das Strafkonto der Redactoren und der im Verlag beschäftigten Genossen. Die korrespondierenden Ziffern wie bei unserem Halberstädter Organ sind folgende: 12 Jahre, 1 Monat, 13 Tage Gefängnis und 7098 M. Geldstrafe. Für Verteidigungs-, Gerichts-, Kosten zc. wurden 33840 M. verausgabt. Waren die Opfer auch schwere, die Genossen haben sie freudig gebracht.

Der Stand der politischen Parteipresse hat sich im Berichtsjahr um zwei vermehrt: die in Augsburg wöchentlich zweimal erscheinende „Augsburger Volkszeitung“ und die als Monatsblatt in Berlin für die Provinz Brandenburg erscheinende „Fadel“.

Aus privatem Besitz sind zwei Partei-Organen in Parteiverlag übergegangen: die „Frankische Tagespost“ und die „Freie Presse“ in Eberfeld. Letztere war nur möglich durch Beihilfe der Gesamtpartei. Ebenfalls unter Beihilfe der Gesamtpartei sind die drei bis dahin dreimal wöchentlich erscheinenden Blätter „Sächsisches Volksblatt“ in Juidau, „Neuhäuser Volkszeitung“ in Greiz und „Vergische Arbeiterstimme“ in Solingen seit dem 1. Juli ds. J. in Tagesblätter umgewandelt. Unstreitig ist die Konsolidierung und das Wachstum der Parteipresse der beste Gradmesser für die Stärke, Bedeutung und den Einfluß der Partei. Deshalb ist es die Pflicht der Gesamtpartei, den Genossen da Beihilfe zu leisten, wo die Bedingungen einer gesunden Entwicklung der Presse gegeben sind und die Genossen aus eigener Kraft die erforderlichen Mittel aufzubringen nicht imstande sind. So sehr nun auch der Parteivorstand bestrebt ist, allen Ansprüchen der Genossen gerecht zu werden, mußte in zwei Fällen der beabsichtigte Uebergang von dem dreimaligen Erscheinen der Blätter zu einem Tagesblatt um einige Zeit zurückgestellt werden, womit sich die Genossen nach vorausgegangener Verständigung einverstanden erklärten.

Bei unserem Hamburger Organ ist am 1. Juli eine Verbilligung von 60 Pf. pro Vierteljahr eingetreten. Gleichzeitig ist an demselben Termin die Privatkolportage des Blattes beseitigt und die Verbreitung in eine Verwallung der Genossen genommen worden. Skeptiker glaubten von der letzteren Änderung einen wesentlichen Abgang des Abonnentenstandes erwarten zu müssen. Das Gegenteil ist eingetreten. Eine unter dem günstigsten Einfluß der Herabsetzung des Abonnementspreises von den Genossen betriebene Agitation brachte eine Steigerung des Abonnentenstandes von 7000. Der Abonnentenstand des „Echo“ betrug vor dem 1. Juli 26 000 und heute 33 000. Die Arbeiten an dem Erweiterungsbau des Hamburger Geschäfts werden rüstig gefördert.

Bei der Übernahme des Verlags der „Frankischen Tagespost“ waren die Rührberger Genossen gezwungen, auch die Druckerei zu übernehmen. Dagegen ist die Errichtung der Druckerei in Frankfurt a. M. aus der Initiative der Frankfurter Genossen entstanden. Die „Volksstimme“ wird seit dem 1. Januar in der eigenen Druckerei hergestellt. Des weiteren suchen die Münchener Genossen jetzt ernstlich den lange gehegten Plan der Errichtung einer eignen Druckerei zu verwirklichen. — Auch in Berlin sind dahingehende Schritte eingeleitet.

In der Erscheinungsweise unserer wissenschaftlichen Zeitschrift „Neue Zeit“ sowie desgleichen der Unterhaltungsblätter „Neue Welt“ und „Freie Stunden“ ist eine Änderung nicht eingetreten. Ebenso unverändert erscheinen die beiden Wochenschriften „Wohler Jakob“ und „Süddeutscher Postillon“. Der „Arbeiternotiz“ und der „Neue Weltkalender“ erfreuen sich einer großen Beliebtheit. Die hohen Auflagen finden glatten Abzug.

Der zur Ausgabe gelangte „Neue Weltkalender“ für das Jahr 1901 ist eine Jubiläumsausgabe. 1876 erschien zuerst auf Grund eines Beschlusses des Parteivorstands und der Kontrolleure der „Arme Konrad“ als offizieller Parteikalender. 1879 sozialistengesetzlich verboten, folgte ihm der „Omnibus“, diesen löste der von 1883 an in Stuttgart erscheinende „Neue Weltkalender“ ab. Ein geschmackvoll hergestelltes Bild der jüngsten Ausgabe veranschaulicht den Entwicklungsgang des Parteikalenders während der 25 Jahre.

Eine sehr hohe Bedeutung für die Partei haben die Heften 1 bis 2 Vogen starken Agitationskalender erlangt. Die Verbreitung derselben hat sich außerordentlich wirksam erwiesen, die Parteigrundlage in leicht fasslicher Form unter der Landbevölkerung zu verbreiten. Fast alle Landes- und Provinzial-Agitationskomitees veranstalten Auflagen dieser Kalender, die in Neudenburg, Brandenburg und Ostpreußen bis über 200 000 Exemplare erreichen. Auch doch selbst der „Verein zur Verbreitung Christlicher Zeitschriften“ anerkennt, daß der Verschleiß seiner Kalender gegenüber der Zahl der verbreiteten sozialdemokratischen Kalender „sein großer Erfolg“ war.

Durch die auf dem Parteitag in Hannover beschlossene Änderung des Organisationsstatus steht die Kontrolle über die Haltung und Verwaltung des Zentralorgans gleichermäßen dem Parteivorstand und der durch die Berliner Genossen gewählten Preis-Kommission zu. In zahlreichen gemeinschaftlichen Sitzungen fanden die Geschäfte ihre Erledigung.

Die Stelle des verantwortlichen Redacteurs, die der verstorbene Genosse Jacoby bekleidete, wurde dem Genossen Paul Joha übertragen. Derselbe war zuletzt leitender Redacteur des Kasseler Parteiorgans. Ferner traten in die Redaktion ein: in den politischen Teil Genosse Ströbel am 1. April, und Genosse Lessen am 15. Mai für den feilschtonistischen Teil, mit dem auch die Redaktion der „Neuen Welt“ verbunden ist.

In die Expedition ist an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen Genossen Herzfeldt der Genosse Fritz Zubeil eingetreten.

Der finanzielle Stand des Blatts hat sich fast auf der vorjährigen Höhe gehalten. Der Jahresüberschuss beträgt 58 710,05 M. gegen 64 677 M. des Vorjahres. Wenn man in Betracht zieht, daß die diesjährigen Ausgaben gegen die im Vorjahr um 3350,90 M. höher waren, so ergibt sich, daß das Minus des Reingewinns nur 1416,05 M. beträgt. Die Auflage hält sich andauernd auf 52 000 Exemplare.

Die genaue Spezifikation der Einnahmen und Ausgaben folgt nachstehend:

| 1899/1900. | | | | | |
|---|--------------------|----------------------|------------------|-----------------|-----------|
| | Juli-Septemb. 1899 | Oktober-Dezemb. 1899 | Januar-März 1900 | April-Juni 1900 | Summe |
| A. Eingänge: | | | | | |
| Abonnementsgelder durch die Expedition | 110485 65 | 108895 85 | 108963 85 | 106627 15 | 433772 50 |
| Abonnementsgelder durch die Post | 8111 — | 8899 45 | 8803 50 | 8442 75 | 34256 70 |
| Interaten-Einnahme | 34008 95 | 42077 85 | 35630 05 | 48244 70 | 159961 55 |
| Honorar aus dem Verkauferverkauf durch die Expedition | | 664 30 | | | 664 30 |
| Gesamt-Einnahme M. | 152905 60 | 160337 45 | 153397 40 | 162314 60 | 628655 05 |

| | Juli-Septemb. 1899 | Oktober-Dezemb. 1899 | Januar-März 1900 | April-Juni 1900 | Summe |
|--|--------------------|----------------------|------------------|-----------------|-----------|
| B. Ausgänge: | | | | | |
| Diverse Aufwände: | | | | | |
| Porto f. Kreuzbänder, Gebühren für Uebersetzungen, Porto und Depeschen d. Redaktion, Leipzig, Steuern, Beleuchtung, Laufburschen der Redaktion, Schreibmaterialien, Geschäftsbuch, Formulare, Agitation zc.) | 4930 65 | 6825 60 | 5483 90 | 8210 65 | 25251 10 |
| Zeitungs-Abonnement | 328 85 | 369 10 | 350 10 | 426 — | 1474 05 |
| Rezeption | 1786 40 | 3115 — | 2828 90 | 2798 30 | 10523 60 |
| Redaktion und angefallene Mitarbeiter | 14295 65 | 13629 75 | | | |
| Berichtshatter-Honorar | 10799 45 | 11323 35 | | | |
| Redactoren | | | 12944 30 | 13646 35 | 26590 65 |
| Mitarbeiter: Politik | | | 6070 05 | 5422 85 | 11492 90 |
| Berichtshatter | | | 1725 45 | 1118 10 | 2843 55 |
| Postals | | | 3080 55 | 3278 70 | 6359 25 |
| Depeschen u. Parlamentsberichte | 535 20 | 1227 50 | 1630 50 | 1345 90 | 4739 50 |
| Neue Welt | 7800 40 | 8396 60 | 7053 50 | 6063 30 | 31313 80 |
| Gebühren der Expedition | 3324 — | 3600 — | 3430 — | 3450 — | 13794 — |
| Miete | 1247 50 | 1247 50 | 1247 50 | 1247 50 | 4990 — |
| Geschäftslohn | 910 70 | 231 30 | 111 — | 478 10 | 1731 10 |
| Redaktionsbibliothek | 257 40 | 518 00 | 220 50 | 330 85 | 1327 35 |
| Druckrechnung | 91273 10 | 101866 70 | 91059 05 | 93268 10 | 377466 95 |
| Gesamt-Ausgabe M. | 137489 60 | 152151 — | 137225 30 | 143079 10 | 609945 — |
| Gewinn | 15116 — | 8186 45 | 16172 10 | 19235 50 | 58710 05 |
| wie oben unter A. M. | 152905 60 | 160337 45 | 153397 40 | 162314 60 | 628655 05 |

Der Gesamtüberschuss beträgt 58 710,05 M. Berlin, den 7. August 1900.

Revidiert und für richtig befunden: G. Weiser, Ehrhart, Theodor Meyner, S. Roenen, Fr. Brähne, Aug. Raden, Clara Zetkin.

Aus dem Geschäftsbericht der Buchhandlung Vorwärts für das Jahr 1899/1900 ersehen wir, daß Gang und Stand des Geschäfts wie in den Vorjahren als zufriedenstellend bezeichnet werden können. Der Warenumsatz hat sich gegen das Vorjahr um mehr als 7000 M. erhöht und damit die höchste bisher erreichte Ziffer übertroffen — nur das Wahljahr 97/98 hatte einen um 3000 M. höheren Umsatz zu verzeichnen. In dieser von Jahr zu Jahr steigenden Höhe des Warenumsatzes finden wir — mehr noch als in den regelmäßig erzielten Ueberschüssen, aus denen im laufenden Geschäftsjahre übermala 14 000 M. zu Agitationszwecken der Parteikasse zur Verfügung gestellt werden konnten — die Bestätigung dafür, daß die Buchhandlung immer mehr ihrer Hauptaufgabe gerecht zu werden vermag: der Agitation in Gestalt aufläuternder und anfeuernder Agitationschriften Massen zu liefern für Werbung neuer und zur Weiterbildung der gewonnenen Genossen.

In verflorenen Jahre suchte die Buchhandlung ihr Tätigkeitsgebiet zu erweitern, indem sie mit der Herausgabe von Kunstblättern in Kupfer- und Radierung den Versuch unternahm, den künstlerischen Geschmack in den Massen zu wecken und zu läutern. Die dabei bis jetzt gemachten Erfahrungen zeigen, daß da ein harter und stehiger Boden zu beackern ist und daß nur langsam dem mangelhaften Geschmack in schreienden Farben und plumper Darstellung entgegenzuwirken, nur langsam dem unangebildeten Sinn für einfache künstlerische Schönheit in Zeichnung, Licht- und Schatteneffekt nachgeholfen werden kann.

Die „Freien Stunden“ dringen über den festgewonnenen Stamm von Abonnenten in den Parteikreisen nur schwer hinaus;

innerhalb der Partei scheint das Lebensbedürfnis auf dem Gebiete der Unterhaltungsliteratur durch die Sonntagbeilage und das Feuilleton der Tagespresse, das ja, entsprechend der Entwicklung unserer Presse, von Tag zu Tag reichhaltiger und besser gestaltet wird, gestillt zu werden und in die uns noch fernstehenden Kreise der indifferenten Arbeitermassen bringt der zur Verbreitung unserer Literatur funktionierende Kolportage-Apparat nur schwer hinein. Ueber die Gründe zur Erklärung dieser Thatsache haben wir uns in früheren Berichten schon wiederholt ausgesprochen, doch erscheint dieses Gebiet so wichtig, daß die Versuche zur Gewinnung dieser uns noch fernstehenden Massen auch auf diesem Wege fortgesetzt werden sollen, wobei die Buchhandlung auf die Unterstützung der Parteipresse angewiesen ist.

An neuen Agitationschriften sind im Laufe des Jahres neben der bereits im letzten Bericht erwähnten „Anhebung der Arbeiterklasse durch das Junterparlament“ herausgegeben worden: Eisner: „Eine Junter-Revolution“ in 2000 Exemplaren, Liebknecht: „Kein Kompromiß, kein Wahlbündnis“ (25 000 Exemplare), Mehring: „Welttrach und Weltpolitik“ (19 000 Exemplare), Schippel: „Der Centralverband der Scharfmacher“ (10 000 Exempl.), „Protokoll des Parteitag in Hannover“ (34 500 Exemplare), ein „Führer durch das Invalidengesetz“ (17 000 Exemplare) und eine neue Bearbeitung des kleinen „Handbuchs für Versammlungsführer“ (3000 Exempl.). Der „Arbeiter-Notiz-Kalender“ für 1900 wurde in 25 000, die „Moi-Zeitung“ in 250 000 und das „18. Jahrhundert“ in 122 000 Exemplaren verbreitet.

Neu-Auflagen früherer Publikationen sind nach Bedarf veranstaltet worden, z. B. Calwer: „Die Kirche im Dienste des Unternehmers“ in 20 000 Auflagen, „Juchhausvorlage vor dem Reichstage“ (3500 Exemplare), „Grundzüge und Forderungen der Socialdemokratie“ (5000 Exemplare), „Ziele der Socialdemokratie“ (5000 Exemplare), Programm (10 000 Exemplare), Flugblätter usw.

Kassenbericht. Der Kassenbericht umfaßt diesmal, infolge des früheren Stattfindens des Parteitag, nur einen Zeitraum von 11 Monaten.

Während der vorjährige Kassenabluß als ein durchweg guter bezeichnet werden konnte, ist der diesjährige unglücklich ausgefallen. Die Einnahmen sind gegen das Vorjahr zurückgegangen, die Ausgaben gestiegen. Das Deficit, das aus der Reserve gedeckt werden mußte, beträgt 33 345,90 M.

Der Abgang in den Einnahmen ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einmal sind in mehreren Partei-Orten die Vergrößerung der Druckerei-Einrichtungen so beträchtliche Aufwendungen gemacht worden, daß an die Centralkasse entweder gar keine oder nur geringe Beiträge abgeliefert werden konnten. In dieser Beziehung sei nur auf den fehlenden Beitrag des Hamburger Geschäfts hingewiesen.

Weiter haben auch die Sammlungen für die vom Unternehmertum hart bedrängten dänischen und böhmischen Arbeiter unglücklich auf die Ausbringung der Parteibeiträge zurückgewirkt und endlich haben zahlreiche Parteiorde, obgleich sie über verhältnismäßig hohe Beiträge verfügen, es doch unterlassen, der Centralkasse entsprechende Zuwendungen zu machen.

Die Zunahme in den Ausgaben, die gegen das Vorjahr in runder Summe 43 6000 M. beträgt, ist durch größere Ausgaben für allgemeine Agitation (18 000 M.) und für Darlehen (35 000 M.) entstanden.

Die Darlehen sind in den weitaus meisten Fällen gegeben worden zum Ausbau der Parteipresse, bezw. der in Parteibeitrag befindlichen Druckerei-Einrichtungen. So groß der in dieser Richtung veronsgabte Beitrag auch ist, mußten doch noch viele weitere Forderungen abgewiesen werden. Hoffentlich tragen diese für die Parteipresse gebrauchten Opfer auch in materieller Beziehung bald gute Früchte, so daß die Kassenabläufe der nächsten Jahre wieder ein erfruchtliches Bild bieten.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie nachstehende Tabellen zeigen:

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse vom 1. September 1899 bis 31. Juli 1900.

| Im Monat: | Insgesamt | Von den gesammten Einnahmen entfielen auf: | | | | | | | | | |
|-----------|-----------|--|--------|-----------------|----------|---------|----------|----------------------------|-----|----------|-----|
| | | Allgemeine Einnahmen | | Darlehens-Konto | | Stufen | | Ueberschuss des „Vorwärts“ | | Zwecke | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1899 | | | | | | | | | | | |
| September | 14168 43 | 13259 43 | 500 — | 250 — | — | — | — | — | — | 114 — | — |
| Oktober | 21355 49 | 6206 51 | — | — | — | — | 15116 — | — | — | 82 98 | — |
| November | 12451 56 | 12351 56 | — | — | — | — | — | — | — | 100 — | — |
| Dezember | 9593 59 | 9086 54 | 250 — | 150 — | — | — | — | — | — | 107 05 | — |
| 1900 | | | | | | | | | | | |
| Januar | 21102 06 | 6365 76 | — | — | 6479 75 | 8186 45 | — | — | — | 70 10 | — |
| Februar | 18159 82 | 12736 97 | — | — | 262 85 | — | — | — | — | 160 — | — |
| März | 31606 89 | 16105 79 | — | — | — | — | — | — | — | 15501 10 | — |
| April | 26782 05 | 11749 95 | 500 — | 360 — | — | — | 16172 10 | — | — | — | — |
| Mai | 38901 61 | 34767 61 | 8500 — | 80 — | — | — | — | — | — | 4 — | — |
| Juni | 14751 30 | 14699 80 | — | — | — | — | — | — | — | 51 50 | — |
| Juli | 44315 01 | 15261 26 | 8500 — | 6068 25 | 19235 50 | — | — | — | — | 250 — | — |
| | 249582 31 | 152681 18 | 8250 — | 18600 85 | 58710 05 | — | — | — | — | 16890 73 | — |

249 582,31 M.
Dazu Bestand vom 31. August 1899 8 434,70 „
Der Reserve entnommen 33 345,90 „
291 662,91 M.

| Im Monat: | Insgesamt | Von den gesammten Ausgaben entfielen auf: | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|-----------|-----------|---|---------|-------------------------------|---------|----------------------|----------|----------------|----------|------------------|--------|----------------------------------|-----|-----------------|-----|-----------------------|-----|--------|-----|
| | | Unterstützungen | | Prozess- und Gefängnis-Kosten | | Allgemeine Agitation | | Wahl-Agitation | | Rechts-Ansprüche | | Gehälter und Verwaltungsausgaben | | Darlehens-Konto | | Preis-Unterstützungen | | Zwecke | |
| | | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. | M. | Pf. |
| 1899 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| September | 29072 75 | 2318 — | 624 80 | 5276 45 | — | — | 82 30 | 1901 — | 19661 85 | 4190 — | — | 74 05 | — | — | — | — | — | — | — |
| Oktober | 28375 64 | 868 40 | 88 44 | 5942 80 | 2000 — | — | — | 1108 10 | 12000 — | 2270 — | — | 102 80 | — | — | — | — | — | — | — |
| November | 22051 05 | 620 — | 1370 — | 3828 — | 618 50 | 3800 — | — | 776 84 | 9334 48 | 2190 — | — | 518 76 | — | — | — | — | — | — | — |
| Dezember | 18083 95 | 931 — | 278 20 | 6980 60 | — | — | 8000 — | 1689 70 | — | — | — | 54 45 | — | — | — | — | — | — | — |
| 1900 | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Januar | 23488 75 | 1413 — | 450 — | 5444 80 | 700 — | 5000 — | — | 1828 05 | 8000 — | 1070 — | — | 52 90 | — | — | — | — | — | — | — |
| Februar | 25066 75 | 11988 — | 323 45 | 6292 15 | 553 50 | 2500 — | — | 1089 75 | 402 40 | 2570 — | — | 12 50 | — | — | — | — | — | — | — |
| März | 52885 15 | 1723 — | 556 50 | 4004 35 | 800 — | 6000 — | — | 1324 55 | 15000 — | 23169 60 | 307 15 | — | — | — | — | — | — | — | — |
| April | 10896 87 | 963 — | 1161 30 | 4402 30 | — | — | — | 1000 — | 1245 42 | — | — | 154 35 | — | — | — | — | — | — | — |
| Mai | 35045 15 | 851 10 | 1045 75 | 4198 05 | 1800 — | 5500 — | — | 1191 80 | 17000 — | 8270 — | — | 248 45 | — | — | — | — | — | — | — |
| Juni | 24180 46 | 1040 50 | 801 — | 5188 75 | 1464 10 | 3678 — | — | 1321 06 | 11000 — | 2170 — | — | 22 05 | — | — | — | — | — | — | — |
| Juli | 19704 45 | 1714 55 | 78 — | 5528 60 | 2512 60 | — | — | 1072 30 | 7388 75 | 1410 — | — | 29 65 | — | — | — | — | — | — | — |
| | 286800 47 | 28220 55 | 6257 24 | 58471 85 | 9948 70 | 30010 80 | 13983 07 | 93756 95 | 49679 60 | 1572 21 | — | — | — | — | — | — | — | — | — |

286 800,47 M.
Kassenbestand am 31. Juli 1900 4 562,44 M.
291 362,91 M.

Berlin, den 8. August 1900.

Revidiert und für richtig befunden:
Clara Zetkin, S. Roenen, Fr. Brähne, Fr. Jos. Ehrhart, Aug. Raden, Theodor Meyner, G. Weiser.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) Unterfertigungen wurden wie üblich nur an solche Personen gezahlt, die infolge ihrer Parteithätigkeit gemahregelt oder sonst geschädigt wurden. Die für diese Zwecke verausgabte Summe hält sich auf gleicher Höhe mit der vorjährigen.

2) Die Ausgaben für Prozeß- und Gefängniskosten haben sich gegen das Vorjahr zwar verringert, sind aber immer noch höher als in den vorhergehenden drei Berichtsjahren.

3) Die vielen Schwierigkeiten, welche der Propaganda sozialistischer Ideen in vielen Landesteilen bereitet werden, haben zu beträchtlichen Mehrausgaben für allgemeine Agitation geführt.

C. Ausgaben für die Parteipresse,

im einzelnen nachgewiesen.

| | | |
|-----------------------------|----|--------------|
| „Aachener Volksblatt“ | M. | 400,— |
| „Dochumer Volksblatt“ | „ | 8000,— |
| „Fränkische Volksblätter“ | „ | 2800,— |
| „Königsberger Volksblätter“ | „ | 3700,— |
| „Mainzer Volkszeitung“ | „ | 1500,— |
| „Neue Welt“ | „ | 15 499,60 |
| „Saalfelder Blätter“ | „ | 188,— |
| „Straßburger Freie Presse“ | „ | 11 900,— |
| „Thüringer Tribune“ | „ | 1400,— |
| „Wolgastische Volkszeitung“ | „ | 1000,— |
| „Volksfreund“ (Karlsruhe) | „ | 2000,— |
| | | M. 49 579,60 |

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Mit den Dochumer Genossen sind Vereinbarungen getroffen worden, durch welche der fernere Zuschuß für das „Volksblatt“ auf eine wesentlich niedrigere Summe herabgemindert wird.

2) Unter diesen Beträge befindet sich ein Posten von 1000 M., welcher noch für das frühere in Würzburg erscheinende Blatt gezahlt werden mußte.

3) Die Aufstellung von Rotationsmaschinen behufs billigerer Herstellung der „Neuen Welt“ konnte leider nicht so schnell, wie es allseitig gewünscht wurde, bewerkstelligt werden, da im Hamburger Geschäft erst umfangreiche bauliche Änderungen vorgenommen werden mußten.

4) Das reichslandische Organ hat auch im Berichtsjahr wieder einen großen Zuschuß erfordert. Auf eine baldige Besserung ist leider nicht zu hoffen.

Das Strafregister steht hinter dem vorjährigen in Bezug auf die Höhe der erkannten Freiheitsstrafen nur wenig zurück, obgleich das Berichtsjahr diesmal sich nur auf einen Zeitraum von 11 Monaten erstreckt und das Vorjahr die höchste Ziffer der erkannten Freiheitsstrafen aufweist.

Zwei Genossen wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt. Bei dem im Dezember in Stendal zur Aburteilung gekommenen Fall gelang der Genosse die Gewinnlosigkeit, um eine Verurteilung wegen Streikvergehens zu hintertreiben, einen Zeugen zu einer unwahren Aussage zu verleiten. In dem andern am 17. März in Güstrow abgetheilten Fall ist der Genosse Holst-Bismar unfer festem Ueberzeugungs nach unschuldig verurteilt worden, einen Meineid geleistet zu haben. Der Anklage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Am 8. August 1899 hatte ein Lanzweingärtner der Gewerkschaft der Maurer in dem Roberischen Lokal „Zur Hausa“ in Bismar stattgefunden. Zwei Polizeibeamte, Krämer und Schütz, welche zur Beobachtung des Lokals abgeordnet waren, sollen durch Zorn der Tischler Wollenberg und Steinbrügger verhöhnt worden sein. Der Angeklagte Holst beschwor vor dem Bismarer Schöffengericht, daß er nur die Zusage Steinbrüggers gehört habe. Auf Grund dieser Aussage lautete das Urteil gegen Steinbrügger auf 20 M. Geldstrafe und gegen Wollenberg auf Freispruch. Gegen das Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein. Die Strafkammer verurteilte beide Tischler zu je einer Woche Gefängnis und verhängte über den Angeklagten Holst die Unteruchungshaft wegen Meineids. In der Verhandlung am 17. März erklärte Genosse Holst folgendes: Am fraglichen Tage (8. August 1899) habe er sich in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bürgerausschusses davon überzeugen wollen, ob die obervertretenden Polizeibeamten wieder Zivilkleidung trügen, trotzdem ihnen Uniformen bewilligt worden seien. Die Genossen seien durch die Anwesenheit der Polizei erregt gewesen, und um dieselben vor Mißbilligkeiten zu bewahren, habe er sie gebeten, ruhig nach Hause zu gehen. In diesem Wirtshaus habe er nur, wie bereits beschworen, die Zusage Steinbrüggers und keine andere gehört. Für den Genossen Holst lag kein Grund vor, den Genossen Wollenberg nicht zu belästigen, um wenigstens der, der ihm von dem Staatsanwalt unterstellt wurde und der dahin ging, Holst habe aus schuldigstem Parteinteresse gehandelt und den Genossen auf Kosten der Polizei vor Gericht herausgelogen. Hätte der Genosse Holst nach der staatsanwaltschaftlichen Auffassung handeln wollen, dann hätte er den Genossen Steinbrügger, der Vertrauensmann der Partei ist, entlasten müssen. Als wahrheitsliebender Mensch hat das Genosse Holst nicht gethan. Die Genossen werden nichts unterjucht lassen, das Wiederanbahnungsverfahren zu betreiben.

Wir schließen dies Kapitel der Opfer, die der Klassenkampf erfordert, mit dem nach Monaten geordneten Strafregister. Erkant wurden im:

| Monat | Zuchthausstrafen | | Gefängnisstrafen | | | Geldstrafe |
|-----------|------------------|--------|------------------|--------|--------|------------|
| | Jahre | Monate | Jahre | Monate | Wochen | |
| September | — | — | 20 | 4 | 12 | 4 |
| Oktober | — | — | 11 | — | 11 | — |
| November | — | — | 14 | 4 | 7 | 2 |
| Dezember | 8 | 8 | 3 | 1 | 9 | 3 |
| Januar | — | — | 5 | 9 | 3 | — |
| Februar | — | — | 1 | — | 1 | — |
| März | 3 | — | 1 | 7 | 4 | 4 |
| April | — | — | 1 | 7 | 6 | — |
| Mai | — | — | 1 | 4 | 2 | — |
| Juni | — | — | 1 | 2 | 6 | 4 |
| Juli | — | — | 2 | 2 | 4 | — |
| Zusammen | 6 | 8 | 64 | 7 | 8 | 2 |

Verfassungen.

Die Lohnbewegung der Militärsattler war am Mittwoch Gegenstand der Verhandlungen einer sehr stark besuchten Versammlung in den Arminshallen. Vor Beginn der Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem Andenken Wilhelm Liebknechts einen ehrenvollen Nachruf, während dessen sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Sassenbach berichtete namens der Agitationskommission über das Verhalten der Fabrikanten, von denen nur vier es für notwendig erachteten, auf die Forderungen der Arbeiter eine Antwort zu erteilen; die Inhaber der Firmen Loh Söhne, Wunderlich Nachfolger und Klud u. Cie. hatten schriftlich ablehnende Antwort erteilt. Vom Gewerbegerichts-Vorsitzenden Herrn v. Schulz ist ein Schreiben eingelaufen, in welchem er den Vorschlag macht, den Lohnsatz der Militärsattler vor dem Einigungsamt zu verhandeln. Dem gleichzeitigen Eruchen des Herrn v. Schulz, am Mittwoch, 8. August, zu einer Vorbereitungsversammlung, glaubten die Vertrauensleute und die Agitationskommission nachkommen zu sollen und sie beauftragten Wagner, Weidenbrück, Kunze und Sassenbach damit. In der Versprechung über den Lohnsatz gab Herr v. Schulz zu erkennen, daß er ganz erkat sei über diese niedrigen bisherigen Lohnsätze der Militärsattler, die vielfach noch schlechter seien, als die der Konfektionsarbeiter. Er erklärte deshalb die Arbeiterforderungen für sehr gerechtfertigt und bei einigem guten Willen

der Fabrikanten auch für erfüllbar. In Rücksicht darauf glaubten die Vertrauensleute und die Agitationskommission, den Vorschlag des Herrn v. Schulz: mit den von ihm auch geladenen Fabrikanten-Vertretern am Sonnabend, den 11. August, vor dem Einigungsamt zu verhandeln, annehmen zu können, um der öffentlichen Meinung gegenüber nicht den Vorwurf eines „leichtfertigen Streiks“ oder — weil Militärsattler, als „vaterlandslose Gesellen“ auf sich zu laden. Die Verhandlungen selbst dürften aber jedenfalls zwei Tage in Anspruch nehmen, da der Tarif 123 besondere Positionen umfaßt. Es wird nun darauf ankommen, ob die Fabrikanten geneigt sein werden, vor dem Einigungsamt zu erscheinen. Wenn die Herren immer auf die durch Submission entstandene Konkurrenz der auswärtigen Fabrikanten hinweisen, sei es jedenfalls erwähnenswert, daß ein Breslauer Fabrikant in einer Zuschrift über den Tarif selbst zugiebt, daß diese Forderungen schon längst hätten gestellt und bewilligt werden sollen! — In der am Freitag, 10. August, stattfindenden Sitzung der Gewerkschaftskommission wird diese sich mit der Angelegenheit beschäftigen, und voraussichtlich die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften zuziehen. Sach berichtet noch, daß Coban sich gemüht habe, die Arbeiter könnten nur ruhig streiken, der „Ring“ der Fabrikanten sei sich längst einig, eventuell alle Arbeiter auszusperren, und sämtliche Arbeiten „unten im Rheinland“ anfertigen zu lassen! Den von Sassenbach gemachten Vorschlag: eventuell bei der hierbei in Betracht kommenden Militärbehörde um Vermittelung vorstellig zu werden, beantwortet Sassenbach dahin, daß man es wohl versuchen, gleichzeitig aber auf eine höfliche aber sicher ablehnende Antwort gefaßt sein könne. — Sodann gelangte mit allen gegen 2 Stimmen nachstehende Resolution zur Annahme: Die am 8. August tagende Versammlung der Militärsattler erklärt sich mit dem Vorschlag, vor dem Einigungsamt mit den Fabrikanten zu verhandeln, einverstanden. Falls aber die Fabrikanten es ablehnen, vor dem Einigungsamt zu erscheinen, sind alle Militärsattler bereit und verpflichtet, ob in Fabriken beschäftigte, oder Heimarbeiter, am Montag, 13. August, gemeinsam die Arbeit einzustellen. Als Vertreter für die Gesamtheit vor dem Einigungsamt werden Wagner, Weidenbrück und Kunze, außerdem für größere Fabriken eine Anzahl anderer Berufsgenossen ernannt.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt seine zahlreich besuchte Generalversammlung am 8. August bei Kellner, Koppensstraße, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden den verstorbenen Genossen Liebknecht, sowie die verstorbenen Verbundkollegen durch Erheben von den Sitzen. Hierauf wurde das Protokoll der vorigen Versammlung genehmigt. Der Rentant Miele gab alsdann den Kassenbericht für das 2. Quartal 1900, der gedruckt vorlag. Die Einnahmen der Hauptkasse betragen 70 759,22 M., deren Ausgaben 38 745,99 M., demnach Guthaben der Lokalkasse 34 013,23 M. Die Lokalkasse hatte (inkl. Bestand) in demselben Zeitraum 108 828,91 M. Einnahme, denen 29 940,03 M. Ausgaben gegenüber stehen. Es verbleibt somit ein Bestand von 78 878,88 M. Nachdem Kunze als Revisor die Richtigkeit dieser Abrechnung bestätigt, wird dem Kassierer Miele einstimmig Decharge erteilt.

Der Vorstandbericht erstattete hierauf der Vorsitzende Glode. Abgehalten wurden 12 Vorstandssitzungen, 2 Generalversammlungen, 3 Werkstatt-Vertrauensmänner-Sitzungen. Rechtsausgang wurde 19 Kollegen gewählt, 12 wegen Lohnforderungen, 2 wegen unwürdiger Entlassung, 2 wegen Verletzung des Meisters, 1 wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und 2 wegen Verstoßes gegen die §§ 162 und 163 der Gewerbe-Ordnung. Von den Klagen wegen Lohnforderungen wurden ein Teil durch Vergleich erledigt, ein Teil ging verloren. Glode warnt sehr eindringlich vor unruhiger und ausschließlicher Führung von Rechtsstreitigkeiten mit den Meistern, die dem Verband und den klageführenden Kollegen nur unnütze Kosten verursachen. Bei der Eingebung des Arbeitsverhältnisses sollten die Kollegen die Accordpreise mit dem Meister genau festlegen, damit würden viele Lohnstreitigkeiten vermieden oder doch bei Verschreibung des Klageweges ansichtsloser werden.

Für die Werkstattkommission gab Raach den Bericht; dann berichteten die verschiedenen Obmänner der einzelnen Branchen über ihre Thätigkeit und die Situation in ihren Bezirken. Ein Antrag, den Verwaltungsveränderungen die Extrabeiträge vor dem 1. Juli zu erlassen, wurde abgelehnt. Raach gab alsdann den Arbeitsvermittlungsbericht, 1619 Adressen sind im 2. Quartal seitens 1202 Unternehmer eingegangen. Das Gewerbegericht wurde nur in 2 Fällen in Anspruch genommen: einmal zur Regelung des Eingeburtsfalls, ferner wegen der Werkstatt Richter, Popststraße 5, welche endgültig verurteilt wurde, die gestellten Forderungen zu zahlen. — Die Bibliothek des Verbands zählt jetzt 1413 Bände im Wert von 3000 M. Bei den hierauf vorgenommenen Fragstunden für die Ortsverwaltung wurden Tabert (2. Bevollmächtigter), Klingner (2. Schriftführer), Köppen und Jirzel (Erfahrmänner), Goleff (Revisor) wiedergewählt. Stufge berichtete alsdann für den Hauptvorstand. Die Einnahmen desselben im 11. Quartal betragen 914,12 M., die Ausgaben 802,12 M., demnach Bestand 112 M. Die Korrespondenz umfaßt 100 eingegangene Briefe etc., Ausgabe 176. Versammlungen fanden im letzten Halbjahr 61 an den verschiedenen Orten des Gauces statt. Derselbe hat 46 Jahrsstellen, neu eingerichtet sind Küstern, Viefenthal und Zrenenbriegen. An einzelnen Orten wurden kleine Streiks und Differenzen mit Kleinmeistern oder Fabrikanten geregelt, so in Vermau, Fürstenwalde, Dranienburg, Schwiebus, Sommerfeld, Spremberg etc.

Da viele große Fabriken in neuerer Zeit von Berlin nach der Provinz verlegt werden, sei es unbedingt erforderlich, für die Agitation im Gau sehr rühlig zu sein. — Hierauf kommt ein Antrag Siegfelds, der den Beschluß der vorigen Generalversammlung, betr. Anstellung eines besoldeten Gauvorsitzenden, umstößen will, zur Verhandlung. Der Antragsteller führt aus, jener Beschluß sei nur von 300 Personen gefaßt, die Berliner Ortsverwaltung könne die Geschäfte des Gauces mit besorgen, man müsse mehr Kollegen zur Agitation heranziehen. Matthes bekämpft Siegfelds Antrag; der Ansicht könne an dem Beschluß der Generalversammlung im Prinzip nicht ändern. Robert Schmidt (Mitglied des Ausschusses) ist derselben Ansicht; seine Anträge auf Aufhebung jenes Beschlusses seien abgelehnt worden. Vöste tritt für den gefaßten Beschluß ein, es handle sich nur um die Personfrage. Wielenz nimmt für den Siegfelds Antrag Stellung. Stufge verteidigt sich gegen Siegfelds Anschuldigungen. Däuger und Philipp Schmidt wenden sich gegen Siegfelds Antrag. Jirzel ist für denselben. Derselbe wird alsdann nach sehr erregter Debatte mit allen gegen 5-6 Stimmen abgelehnt. Der angestellte Gauvorsitzer bleibt somit im Amt. Als Gewerbegerichtsbeisitzer - Kandidaten werden folgende fünf Kollegen nominiert: Däuger, Weder (Drechsler), Tischler (Stellmacher), Fendel und Raach (Richter), Vöste (Klavierarbeiter) als Erfahrungsmann. Als Beitragsammler werden Ernst Wehler, Otto Wüchel, Chr. Postmann, Fuhrmann, Laue, O. Schmidt, Reiche, Streichert, Parade, Witte, Krahn und Pausdorf bestätigt. Ausgeschlossen als Mitglieder werden Wiediger, sowie Mammuth und Erhardt aus der Lederbranche.

Die Verwaltungskasse „Berlin“ des Deutschen Metallarbeiter-Verbands hielt am Montag, den 8. August, in Gewerkschaftshaus eine ordentliche Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: Kassenbericht und Bericht der Revisoren. Neuwahlen zur Ortsverwaltung. Antrag auf Abänderung des § 3 des Ortsstatuts. Antrag auf Unterfertigung der ausgesperrten Hamburger Kollegen. Zunächst erstattete Kollege Rebold den vierteljährlichen Kassenbericht vom 1. April bis 30. Juni 1900. Die Einnahmen betragen für die Hauptkasse inkl. Bestand vom 1. Quartal 72 299,09 M., die Ausgaben 54 031,72 M., verblieb Bestand 18 267,31 M. An die Hauptkasse wurden eingekandt 33 588,34 M. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 31. März 1900 111 974,71 M., vereinnahmt wurden 20 254,08 M., verausgabt wurden 21 876,19 M. Demnach verblieb am 30. Juni ein Lokalkassen-Bestand von 120 353,45 M.

Nach Beantwortung einiger Anfragen berichteten die Revisoren, Kasse, Bücher und Belege geprüft und in Ordnung befunden zu haben; auf Antrag der Revisoren wurde der Rentant entlastet.

Kollege Räther gab alsdann bekannt, daß sich die Holzleger und Helfer in einer Lohnbewegung befinden, und daß hierbei auch Klempner und Schlosser interessiert seien, er ersuchte die Kollegen, falls es zum Streit käme, daß sie jede Streitarbeit ablehnen mögen. Hierauf wurde der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt. Auf Antrag wurde beschlossen, auch an Stelle des Kollegen Freyhaner einen andren Revisor zu wählen. Es wurde hierbei ausgesöhrt, daß gegen die Person des betreffenden Kollegen nichts einzuwenden sei, derselbe sei aber mit andern Ehrenämtern betraut, so daß es sehr häufig vorkomme, daß von ihm die Verwaltungssitzungen nicht besucht werden könnten. Nun komme noch weiter in Betracht, daß die engere Verwaltung, zu der auch die Revisoren gehören, alle 14 Tage eine Sitzung abhält, in welcher Unterfertigungsgehälter und Maßregelungen geprüft und Beschlüsse gefaßt werden; hier sei es unbedingt nötig, daß stets sämtliche Revisoren anwesend wären, dieses könnte jedoch nicht, da er in keinem Arbeitsverhältnis auch noch des öfters durch Schichtwechsel am Erscheinen verhindert sei. Bei der Wahl des zweiten Bevollmächtigten wurden 675 Stimmen abgegeben, Kollege Schlegel wurde mit 542 Stimmen gewählt, Kollege Wiefenthal erhielt 402 Stimmen. Als Rentant wurde Kollege Rebold einstimmig wiedergewählt, als Revisoren wurden die Kollegen Cöden und Heynemann gewählt.

§ 3, Abs. 2 des Ortsstatuts wurde dahin geändert, daß gemäß-regelte Kollegen, welche dem Verbands 13 Wochen, aber noch nicht 26 Wochen angehören, eine Unterfertigung von 12 M., diejenigen, welche dem Verbands 2 Wochen bis 13 Wochen angehören, eine Unterfertigung von 10,50 M., Mitglieder, welche dem Verbands erst 2 Wochen oder kürzere Zeit angehören, eine Unterfertigung von 9 M. pro Woche bis zur Dauer von 3 Wochen erhalten sollen.

Alsdann schilderte Räther das Vorgehen der Hamburger Werkbesitzer und die von diesen vorgeschlagenen Aussperrungen der Arbeiter, es wurde von ihm erucht, daß die Kollegen bis auf weiteres sämtliche Hafenplätze Deutschlands meiden mögen, um nicht Gefahr zu laufen, Streitarbeit auszuführen zu müssen. Die Versammlung beschloß, den Werkarbeitern 2000 M. Unterfertigung zu überweisen und beantragte die Verwaltung, je nach Lage der Sache weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

Hun Schluß wurde noch mitgeteilt, daß die Stettiner Kollegen an die Kollegen Berlins eine Einladung zu einer Dampfpartie am 26. August nach Zwinemünde haben ergeben lassen. Billets a 1,25 M. pro Person sind im Bureau, Engel-Allee 15, bis Mittwoch, den 22. August, erhältlich. Um rege Beteiligung wird erucht.

Eine öffentliche Versammlung der Hand-, Geschäftsdiener und Packer fand am Dienstagabend in den Arminshallen statt. Sie war sehr stark besucht. Der Vorsitzende gedachte zunächst in bewegten Worten des plötzlichen Ablebens unsres großen Volkshelden Liebknecht, zu dessen Ehre sich die Versammlung von den Plätzen erhoben. Darauf besprach Genosse Rosenow in seinem Vortrag über die Novelle zur Gewerbe-Ordnung und den Kaiser-Lohnsatz die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf Arbeitszeit etc. in den offenen Verkaufsstellen. Die Versammlung nahm die Ausführungen mit großem Beifall auf und indem sie auf eine Diskussion verzichtete, erklärte sie sich in einer Resolution mit den Ausführungen einverstanden. Alsdann besprach Reine die „Betriebsorganisation“, welche die hiesige Wein- und Spirituosenfirma D. Sandmann u. Co. ihren Arbeitern gegeben hat, an der Hand der Bestimmungen der Arbeitsordnung. Die Versammlung gefaßte sich sehr lebhaft, als daraufhin eine Schutztruppe von kaufmännischen Angestellten der Firma die Ausführungen zu entkräften versuchte. Aus der Versammlung wurde ihnen kräftig gedient. Die Versammlung wird wohl den Erfolg haben, jene Verhältnisse zu bessern.

In der Versammlung der Land- und Hilfsarbeiter sprach Reumhaller über die Accordarbeit. Als 2. Bevollmächtigter wurde Raier gewählt.

Bereinskalendar.

- Arbeiter-Bildungsverein, Neue Köpferstraße 3. Freitag: Bibliothek: 8-9 Uhr. — Beginn des Unterrichts: 9 Uhr, Ende 11 Uhr.
- Arbeiter-Tänzerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Rich. Thae, Schönberg, Grünwaldstr. 99. — Leiter Kassierer: Feiler, Pichlerstr. 16. — Alle Änderungen im Bereinskalendar sind zu richten an Otto Raabe, Reichensbergerstraße 115a. — Freitag: Uebungsstunde abends 9-11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiserlicher Männerchor“, Bernau, Schindlerstr. 23/24. — „Nord“, Adolf Reumann, Brannenstr. 160. — „Unserer Tag“, Schmidt, Schallerstr. 51/52. — „Vandubner Männerchor“, Fürstentor, Rippnerstr. 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Noabitz“, Platz, Buttlischtr. 10. — „Vereinschor I“, Sadie, Lindowstr. 26. — „Gemütslichkeit“, Krüger, Seidelstr. 30. — „Georgina“, Wolfshöfer, Oranienstr. 183. — „Hildegold“, Feind, Wehlerstr. 11. — „Hofen-Haler Chor“, Armet, Schweinmünderstr. 26. — „Jris“, Martin, Nannynstraße 86. — „Männer-Gesangsverein“, Brandenburg a. d. Havel, Bergstr. 6. — „Viedertafel“, Freie Sängler, Hahn, Neue Köpferstr. 13. — „Nordwest“, Wilsdorf, Müllerstr. 7. — „Sängerkreis“, Neu-Weihenker, Spedmann, Königs-Chaussee 55. — „Eintracht II“, Oberwalde, Restaurant „Zur Mühle“. — „Neue Zeit“, Lorenz, Köpferstr. 43. — „Königlicher Männerchor“, Weihenker, Zum Prallein, Feldstr. 122. — „Karlshaus“, Kummercher Männerchor, Gödel, Landwehrberger Allee 156. — „Treu“, Nowak, Rantenschloßstr. 9. — „Sanges-Hörner“, Herzog, Marthinsstr. 8. — „Gesangsverein der Pauer“, Schiller, Rosenhallerstr. 57. — „Freie Sängler I“, Deegermühle 6. Oberwalde, Dangaß, Jagdhalbeschen. — „Folalia“, Pflanz, Königbergerstr. 34. — „Lil“, Ramegoid, Vignierstr. 18. — „Sängerkreis“, Bogel, Wrangelstr. 74. — „Borag“, Krüger, Nannynstr. 6. — „Melodia I“, Rixdorf, Reiter, Steinwegstr. 65. — „Einigkeit Nordwest“, Bette, Bredowstr. 11. — „Freiheit Noabitz“, Weder, Singelstr. 3. — „Vereinsmusik“, Treptow, Richter, Ernststr. 26. — „Süd-Ost II“, Pflanz, Wrangelstr. 86. — „Vadelpaße“, Vademig, Kommandantenstr. 65. — „Freiheit Nord“, Wils, Burgdorfer- und Widenowstrassen-Gäß. — „Sangeslust III“, Tempelhof, Gebr. Dorffstr. 18. — „Väterfrühling“, Göhle, Crantenstr. 109. — „Solidarität II“, Potsdam, Brandenb. Kommunikation 16. Wasser. — „Viedertafel II“, Potsdam, Brandenb. Kommunikation 16, Wasser.
- Arbeiter-Tänzerbund Berlin und der Umgegend. Änderungen im Bereinskalendar sind zu richten an Albert Liebert, Berlin, Putzbrunnstraße 44, IV. Freitag: „Germania“, Kuchel, Rindstr. 21. — „Hohe Stunde“, Gauger, Alexandrinenstr. 122. — „Vereinsfröhe“, Hoffmann, Wiesenstraße 29a. — „Deutsche Fische“, Schulz in Regel.
- Selang-, Turn- und geistliche Vereine. Freitag, Tanzlehrerverein „Solidarität“, Engländer Hof, Neue Köpferstr. 3. — Bergungsdorverein „Waldbesitzer“, Pichlerstr. 16. — „Freie Sängler“, 142.
- Arbeiter-Tänzerbund. Freitag, Turnb. „Fichte“, Berlin, Ubbd. von 8-10 Uhr: 2. Männerabtl. Schallerstr. 55-56. 4. Männerabtl. Siemensstraße 20 (Noabitz). 5. Männerabtl. Welterstr. 67. 6. Männerabtl. Stahlhändlerstraße 54. 9. Männerabtl. Welterstr. 158. 6. Ede Trichterstr. 1. Vehringsabtl. Fritzenstr. 37. 3. Vehringsabtl. Boeckstr. 17/20. 6. Vehringsabtl. Reichensbergerstraße 67-70. 8. Vehringsabtl. Döschelstraße 36-37. 1. Damenabtl. Mariannen-Aller 1a. — „Freie Turnerschaft“, Rixdorf-Brick 1. Vehringsabtl. abends von 8 1/2-10 1/2 Uhr, Adomas, Hermannstr. 48/50. 1. Schülerinnenabtl. abends 6 1/2-8 1/2 Uhr, 1. Männerabtl. 8 1/2-10 1/2 Uhr bei Peters, Kniebühlstraße 113. — Turnerschaft des Berlins „Rever“ (gegr. 1882), Männerabtl. von 8-10 Uhr abds. Reichensbergerstr. 131/132. Damen-Abtl. v. 8-10 Uhr abds. Rantenschloßstr. 7. — Turnverein „Eiche“, Rixdorf, Männer- und Jugendabteilung von 7 1/2 Uhr abds. Hotel Klein am Wilscheldplatz. — Turnb. „Frosch u. Frosch“, Groß-Lichterfelde, Vogel, Grawlestr. 104. 8 1/2-10 1/2 Uhr abds. — „Freie Turnerschaft“, Friedrichsfelde, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr, Suter, Brinzen-Allee 30.
- Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an E. Beate, Schulstr. 24. Schwimmklub „Reptun“, Weihenker, abends 7 1/2 Uhr, im Seebad Weihenker. — Schwimmklub „Bormaritz“, abends 7 1/2 Uhr, ehemalige Kuerbachsche Bobenbahn, Stralauer Allee. — Schwimmverein „Gut-Rath“, Uebungsstunde jeden Freitag, abends 7 Uhr, Reimendorfer Seebad.
- Arbeiter-Zenographenverein. „Stolze“ (Einigungsstempel). Freitag, Tanz-Institut Gruppe, Ammerstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
- Berein zielbewusster Händler und Geschäftsinhaber. Jeden Freitag nach dem 15. Wipstr. 16.
- Jungfräule Zusammenkunft mit Damen im Restaurant des Gewerbegerichtsbaues. Am Freitag: Sattler.
- Arbeiter-Radfahrerverein, Berlin. Freitag: Lieben im Ruis- und Heigenhagen bei Waade, Kolbergerstr. 23.
- Arbeiterverein „Vorwärts“, Kopenhagen. Jeden Sonnabend im Reichs-Hotel, Karls-gade 49: Versammlung. Derselbe befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Die Parteipresse am Sarge Liebknechts.

Die gesamte Parteipresse widmet dem gefallenen Führer wärmste Nachrufe, ihrer Trauer auch schon durch das äußere Gewand Ausdruck gebend. Es ist uns selbstverständlich unmöglich, alle die Bewunderung seiner Thaten hier vollständig wiederzugeben. Wir müssen uns darauf beschränken, die markantesten Auslassungen in folgendem kurz zu zitieren:

Hamburger Echo:

Wilhelm Liebknechts Charakterbild wird nicht schwanken in der Geschichte der Partei. Fest und sicher steht es in seiner erhabenden Selbstbehauptung vor uns, abgeschlossen ohne jeden störenden oder trübenden Schatten mit seinem Tode. Alles in allem: Er war ein Mann, ein ganzer Mann im Kampfe, unerschütterlich, wo es die Ehre und die Interessen der Partei zu wahren galt — aber immer äußerlich rücksichtsvoll und milde, wenn nur seine Person in Frage kam. Er konnte Unrecht ertragen und vergeben, dem Feind ein ehrlicher Feind, dem Freund ein ehrlicher und wahrer Freund. Er war ein Mensch, der sich selbst nur immer in seinen wahrhaft humanitären Beziehungen zur Gesamtheit in Betracht nahm.

Bremer Bürgerzeitung:

Ein Stück Geschichte sitzt in der Gestalt unsres Wilhelm Liebknecht in die Gruft, ein Stück Geschichte des internationalen Gedankens, der zukunftsfröhlich in der Klassenbewußten Arbeiterschaft der Welt lebt und wächst.

Dieses Menschenleben ist der Spiegel der Entwicklung des revolutionären proletarischen Gedankens der Neuzeit gewesen. Es sah die Anfänge des Baues, es half die Pfeiler des Fundaments rammen und half die Grundsteine setzen, es schuf am Bau der Mauern und sah die Räume des Hauses freundlich und des guten Wanders gewiß entstehen. Und als ein Baumeister mit Keule und Schwert richtete er sein Werk im Dienst seines höchsten Pfadweisers, im Dienst der Entwicklung der Kultur aus.

Schleswig-Holsteinische Volkszeitung:

Der Vorkämpfer des internationalen Socialismus gehört der ganzen Welt, aber in unsrer Mitte lebte er als Mensch, das Recht, ihm Liebe entgegen zu bringen, nahm und nimmt das deutsche Proletariat als heiligstes Privileg in Anspruch. Die Proletarier aller Kulturländer werden das Verhängnis des Entschlafenen bilden, aber nicht hinter seinem Sarge schreiten die deutschen Arbeiter: denn er war unser!

Lübecker Volksbote:

Wo wir auch in den Blättern seines Lebensbuches nachschlagen mögen: überall zeigt es uns das Bild treuer Pflichterfüllung, Wilhelm Liebknecht war ein ganzer Mann und ein ganzer Charakter, ein Vorbild für alle, ein Mann, der viele Opfer, aber noch mehr Freunde hatte, weil die Lauterkeit und Reinheit seiner Gesinnung über allem Zweifel erhaben war.

Braunschweiger Volksfreund:

Liebknecht war einer der glänzendsten Schriftsteller und Redner der Partei. Mit einem wahrhaft blendenden Stil vereinigte er einen Gedankenreichtum, der ihn zu einer bewundernswert bildreichen Sprache in Wort und Schrift befähigte. Er war nicht Schriftsteller und Redner in jenem nächsten Sinne, daß er einen zu behandelnden Gegenstand nur sachlich zu erschöpfen suchte; außer der Sachkenntnis lebte und wirkte in ihm stets noch die Phantasie, die dialektische Kraft, welche allen Werken, mögen sie Reden oder Artikel gewesen sein, die hinreichende Form gab. Seine politischen Artikel waren Feuilletons und seine Feuilletons waren politische Artikel; so möchte man sagen, wollte man sein Schaffen litterarisch zu würdigen suchen.

Volksblatt für Anhalt:

In Liebknecht ist einer der meistgeliebten Führer der Partei und jedenfalls der bestgeliebte Feind ihrer Gegner dahingefahren. Er war ein ganzer Mann, ein eigenartiger Charakter von bestimmtem Anseh, der aber bei aller Festigkeit seines Willens der Auffassung des loyalen Gegners ihr Recht ließ.

Volksmacht Bielefeld:

Wir werden uns erst daran gewöhnen müssen, daß es eine deutsche Socialdemokratie ohne Wilhelm Liebknecht giebt.

Rheinisch-Westfälische Arbeiterztg.:

Mit Liebknecht stirbt einem großen Teil der Socialisten nicht nur der wegen seines Wissens und seiner unermüdblichen Arbeitskraft geschätzte Parteiführer, sondern auch ein lieber Freund.

Rheinische Zeitung:

Für uns, seine Freunde und Genossen, ist sein Andenken nicht mit den wenigen Trauertagen dahin. Die vier Jahrzehnte deutscher und internationaler Arbeiterbewegung, sie sind unverwundlich verbunden mit dem Namen Liebknecht. Sein Wirken kann deshalb aus unsrem Gedächtnis eben so wenig entwinden, wie die hinter uns liegende Geschichte der Socialdemokratie. Und wie diese ein Stück der allgemeinen Menschheitsgeschichte, so reicht auch Liebknechts Wirken über den Rahmen der Parteigeschichte hinaus und wird Platz finden in den Blättern, auf denen die große Geschichte der Zeit geschrieben wird.

Freie Presse für Elsaß-Lothringen:

Das war ein Mann! Das war ein Leben! So reich, so überaus voll an Kämpfen und Siegen, an Mühe und Last. Er verkörperte die Geschichte der Partei, und eine Freude war es, ihm zuzuhören, wenn er aus der reichen Vergangenheit seines Lebens erzählte.

Volksfreund, Karlsruhe:

Liebknecht war vor allem socialdemokratischer Internationalist; daher das große Ansehen, welches er insbesondere auch bei den Parteiparteien des Auslands genoss und es ist nicht zu viel, wenn man sagt, daß das socialdemokratisch denkende Proletariat der ganzen Welt an seinem Sarge trauert.

Als Redner im Parlament wie als Volkredner war Liebknecht vor allem geistreicher Pflanderer, und es ist erstaunlich, wie dieser Mann, in dessen Innerem es noch in hohem Alter Schäume von Temperament und Lebenslust, äußerlich ein eigentlich ruhiger Redner war; seine Art zu sprechen war immer etwas Lehrhaft und schon hieraus konnte man seine Veranlagung zum Lehrer erkennen.

Die eigenliche Kraft Liebknechts lag aber auf dem Gebiet der Tagesjournalistik; er war mehr als alles politischer Feuilletonist. Seine Vorträge über Tagesereignisse atmeten eine glühende Sprache und waren in der Darstellung des Stoffes stets hervorragend. Liebknecht hatte als ausgesprochene, scharf umrissene Individualität seine eigene Sprache und was er geschrieben, das konnte man auch ohne besonderes Feilen. Seine impulsive Natur fand auf dem Gebiet der Tagesjournalistik ein besonders geeignetes Terrain; er war hier ein Journalist großen Stils.

Schwäbische Tagewacht:

Wilhelm Liebknecht, der Überzeugte und Konsequente Verfechter des historischen Materialismus, verurteilte jeden Heroenkultus. Auf die Partei hat er seine Gesinnung übertragen. Und doch ist man gezwungen, ihn als die personifizirte Socialdemokratie zu bezeichnen. Auch die materialistische Weltanschauung kann und will nicht jedes persönliche Moment aus der Geschichte streichen. Sie läßt es zu, daß wir stolz

sind auf diejenigen, die durch Schärfe des Urteils, durch Mut, Ausdauer, zur Förderung der Menschheitsentwicklung beigetragen haben. Waren Marx und Engels die Begründer des wissenschaftlichen Socialismus, so war Liebknecht der erste populäre Publizist desselben. In Rede und Schrift machte er Millionen von Arbeitern der Welt bekannt mit den Lehren ihrer Geistesriesen. Mit klarem, scharfem Blick beurteilte er auch die politisch-ökonomischen Tagesereignisse nach dem Maßstab der marxischen Geschichtsauffassung. Als Ratgeber, Mahner und Warner fand er in der Partei des In- und Auslandes ein williges Ohr. Als unantastbarer Charakter hatte er auch in anständigen Kreisen des Bürgertums zahlreiche Freunde und Verehrer. Der den Mann, der sein ganzes Leben unter steter Preisgebung jeglichen materiellen Vorteils einer erhabenen Idee widmete, der allen Gefahren mutig trotzte, allen Gefahren entschlossen begegnete, wirklich lehren lernte, der mußte ihn lieb gewinnen. Sein herzlich Wesen, sein zartes Gemüt, das sich in persönlichen Umgang offenbarte, trug dazu ungemein viel bei. In vielen Tausenden von Herzen deutscher Arbeiter wird so Wilhelm Liebknecht nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als enger Freund betrauert werden.

Mainzer Volkszeitung:

Es wird die Lücke, die durch seinen Tod in den Reihen des um seine Befreiung ringenden Proletariats entstanden, nicht lange offen bleiben, andre mutige Streiter, an denen in unsrer Partei kein Mangel werden darf, werden versuchen, dieselbe auszufüllen. Die Erinnerung an seine Person, sein mutiges, stets opferbereites Eintreten für unsre gerechte Sache, sie wird aber unauslöschlich in der Geschichte der Arbeiterbewegung aller Länder weiter leben. Verkörpert sich doch in seiner Person die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung selbst. Liebknecht war bis zum letzten Atemzuge ein treuer, unermüdblicher Streiter im Dienste der Menschheit und das dankbare Proletariat wird seinen Vorkämpfer nicht vergessen.

Offenbacher Abendblatt:

Für uns im Kreise Offenbach-Dieburg bedeutet der Heimgang des Toten nicht nur den Verlust des Parteiführers und Genossen, wir verlieren in ihm auch den ersten socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des Kreises und einen allezeit treuen Freund und Berater. Am 12. September d. J. wurden es 25 Jahre, daß er hier in Offenbach zum erstenmal aufgetreten. Zu Tausenden strömten damals die Genossen aus Nah und Fern herbei und lauschten seinen begeisternden Worten.

Münchener Post:

So steht sein Andenken mit unauslöschlichen Lettern im Herzen des deutschen Proletariats geschrieben: eine heitere Kampfnatur, ein starker und zielbewußter, aber schlichter und offener Charakter, dem Trug und List fremd war, der Greis, der die Ideale seiner Jugend, ihren unbegrenzten Thatendrang, ihre frohe Siegeszuversicht, in ungehinderter Kraft und Fülle in das späte Alter herüber gerettet.

Frankfurter Tagespost:

Der den „Alten“ vor wenigen Monaten in Nürnberg gesehen hatte, wohin er zur Unterstützung unsrer Wahlagitator bereitwillig gekommen war, wer ihn da, frisch aufschreitend, von einem Wahllokal zum andern gehen sah, wer in sein helles, kluges Auge sah, das die Deutlichkeit der Stadt bewunderte und fundierte, sein lebhaftes Mienenpiel im Gespräch beobachtet hatte, der mußte die Fülle, die Jugendlichkeit, die Lebhaftigkeit des 74jährigen „Soldaten“ bewundern. Und als er im Sächsischen Hof und in den Centralgalerien sprach, rief er die Massen mit sich fort, der Jüngling im grauen Haar, der beste Agitator unsrer Partei.

Seine Wirkung als Redner auf die Massen war eine außerordentliche, wohl vorer in den letzten Jahren sein Organ etwas an Kraft, aber an zündender Wirkung hat es nicht das mindeste eingebüßt. Selbst Gegner mußten anerkennen, daß er der beste Agitator, der wirkungsvollste Volkredner unsrer Partei und nicht bloß unsrer Partei, ganz Deutschlands war.

Volksstimme, Magdeburg:

Nummernreife wird ein solches Leben aus dem Gedächtnis derer schwinden, für die es gelebt worden ist. War es doch, mit einem Worte, ein Leben ebenso freudiger wie treuer Hingabe an den großen Emancipationskampf des Proletariats, einer Hingabe, wie sie glücklicherweise nicht vereinzelt dasteht, wie sie jedenfalls aber nicht übertroffen werden kann.

„Volksblatt für Halle“:

Nun ist er tot, unser geliebter Alter, der trotz seiner 74 Jahre einem Jünglinge an Frische glück. Noch vor wenigen Wochen haben wir ihn in Halle in unsrer Mitte und lauschten seinen Worten. Jeder Arbeiter konnte ihn, und alle liebten und verehrten ihn. Seine Autorität war keine dem Volke aufgezwungene, sondern eine freiwillig ihm gezollte, und darum konnte und kann sie nie schwinden. Wenn er so durch die dichtgedrängte Menge schritt, wie leuchteten ihm die Augen auf in den gramblickenden Augen der alten abgeradenen Proletarier, dann zeigten ihn die Alten den Jungen: „Seht, das ist unser Alter!“

Neuburger Tribüne:

So schwer auch der Verlust, so soll und muß doch allen das ganze Leben und Wirken Liebknechts ein leuchtendes Vorbild sein, unsre ganze Kraft einzusetzen im Dienste der Partei, welche die Erlösung der darbenenden Menschheit auf ihre Fahne geschrieben, bis zum letzten Atemzuge gleich Liebknecht zu organisieren und agitieren für die Erreichung des großen Ziels für alle Menschen: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! Das ist die beste Ehrung unsres alten, treuen, unvergesslichen Vorkämpfers und Genossen Wilhelm Liebknecht!

Sächsisches Volksblatt:

Ganz besonders sind es hier die Jünger und ergebigen Bergarbeiter, die seiner stets in Dankbarkeit gedenken werden. Seiner thatkräftigen Hilfe ist es zu verdanken, daß der Verband der Berg- und Hüttenarbeiter mächtig erstarkte, daß die Erkenntnis ihrer wahren Lage weit in die Kreise der Vergleuten getragen ward. Und wie wirkte er außerdem noch für die Bergarbeiter! Keine einzige Gelegenheit ließ er vorbeigehen, wo er insbesondere für das Anknüpfungswesen und den Schutz der Vergleuten vor Gefahren mit Energie und jugendlicher Kraft eintrat. Wie saufen die Hiebe, wenn er dem reaktionären sächsischen Ministerium die Maske vom Gesicht rief, wenn er ihm Anklage auf Anklage ins Gesicht schleuderte, und auf diese Weise furchtbare Abrechnung wegen so mancher reaktionären Heldenthat hielt.

Volksstimme Chemnitz:

Liebknecht gehört zu den großen Führern unsres Volks, denen die Geschichte ein besonderes Kapitel widmet. Die Nachwelt wird sein Andenken als das eines der tapfersten, treuesten und selbstlosesten Führer der Menschheit dauernd in Ehren halten, wenn die Namen derer, die ihn bekämpften, längst vergessen sind.

Leipziger Volkszeitung:

Die Propaganda im eigentlichen Sinne des Wortes ist der eigentliche Kern seiner Thätigkeit immer geblieben: Die Ausbreitung, die Fortpflanzung, die Kunst, das kleine Reich zu hegen, bis es zum gewaltigen Länderbesitzenden Riesen wird. Der Gedanke, daß die Gewalt stets reaktionär gewesen sei, und daß alle Macht der Revolution in der geistigen Thätigkeit Ausgangspunkt und Endpunkt finde, beherrschte sein ganzes Wirken und Wesen. Der Verstand und der graumamen Lichtfertigkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft, die sich im Rechtsleben zum schreienden Unrecht verkörpert, galt sein Kampf,

dem unschuldig Verurteilten, mochte er ein einzelner sein, der im Gesangsland schmachtete, mochte es ein ganzes Volk sein, das unter dem Zwange kapitalistischer Galerienarbeit leuchtete, bot er seine Hilfe. Daß er in lebenslanger Schule es nicht verlernte, über das Unrecht sich zu entscheiden, daß er die heilige, gewaltige Macht des Jorns besaß und behielt bis in das späte Alter, in dem sich andre weltnüchtern mit einem „alles schon dagewesen“ trösten, daß für ihn das jüngste Unrecht immer das schlimmste und der neueste Tag immer der bedeutungsvollste war — das hat ihm die stürmische Kraft gegeben, die seine Partei zum Siege und ihn selbst zum Ruhm der Unsterblichkeit emporgetragen hat.

Sächsischer Arbeiterzeitung:

Liebknecht besaß in fast unerreichbarem Grade die Gabe der Mitteilung. In schlichtem, ungekünsteltem aber doch kunstvollem Stil wußte er zu sprechen und zu schreiben. Raslos wußte er seine Gedanken in Worte zu kleiden und sie auch dem einfachsten Manne aus dem Volke nahe zu bringen. Was er als Popularisator der marxischen Lehre geleistet hat, das fällt ein Blatt der deutschen Kulturgeschichte. Ein nimmer rastender Agitator zog er ins Land hinaus und formte die schweren Goldbaren marx-Engelscher Gesellschaftskritik in schwebare Münze um. Er selbst sagte, daß er seine Kunst der Rede und der Schrift an dem kernigen, vollstimmigen Deutsch Martin Luthers gebildet habe, auf den seine eigne Abstammung zurückgeführt haben soll. Es ist nichts Eringenes um diese Kleinarbeit des Popularisierens: sie setzt eine Fülle von Kenntnissen, ein Verständnis für das Geistes- und Gemütsleben des Volks voraus, das nur wenigen eigen ist. Johann Jacoby hat einst gesagt, daß die Gründung des kleinste Arbeitervereins eine größere Bedeutung habe, als die Schlacht bei Königgrätz: legt man diesen Maßstab an Liebknechts Lebensarbeit, dann hat er wirklich zu den großen Männern des Volks gehört. Für Volksbildung und Volksziehung hat er, der alte Schulmeister, Unenndliches gethan. „Wissen ist Macht“ — das war sein Wort.

Brandenburger Zeitung:

Seine Liebe zur Partei wurzelt in der Liebe zum Volke, in seinem Menschentum. Die geistige Hebung der Massen hat er sich mehr wie irgend einer angeeignet sein lassen.

Viel hat ihm dafür das deutsche Volk, insbesondere die Arbeiter-schaft zu verdanken. Der Gedanke der Internationalität hat seinen wärmsten Verfechter und erfolgreichsten Vorkämpfer in Liebknecht verloren. Liebknechts selbstlose Persönlichkeit galt den nichtdeutschen Arbeitern nicht minder wie den deutschen als verehrungswürdige Lichtgestalt.

Volksbote, Stettin:

Liebknecht gehörte zu den wenigen Menschen, die nie altern. Der Alte mit dem goldenen Herzen voller Idealismus blieb ewig jung, und von jugendlicher Begeisterung waren alle seine Reden getragen. Seine schöne, poetische Ausdrucksweise machte ihn ganz besonders zum Feindredner geeignet, und wer ihn einmal auf einem Parteitag, den der „Alte“ selbstverständlich mit einer Begrüßungsansprache eröffnen mußte, gehört hat, dem werden die glühenden Worte, mit welchen er stets die politische Situation kennzeichnete, unvergessen sein. Ja, er glaubte an der Freiheit Sieg, trotz mancher bitterer Enttäuschungen, die ihm wie fast jedem Arbeiterführer nicht erspart geblieben sind.

Volksmacht, Breslau:

Der große Führer einer der größten politischen Parteien, der Leiter einer weltbewegenden Kulturereignis nicht nur war Wilhelm Liebknecht, sondern auch ein Mann von edelsten menschlichen Eigenschaften, ein wahrer Freund aller derer, die mit ihm zusammen zu gehen das große Glück hatten, war er, der Mann von edelstem Charakter, den keine verführerische Verlockung der Mächtigen, keine noch so schwere Verfolgung, kein Leiden und Entbehren vom Wege des Rechts abbringen vermochten. Ein sorgfamer, aufopferungsfähiger Vater seiner Familie, war er Freund und Vater zugleich all den vielen Mitkämpfern und Genossen, mit denen sein reiches, wechselvolles Leben ihn nur immer zusammenführte.

In der ebenfalls mit Trauerand erschienenen Nummer unsres Wiener Unterorgans, der „Arbeiter Zeitung“, heißt es:

Die internationale Socialdemokratie betrauert in Liebknecht nicht nur den Führer der deutschen Partei, sie verliert einen unerfahrlchen Vertrauensmann und Mittelmann. Liebknecht war der internationale Mann von uns allen, seine reiche Erfahrung, seine erstaunliche Sprachkenntnis, sein vielfältiger und langer Aufenthalt in England und Frankreich, seine intime Freundschaft mit den Vätern der Internationalen befähigten ihn zu diesen Ämtern wie keinen zweiten, und der bevorstehende Kongreß in Paris wird seine Mitarbeit schmerzlich vermissen. Näher aber noch als allen anderen stand Liebknecht der österreichischen Socialdemokratie, mit der ihn seit den sechziger Jahren enge Beziehungen verbanden. Mit unsren deutschen Brüdern trauerten wir an seinem Sarge und betweinen nicht nur den Genossen, sondern auch den Freund.

Le Peuple, Mittwoch, den 8. August.

Die internationale Socialdemokratie hat soeben durch den Tod Wilhelm Liebknechts einen ungeheuren Verlust erlitten. Das deutsche Proletariat weint heiße Tränen. Die Socialisten der ganzen Welt sind in Trauer, denn der, der dahingegangen ist, wurde von Millionen zielbewußter Socialisten geliebt und verehrt.

Wir haben Liebknecht 1877 zum erstenmal auf dem internationalen Kongreß, welcher in Gent, im Saale Parnah, tagte. Die „Internationale“ war tot und es galt, eine Vereinigung der socialistischen Parteien aller Länder anzubahnen. Auf diesem Kongreß war der Kampf unvermeidlich zwischen den Anarchisten und denen, die man damals als „Staatsocialisten“ oder „autoritäre“ Socialisten bezeichnete.

Wir sehen ihn noch vor uns, mit der Haltung und der Sprechweise eines deutschen Professors. Beständig war er auf der Wache, er diskutierte mit großer Lebhaftigkeit und verschmähte nicht kräftige Worte gegen seine Gegner.

Wir haben ihn seitdem noch manches Mal wiedergesehen, auf dem Kongreß zu Gené 1881, auf dem Kongreß in Brüssel 1881, und legtes Jahr, gelegentlich der internationalen Konferenz im Maison du Peuple.

Jederzeit haben wir ihn als den opferfertigen Apostel der socialistischen Idee gesehen, als den verehrten Vater der Arbeiterklasse, als den überaus energiegelassen Anhänger des internationalen Socialismus. Sein ganzes Leben war dem Volk, den Armen geweiht, seine wunderbare reiche und kraftvolle Thätigkeit war dem Streben für die Emancipation aller Ausgebeuteten gewidmet.

Trotz seines hohen Alters war Liebknecht eine Arbeitskraft ersten Ranges geblieben. Als Publizist, Tageschriftsteller, Redner stand er jederzeit auf der Wache. Er veranlagte seine Kraft ohne zu rechnen, besonders ohne die Jahre des Kampfs zu rechnen, die ihm ein Recht auf Ruhe gegeben hätten. Auch sein Wahlpruch war: „Die Ruhe anderwärts!“ Nun ruht er nach einem wohl-ausgeführten Leben und nimmt die Ruhung, die Bewunderung und was noch mehr ist, die Verehrung aller mit ins Grab, welche einen solchen Mann kennen lernen und schätzen konnten. (Folgt Biographie.)

Liebknechts letzter Brief an die Redaktion des „Peuple“ in Brüssel.

Wir hatten unsren verehrten Freund, Wilhelm Liebknecht, ersucht, uns einen Artikel für den „L'Am n a n a d u P e u p l e“ zu schreiben. Nachstehend seine brüderliche Antwort, die wir wortgetreu folgen lassen, damit sie der belgischen Arbeiterpartei in pietätvoller Erinnerung bleibt:

Meine lieben Genossen!

Man hat mich gebeten, einen Artikel für Euren Almanach zu schreiben...

Gruß allen Freunden!

Ganz der Ihrige

Wilhelm Liebknecht.

Die Redaktion des 'Peuple' fügt diesem Briefe hinzu:

'Ich reise Mittwoch ab! ... Armer, teurer, großer Freund! Du bist einen Tag früher und für immer abgereist.'

Welche ungeheurer große Lücke läßt Liebknechts Tod in unseren Herzen und in unseren Reihen!

Im 'Peuple' heißt es weiter:

Wilhelm Liebknecht war bei uns nicht nur wegen seines bewundernswürdigen Kampfes gegen den Bismarckschen Absolutismus bekannt...

Zedernmal, wenn die Kämpfer der ausländischen sozialistischen Parteien in Brüssel zusammentraten, sah man ihn...

Er kannte unsere Partei, wie wir selbst sie kennen.

In einem Artikel der 'Petite République', der einen kurzen Lebenslauf über Liebknechts Leben und Wirken gibt...

Der internationale Sozialismus, der durch Liebknechts Tod mitten ins Herz getroffen worden ist, wird mit schmerzlichen Entsetzungen den Gang des Kampfes erfahren...

Auf der Brüsseler Konferenz, welche den internationalen Kongress vorbereitete, war auch Liebknecht anwesend. Sein Mägen war etwas gebeugt...

Mit einer bewundernswürdigen Leidenschaft war er ganz und gar der Mann seiner Partei. Er konnte in Schöpfung der großen sozialistischen Familie heiß aufstehen...

Gérault-Richard schreibt in der 'Petite République' vom 9. August:

Der Tod Liebknechts wird in der That vom sozialistischen Proletariat der ganzen Welt beweint werden.

Er selbst bekannte für unser Land eine Jüngung, die er während des schrecklichen Jahres durch die That bewies.

Gewiß hätten Bebel und Liebknecht die Stimme erhoben, um gegen die brutale Niederwerfung einer jeden Nation zu protestieren.

Als wir ihn das letzte Mal so kraftvoll, so lebhaften Geistes vor uns sahen, hätten wir nicht gedacht, daß er so bald verschwinden sollte...

Vor kaum einer Woche schrieb er mir anlässlich der Vorgänge in China, Er freute sich, daß wir uns bald auf dem bevorstehenden internationalen Kongress wiedersehen würden...

Der 'Avanti', das Central-Organ der italienischen Sozialdemokratie schreibt:

Die deutsche Sozialdemokratie wird von einem harten Schlag betroffen, und der Schmerz wird in allen Kulturländern, wo es Klassenbewußte Proletariat gibt, mitgeföhlt.

Eine Anzahl anderer Parteiblätter übernahmen den Inhalt unserer Extra-Ausgabe. Allseitig wird auch über die tiefe Erschütterung berichtet, die sich der Klassenbewußten Arbeiter aller Orten bemächtigte...

In vielen Orten werden am Beerdigungstage Gedächtnisfeiern veranstaltet werden.

Soziale Rechtspflege.

Eine für das Buchdruckgewerbe wichtige Entscheidung fällt die Kammer VIII des hiesigen Gewerbegerichts unter Vorsitz des Gewerberichters Herrn Dr. Gerth am Montag, den 6. August.

Es handelt sich um Lösung eines Lehrvertrags. Erschienen waren der Beklagte, Fabrikant B. Köhler (Inhaber einer Stempel- und Metallwarenfabrik)...

Die fehlerhafte Anschlußquittung. Der Arbeiter L. verlangte von dem Fabrikanten Vetter in Klagewege eine acht-tägige Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung.

Die fehlerhafte Anschlußquittung. Der Arbeiter L. verlangte von dem Fabrikanten Vetter in Klagewege eine acht-tägige Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung.

weitere Ansprüche für Extra-Arbeiten oder in anderer Beziehung erhalten. Herr Vetter meinte, er habe durch diese Quittung anerkannt, daß er keinerlei Ansprüche an ihn habe.

Schriften-Eingang.

- Zwiediner-Gedenkschrift. Dr. Otto von, Vorkampff und Lohntheorie mit besonderer Berücksichtigung des Minimallohnes. Leipzig 1900. (Zunder und Humboldt)
Zola, Emile. Der Zusammenbruch. Illustrierte Ausgabe. Bf. 3-5. Stuttgart (Deutsche Verlagsanstalt)
Reich, Eduard. Kriminalität und Ultrismus. Studien über abnorme Entwicklung und normale Befaltung des Lebens und Wirkens der Gesellschaft. I. Band: Die Entwicklung des Verbrechens und das System der Verurteilung. II. Band: Die Entwicklung der national-ökonomischen Idee und das System der Gegenseitigkeit. Leipzig 1900. (H. B. Pader.)
Platen, R. Die neue Heimethode. Bf. 1-4. Berlin. (Bong.)
Verthold, P. (Bertha Wopenheim.) Die Judenfrage in Galizien. Frankfurt a. M. (Gebrüder Anover.)
The Attitude of the Socialists toward the Trade Unions. (Stellung der Sozialdemokratie zu den Gewerkschaften.) Nach einem Vortrag, gehalten auf der National Convention der Sozialistischen Arbeiterpartei zu Rochester (Staat New York) am 28. März 1900 von R. E. Stone.
Protokoll des 8. Verbandstages des Verbands der in Buchbindereien, der Papier- und Verlagsanstalten, Industrie Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Abgehalten in Berlin vom 14. bis 18. April 1900. Stuttgart (A. Dietrich.)
Die Sozialdemokratie in den Landtagen von Koburg und Gotha 1896 bis 1900. Handbuch für Landtagswähler. Gotha. Wilhelm Voß. Preis 20 Pf.
Die deutsche Gewerkschaftsbewegung. Eine Kritik von Otto Kressin. Leipzig. Kommissionsverlag der Leipziger Volks-Buchhandlung. Preis 15 Pf.
Weisengrün, Paul. Der Marxismus und das Wesen der sozialen Frage. Leipzig 1900. (Welt u. Co.)
Ein Beitrag zur Lösung der sozialen Frage. Von einem deutschen Fabrikanten Böhmens. Wandsdorf i. B. Moriz Schöner.
Heber Vorrichtungen zur Hebung von Menschenleben bei See-Unfällen. Eine Denkschrift von D. Albinus, Vice-Admiral a. D. Vortrag von Max Schuldburger. Berlin. Preis 1.50.
Vilgerfahrt. Skizzen aus Palästina von Ludwig Woltmann. Genossenschafts-Buchdruckerei Solingen.

Witterungsüberblick vom 9. August 1900, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C., Temp. in F. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien.

Wetter-Prognose für Freitag, den 10. August 1900. Wärmer, vielhafter heiter, zeitweise wolfig bei ziemlich frischen südlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deutshtr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Wegen Übernahme größerer Reparaturen verkaufe gangbare Schaumwischmaschine. Gothenstraße 35, Schöneberg. +105*

Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, Sportbillig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, I. Unts. +141
Möbelverkauf zu soliden Preisen, auch Teilzahlung. Römer, Sedowstr. 81. 2292b
Junges Ehepaar, Ruhbaum, Möbel, billig, Weinbergweg 13b bei Schmidt. 2286b

Fahrrad, gut erhalten, verkauft preiswert Schütz, Sagenauerstraße 14.
Nähmaschinen (familier Systeme, auch vor- und rückwärts wählend, ohne Anzahlung, wöchentlich 1 Mark, Lieferung sofort, Postkarte. Landsberger, Landbergerstraße 35. Kein Vaden. +129*
Nähmaschinen familier Systeme ohne Anzahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Bestellung Postkarte. Nähmaschinen-Geschäft Witte, Altdorf, Berlinerstraße 84, nahe Hermannplatz. 2044b

Rechtsbureau Andreasstraße 63 (Concordia). Gewissenhafter Rechtsbeistand. 2277b
Widifikation! Wer sich über diese rechtslose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Klageblätter des Verbands gegen Verwilderungen, welche ungenügend verurteilt werden vom Verwaltungsamt Berlin, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 2044b
Photographie. 6 Bist. 1 Kabinett 2,50 Mark. Familiengruppen, Kinder gleiche Preise. Ernst Grupp, Schindhauser Allee 146. +150/8*
Violin, Klavier, Violon, Cello, Unterdruck, monatlich 4 Mark, Oranienstraße 118.
Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b
Fahrräder repariert Zimmer, Andreasstraße 70. 19805*
Uhren repariert Klade, Uhrmacher, Brunnenstraße 53, Laden. +170*
Fahren, jeder Art fährt billig Otto Damsel, Hedemannstr. 2, Köpenick-Baumlung. 892b
Privat-Platzhändler, Herren 40, Damen 35 Pfennige, Oranienstr. 178, I.
Vereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu vergeben. Gold, Große Frankfurterstraße 133. +160*
Vereinszimmer empfiehlt Herr Alte Jakobstraße 119. +288K*
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Rindlerstraße 158. +7
Saal und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Inselstraße 10. +206K*
Vereinszimmer Simeonstraße 23 Bld. 229K*
Gleiserte Wedding-Kalmo, Schulstraße 29. Saal, circa 400 Personen fassend, noch an Sonnabenden im Oktober und November an Gesellschaften und Vereine zu vergeben. Gleichzeitig empfehle meinen schattigen Vor- und Hintergarten (sowie zwei verdeckte Regelbahnen, Familien-Kaffee-Küche). Jeden Sonntag großer Ball. 2 Vereinszimmer, 100 und 50 Personen fassend, mit Piano auch frei.

Vermietungen. Mietsgesuche. Pension sucht älterer Herr, Kost, Wäsche, keine Stube mit Kochofenheizung, im Umkreis der Neuburgerstraße, nicht über 2 Treppen hoch, für monatlich 90 Mark. Adressen unter J. 6 Expedition des 'Vorwärts', Deutshtr. 3. 22700
Zimmer. Freundlich möbliertes Zimmer für 2 Herren sofort zu vermieten Forsterstraße 54, Quergebäude III, bei Witte Rosenthal.
Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück geliefert. Gläser, Kulackstraße 27. *
Stellenangebote. Mahnarbeiter sucht Schulze, Oranienstraße 155. 2289b
Einpader, Farbigenmacherinnen Goldbleichenfabrik Oranienstraße 183.
Cementarbeiter für Territorplatten sucht Stralau, Dorfstraße 7.
Tüchtige Barockgoldarbeiter und Vergulderinnen verlangt Jörd, Stalgerstraße 28. +14*
Flästerinnen auf Steh- und Umlegtragen verlangt J. Gottlieb, Wäschebld. Elisabethstr. 22. +141/7*
Tüchtige Flesterinnen und Vogelnierentzen verlangen Kleinschall, Junge u. Co., Holzmarktstraße 67. *
Wilson-Kleiderinnen auf Wäsche verlangt Bf. Vangestraße 97. +2178b

Gebiete Ramsfeld auf waltierte Rumpfe Königsbergerstraße 17. 2274b
Im Arbeitsmarkt durch besondere Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile
Wer sofort Berlin: 1 Hammerarbeiter, dauernde, gute Stellung und hoher Lohn bei entsprechender Leistung. 4 Goldarbeiter auf Neu und Reparaturen, 2 Gehilfen auf Goldarbeit, 1 Trauringmacher, 1 Vincenzarbeiter. Arbeitsnachweis deutscher Goldschmiede, Engel-Ufer 15. 708
Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker! Die Firmen Görtitz-Classen, Bendix Söhne, die Weissen-seer Holzbearbeitungs-Fabrik, Genossenschaft mit beschr. Haftung, Passauer Parkett-fussboden-Fabrik (Vertreter Kohlfeld), Pieck (Vertreter Schüttke) sind gesperrt! Die Kommission.
Achtung Bautischler. Im Baugeschäft von Glasepp, Poststraße 3, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. Zugun fernhalten! Die Erbverwalter.
In der Marmorwarenfabrik von Rudolf Häger, Grotzschwalderstraße 37, sind Lohnabhängigen ausgetrieben. Zugun fernhalten! Der Vertrauensmann.
Achtung! Fuhrmacher! Die Berühmte von C. Hoffmann, Blumenstraße 30, ist gesperrt. Zugun fernhalten! Die Erbverwalter. (Bilale Berlin)